



**Parlamentssitzung vom 09.02.2026**

**Protokoll**

19:00 – 22:00 Uhr

**Vorsitz**

Christine Müller (Grüne), Parlamentspräsidentin

**Parlamentsbüro**

Selin Lopez (FDP), 1. Vizepräsidentin  
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), 2. Vizepräsidentin  
Matthias Müller (EVP), Stimmenzähler  
Reto Zbinden (SVP), Stimmenzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Katrín Aeschbacher (GLP)  
Roland Akeret (GLP)  
Géraldine Mercedes Boesch (SP Frauen)  
Christine Burren (SVP)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Lukas Erni (Grüne)  
Mayra Faccio (SP Frauen)  
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)  
Jutta Gubler (SP Frauen)  
Janka Hamm (SP Frauen)  
Andreas Hauser (GLP)  
Roland Hofer (SVP)  
Lennard Koch (SP Männer)  
Benjamin Marti (SVP)

Fabienne Marti (GLP)  
Florian Moser (SVP)  
Urs Mumenthaler (SP Männer)  
David Müller (Grüne)  
Arlette Mürger (parteilos)  
Sladjan Petrovic (Die Mitte)  
Beat-Michael Roth (SVP)  
Tatjana Rothenbühler (FDP)  
Monika Röthlisberger (Grüne)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Raphael Rutschi (FDP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)  
Katja Streiff (EVP)  
Klaus von Muralt (Grüne)  
Andrea Winzenried (SVP)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Dominic Amacher (FDP), Vizepräsident des Gemeinderates  
Dominique Bühler (Grüne), Gemeinderätin  
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat  
Kathrin Gilgen (SVP), Gemeinderätin

**Fachstelle Parlament**

Chantal Fuchs

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Bülent Celik (SP Männer)  
Adrian Hostettler (SVP)  
Mark Kobel (FDP)

PAR 2026/11

## Traktandenliste und Mitteilungen

- 1 Traktandenliste und Mitteilungen
- 2 Protokoll der Parlamentssitzung vom 9.1.2026
- 3 Kreditabrechnungen
- 4 V2538 Dringliche Richtlinienmotion (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen", Beantwortung
- 5 V2528 Motion (SVP-Fraktion) "Steuererleichterungen für Könizer Ausbildungsbetriebe", Beantwortung
- 6 V2526 Motion/Richtlinienmotion (Grüne, Junge Grüne, SP, JUSO) "Integrale Regenwasserbewirtschaftung im Siedlungsgebiet (Schwammstadt Köniz)", Beantwortung
- 7 V2527 Richtlinienmotion (SVP-Fraktion) "Könizer Wohnstrategie umsetzen - Förderung der inneren Verdichtung stärken", Beantwortung
- 8 V2531 Motion/Richtlinienmotion (SVP-Fraktion) "Realisierung eines Kunstrasens auf dem Fussballplatz Wabern", Beantwortung
- 9 V2534 Interpellation (SP/JUSO) "Auflösung und Liquidation Farb AG (Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern)", Beantwortung
- 10 V2537 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Köniz als Smart Cillage (City / Village)", Beantwortung
- 11 Verschiedenes

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Guten Abend miteinander, ich begrüsse euch ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung vom 9. Februar 2026.

Ich muss euch zuerst eine relativ traurige Nachricht überbringen, denn wir haben ein Parlamentsmitglied, welches heute den Austritt bekannt gibt, ich sage euch gerne bereits jetzt, wer dies ist, damit ihr ganz bei dieser Person sein könnt, wenn ich ihr Rücktrittschreiben vorlese. Und zwar handelt es sich um Katja Streiff. Ich lese euch gerne ihr Rücktrittschreiben vor:

*"Liebe Präsidentin, liebe Christine, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Nach gut zehn Jahren im Parlament Köniz habe ich mich entschieden, mein Mandat per 28.02.26 niederzulegen.*

*Dieser Entscheid ist mir nicht leichtgefallen. Die politische Arbeit im Parlament war und ist für mich stets mehr als ein Ehrenamt – sie ist eine Herzensangelegenheit. Ich durfte miterleben, wie Köniz sich weiterentwickelt hat, wie wir gemeinsam diskutiert, gerungen, gestritten und wieder Lösungen gefunden haben. Diese intensiven, manchmal herausfordernden, aber immer bereichernden Auseinandersetzungen haben mich geprägt und mir gezeigt, wie lebendig unsere lokale Demokratie ist.*

*Ich blicke mit grosser Dankbarkeit auf diese zehn Jahre zurück. Dankbar für das Vertrauen der Bevölkerung, für die Unterstützung meiner Fraktion, für die engagierte Arbeit in den Kommissionen, und ganz besonders für die vielen inspirierenden Menschen, die ich in dieser Zeit kennenlernen durfte. Mein persönliches Highlight war sicherlich mein Präsidialjahr 2021. Ich durfte lernen, wie ein Notfallkonzept geschrieben wird, wie eine Nachfolge für unsere damalige Fachstellenleiterin Verena lanciert wird, wie gerne ich Sitzungen leite und so vieles mehr. All das hat mir neue Erfahrungen, Freude und Erfüllung gegeben.*

*Mein Rücktritt erfolgt, weil ich eine neue Aufgabe als Verwaltungsrätin bei Care Köniz übernehmen darf. Auf diese Tätigkeit freue ich mich sehr, sie bringt aber auch eine Verantwortung mit sich, die sich sowohl zeitlich als auch aus Compliance-Gründen nicht mit meinem Parlamentsmandat vereinbaren lässt. Ich*

*habe intensiv darüber nachgedacht, ob ich beiden gerecht werden kann und ob sie miteinander vereinbar sind. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass es richtig ist, Platz für neue Stimmen und neue Ideen zu machen.*

*Für die Zukunft wünsche ich mir, dass das Parlament Köniz weiterhin mit Engagement, Offenheit und gegenseitigem Respekt zusammenarbeitet. Wir alle tragen Verantwortung für das Gemeinsame, und ich hoffe, dass der Dialog, der uns oft herausfordert, auch in Zukunft Brücken baut – über Parteigrenzen hinweg.*

*Ich danke euch allen herzlich – für das Vertrauen, die vielen guten Gespräche, das Lachen zwischendurch und das gemeinsame Ringen um das, was uns als Gemeinde weiterbringt. Diese Zeit wird mir in bester Erinnerung bleiben. Herzlichst Katja"*

Gibt es Meldungen aus den Fraktionen?

**Matthias Müller, EVP:** Liebe Katja, ich stehe heute hier, weil du entschieden hast, aus dem Parlament zurück zu treten. Das bedauern wir sehr, verstehen aber deine Gründe im verlesenen Rücktrittsschreiben. Heute ist deine letzte Parlamentssitzung als Parlamentarierin, geniesse sie noch in vollen Zügen. Deine erste Sitzung war am 15. Januar 2016, also gut zehn Jahre lang hattest du dein Amt inne und hast in den verschiedensten Gremien mitgestaltet. Gut, habe ich bei dir noch nachgefragt, was dies alles war und etwas haben wir trotzdem noch vergessen, sage es dann, wenn es dran ist: Vor deiner Wahl in den Grossen Rat, warst du in der GPK. Dann hast du auch in der nichtständigen Bildungskommission mitgewirkt und - was ich auch nicht gewusst habe - acht Jahre lang in der Kommission Abbauschwerpunkt Wangental. Und das andere war als Delegierte in der ARA Sensetal.

Die Vorbereitungsjahre im Parlamentsbüro hast du als sehr spannend erlebt und der Höhepunkt, wir haben es gehört, war sicherlich das Jahr 2021 – dein Präsidialjahr – welches du mit Bravour gemeistert hast. Wer erinnert sich noch an das Motto von Katja? "Vertrauen-Verstehen-Verbinden" hast du über dein Jahr gestellt. Und es war ein besonderes Präsidialjahr, wir mussten Abstand halten. Ich habe ein altes Relikt aus meiner Bank ausgegraben, mit welchem man gezeigt hat, dass die Kunden nicht zu nahe kommen sollten – 2m, 1.5m waren es zum Schluss.

Du warst die erste Könizer Parlamentspräsidentin, welche pandemiebedingt die Parlamentsfeier verschieben musste. Das Fest fand dann aber statt – und was für eines es war. Im Sommer, draussen, grandios, bei bestem Wetter. Wir haben es alle zusammen genossen, ohne unnötige Abstände feiern zu können.

Für die Gemeinderatseratzwahlen 2024 hast du einen ernsthafte, erfolgreichen und engagierten Wahlkampf gemacht. Er hat leider nicht das gewünschte Resultat erzielt, du konntest aber vieles Lernen und wer weiss, wohin dein Weg dich noch führen wird?

Du hast einige Vorstösse eingebracht und vorangetrieben und Katja, deine Voten, die vorbereiteten und auch die spontanen, waren immer klar, engagiert und authentisch. Als Beispiele zu nennen sind der bilinguale Unterricht an den Könizer Schulen, die Mitgliedschaft beim Park Gantrisch, die Zeitvorsorge als Grundstein für die heutige Fachstelle Alter, die Unterstützung unserer Schulen ganz generell, die Heitere Fahne, das Integrationskonzept und x-fach Voten für Fussballplätze und so weiter und so fort. Liebe Katja, vielen Dank für deinen enormen Einsatz für unsere Partei, die Evangelische Volkspartei, für unsere Fraktion, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion und für unser Parlament hier in Köniz. Wir werden deine herzliche, fröhliche, verbindende und zugewandte Art vermissen. Dein Lachen, deinen Humor, aber auch deine Kenntnisse über den Könizer Ratsbetrieb werden uns fehlen. Wer dich kennenlernt, trifft auf eine integre und integrierende geradlinige Persönlichkeit. Eine Frau mit Rückgrat und grossem Herz am rechten Fleck und einer beeindruckende Tatkraft zu Gunsten auch der Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Wir wünschen dir alle von Herzen alles Gute und viel Erfolg in deiner neuen Tätigkeit als Verwaltungsrätin bei "Care Köniz", welche ja auch den Könizerinnen und Könizer zu Gute kommt. Alles Gute und Gottes reichen Segen bei alldem, worin du Engagement erbringst - in der Politik, in der Gesellschaft und in der Familie. Sehr besonders ist ja, dass dein Sitz schon das vierte Mal, quasi in familiärer Hand bleibt und wir freuen uns, bereits an der nächsten Sitzung deinen Schwager begrüssen zu können.

Wir schenken dir aus der Reihe unserer Fraktion neben einigen feinen Tropfen Rotwein aus südlichen und Weisswein aus nördlichen Gefilden - ich bringe sie noch vorbei - auch einen Frankenbetrag. Dies mit der Idee, dass du dich nach all deinen Wahlkämpfen - du bist ja jetzt wieder mittendrin, so wie manche von uns – auch mal entspannen kannst. Ideen teile ich dir dann gerne noch mit. Und jetzt kommt der Auftritt des Blumen-Jungen: Dieser wunderschöne Blumenstrauß, professionell zusammengefügt von einem Fraktionsmitglied - er soll dein Herz erfreuen. Liebe Katja, alles erdenklich Gute und vergelts dir Gott.

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Katja Streiff lädt uns nach der Sitzung zusammen mit Kathrin Gilgen und Dominic Amacher im unteren Stock zum Apéro ein, zu welchem alle herzlich eingeladen sind. Und wir haben es euch im Vorfeld ja bereits kommuniziert und es war heute unschwer zu übersehen gewesen, dass wir einen Fotografen hier haben: James. Er wird vom Parlamentsbetrieb Fotos machen und er würde auch den Fraktionen in der Pause Gelegenheit geben, ein Foto zu machen. Und zwar hier vorne, wie ihr es zuvor bereits beim Büro gesehen habt. Dann kann jede Fraktion in der Pause nach vorne kommen, welche gerne ein Foto von sich hätte.

Dann kommen wir zu den Geburtstagen. Und hier möchte ich zuerst erwähnen, ich habe bei Janka Hamm nachgefragt, sie war beim letzten Geburtstagstrüppchen dabei, welches wir auf den Weg in ein Geburtstagsessen geschickt haben. Sie hat mir gesagt, sie haben zusammen ein Datum gefunden, an welchem sie eine gute Idee ausgeheckt haben und sich treffen werden. Wir sind auf ein Foto gespannt. Bis zur nächsten Sitzung haben Geburtstag: Ursula Wüst, Marc Kobel, Chantal Fuchs, Beat Rufi, David Müller und Franziska Adam. Ich erkläre normalerweise ein Mitglied als Tätschmeister, welche ein Parlamentsmitglied ist und heute ist Marc Kobel nicht da, darum fällt diese Ehre David Müller zu. David, du darfst dich gerne mit Chantal in Verbindung setzen, sie gibt dir alle Kontaktdaten und auch das Budget für euer Geburtstagsessen. Wir wünschen euch viel Freude und auch bei euch freuen wir uns auf ein Foto für die Galerie im Teamraum.

Dann möchte ich noch etwas zum Anfang der Sitzung sagen, damit ich dies später nicht Mantra mässig bei jedem Traktandum wiederholen muss: Ich bitte euch, in euren Voten mitzuteilen, wenn ihr den Antrag des Gemeinderates bestreitet. Es ist nämlich so, dass wenn ich in euren Voten höre, dass dieser nicht bestritten ist, mache ich von der stillschweigenden Annahme gemäss Art. 71 des Geschäftsreglements des Parlaments Gebrauch, welches sagt: "Über unbestrittene Anträge muss nicht abgestimmt werden." Gebt also klar zum Ausdruck, solltet ihr den Antrag des Gemeinderates bestreiten.

Dann haben wir Entschuldigungen erhalten und zwar von Adrian Hostettler, Marc Kobel und Bülent Celik. Es sind damit 37 Parlamentsmitglieder anwesend und das Parlament ist beschlussfähig.

Ihr habt den elektronischen Versand am 13. Januar erhalten, der postalische Versand fand am 15. Januar statt. Das Protokoll vom 9. Januar ist seit 19. Januar 2026 online.

Damit kommen wir zur Traktandenliste und den Mitteilungen. Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

## **Beschluss**

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2026/12

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 9.1.2026**

Beschluss

## **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

## **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 9.1.2026 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2026/13

**Kreditabrechnungen**

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**1. Ausgangslage**

Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 Bst. G) der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 61 Bst. D) der Gemeindeordnung die Nachkredite bis Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 48 Bst. C) der Gemeindeordnung die Nachkredite über Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments sowie die Nachkredite zu Verpflichtungskrediten des Gemeinderates, sofern der Gesamtbetrag (Verpflichtungskredit und Nachkredit) Fr. 220'000.00 übersteigt.

An der Parlamentssitzung vom 02.05.2011 wurden die Fristen der Abrechnungen der Kredite diskutiert, dabei wurde gewünscht das Datum des Projektabschlusses offenzulegen.

**2. Zusammenfassung Kreditabrechnungen**

Die Finanzkontrolle hat die folgenden Kreditabrechnungen geprüft:

Nr.	FK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abweichung	in %	NK GR	NK PAR
1	25008	2410.501.0240	DPV	Köniz, Landorfstr., Verkehrssicherheit + Bushaltestellen, Etappe Landorf-Weiermatt, Bauprojekt, Umsetzung	244'000.00	2011	186'580.15	-57'419.85	-23.53		
2	25009	2620.501.0239	DPV	Köniz, Landorfstrasse Belagssanierung Etappe Landorf-Weiermatt, Bauprojekt Umsetzung	780'000.00 197'000.00 <u>977'000.00</u>	2011 2024	697'152.90	-279'847.10	-28.64		

Der Gemeinderat orientiert über die Daten der letzten Buchung und der Einreichung der Abrechnung bei der Finanzkontrolle als Zusatzinformation zu den obigen Abrechnungen wie folgt:

Nr.	Datum letzte Buchung	Datum Abrechnung an FK
1	03.07.2024	05.08.2025
2	18.07.2014	05.08.2025

Es ist festzuhalten, dass die längeren Garantiefristen (bis max. 2 Jahre) zu Verzögerungen bei der Abrechnung führen. Dies erweist sich als sinnvoll.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Köniz, Landorfstr., Verkehrssicherheit + Bushaltestellen, Etappe Landorf-Weiermatt, Bauprojekt, Umsetzung
- Köniz, Landorfstrasse Belagssanierung Etappe Landorf-Weiermatt, Bauprojekt Umsetzung

Köniz, 05.11.2025  
Der Gemeinderat

## Beilagen

### 1) Bericht Kreditabrechnungen Kompetenz Parlament

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Hier handelt es sich um eine Kenntnisnahme und es betrifft die Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten umfassen den Bericht und den Antrag des Gemeinderates und das Vorgehen ist folgendermassen: Zuerst kommt der GPK-Referent, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder und dann kann der Gemeinderat das Wort ergreifen. Zum Schluss folgt die Abstimmung.

**GPK-Referent, Toni Eder, Mitte:** Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 der Gemeindeordnung die Abrechnungen über die Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis. Heute sollen wir folgende Abrechnungen zur Kenntnis nehmen:

1. Landorfstrasse: Verkehrssicherheit und Bushaltestellen
2. Landorfstrasse: Belagssanierung Etappe Landorf-Weiermatt

Beide Kredite sind unterschritten – die Arbeiten wurden aber nicht alle ausgeführt. Die Einreichfrist wurde nicht eingehalten und bei Nr. 2 liegen keine Rechnungen vor.

Die Unterlagen haben die GPK veranlasst Fragen zu stellen. Sie wurden beantwortet und nachfolgend teile ich mit euch diese Fragen und Antworten:

#### Zu Nr. 1, Köniz, Landorfstrasse, Verkehrssicherheit und Bushaltestellen; Etappe Landorf-Weiermatt:

*Frage:* Welcher Anteil der Leistung (in %) wurde umgesetzt?

*Antwort:* Der Kredit umfasste die Haltestellen Möösliweg und Landorf. Die Haltestelle Landorf wurde realisiert, jene am Möösliweg wurde sistiert. Der Anteil der Haltestelle Landorf am Gesamtprojekt beträgt rund 19%, das entspricht etwa CHF 47'000 des bewilligten Kredits. Die effektiven Ausführungskosten beliefen sich jedoch auf rund CHF 96'000 und lagen damit bei gut dem Doppelten des ursprünglich im Budget vorgesehenen Betrags.

Die Gründe:

- Die Installationsplätze und Baustelleneinrichtungen konnten nicht auf vier Haltekanten verteilt werden, sondern fielen lediglich für zwei Haltekanten an.
- Zusätzlich entstanden Kosten für Landgeschäfte (Handänderungsurkunden), welche im ursprünglichen Kreditantrag nicht berücksichtigt waren.
- Weitere Kosten entfielen auf die Planungsphase der Haltestelle Möösliweg. Diese Planungsleistungen können jedoch im Rahmen eines Folgekredits berücksichtigt bzw. in Abzug gebracht werden.

*Frage:* Warum wurde die Einreichfrist nicht eingehalten?

*Antwort:* Nach der Kreditgenehmigung kam es aufgrund zahlreicher Vorstösse, Petitionen und Motionen, zu einem Projektstillstand bzw. zu einer Sistierung, da erheblicher Widerstand seitens der Eigentümerschaft vorlag. Grundsätzlich ging man jedoch immer davon aus, dass das Projekt in seiner damaligen Form realisiert werden kann. Deshalb wurde zunächst bewusst auf eine sofortige Abrechnung verzichtet.

Dazu kommt, dass während der Corona-Pandemie Projekte von geringer Dringlichkeit zurückgestellt wurden und die Umsetzung an der Landorfstrasse im Bereich Möösliweg gehörte hier dazu. Im Jahr 2023 wurde das Projekt dann erneut aufgenommen. Dabei zeigte sich, dass die ursprüngliche Planung nicht mehr den heutigen Standards entsprach. Ein neues Variantenstudium musste gemacht werden und nach Vorliegen der Ergebnisse entschied die AVU, beide Kredite endgültig abzuschliessen und mit einem neuen Antrag für die Projektierung der Bestvariante erneut an das Parlament zu gelangen. Die AVU geht davon aus, dass der Antrag im Sommer 2026 dem Parlament unterbreitet werden kann.

#### Zu Nr. 2, Köniz, Landorfstrasse Belagssanierung Etappe Landorf-Weiermatt:

*Frage:* Auch hier die Frage, welcher Anteil der Leistung (in %) wurde umgesetzt?

*Antwort:* Umgesetzt wurde nur die erste Etappe, mit einem Anteil von rund 68% am gesamten Projekt. Die Kosten wurden dabei um rund 5% überschritten. Grund: In der ersten Etappe des Projekts entstanden Mehrkosten, da der Verkehr manuell geregelt werden musste. Zudem wurde während der

Bauphase ein neuer Randabschluss für Bushaltestellen verfügbar, der einen barrierefreien Einstieg ermöglicht. Dieser neue Randstein wurde ins Projekt integriert.

Weiter zeigte sich, dass der Strassenbelag in deutlich schlechterem Zustand war, als erwartet, was zusätzliche Arbeiten ausgelöst hat.

*Frage:* Warum wurde auch hier die Einreichfrist nicht eingehalten?

*Antwort:* Die beiden Kredite stehen in einem engen sachlichen Zusammenhang. Die Begründung zu Nr. 1 gilt hier ebenfalls.

*Frage:* Wie ist es immer noch möglich, dass keine Rechnungen vorliegen? Geht das so weiter?

*Antwort:* Die Verwaltung kann sich vorstellen, dass es durch die Pensionierung des damaligen Projektleiters zu einer Umgestaltung der Büroräumlichkeiten kam und es sein könnte, dass diese Unterlagen entsorgt wurden. Das heisst, die Originalrechnungen wurden vermutlich versehentlich vernichtet. Seit dem Jahr 2018 werden jedoch sämtliche Rechnungen bei der Verbuchung im GemoWin elektronisch hinterlegt. Ab diesem Zeitpunkt gibt es keine Kreditabrechnungen mit fehlenden Belegen mehr. Derzeit sind jedoch noch einige ältere Kredite offen, bei denen seitens der Finanzkontrolle nicht abschliessend beurteilt werden kann, ob sämtliche Zahlungen vollständig belegt sind. Die Gemeindepräsidentin hat betont: Die meisten Kreditabrechnungen sind unproblematisch. Die vorliegenden Abrechnungen sind Spezialfälle, welche sehr unerfreulich sind.

Für die Finanzkontrolle ist die Einforderung zeitnaher Abrechnungen, die Mahnungen bzw. Hinweise an die Abteilungen und die Sensibilisierung, eine sehr wichtige Massnahme. Die Abteilungen müssen begründen, warum ein Datum überschritten wurde. Seit dem Jahr 2018 werden sämtliche Rechnungen, wie bereits gesagt, bei der Buchung im GemoWin elektronisch hinterlegt.

Für die GPK war wichtig:

- Parlamentsanträge zu Kreditabrechnungen sollten transparent sein und zumindest die Revisionsfeststellungen beinhalten. Das liegt hier vor.
- Die Finanzkontrolle kann anhand eines Buchungstextes plausibilisieren, ob der Betrag zu einem Projekt passt. Das ist hier der Fall.

Die GPK-Mitglieder sind sich einig, dass das Augenmerk auf die Zukunft zu richten ist. Was in der Vergangenheit passiert ist, ist zwar ärgerlich, kann aber nicht mehr geändert werden. Wir können aber für die Zukunft Lehren daraus ziehen. Dabei ist es wichtig, die Mitarbeitenden darauf zu sensibilisieren und zu schulen, dass bei Stellenwechseln oder Pensionierungen, die noch nicht abgeschlossenen Kredite, welche noch nicht im GemoWin erfasst sind, nicht verloren gehen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Ich komme zu den Beschlüssen der Geschäftsprüfungskommission:

1. Die Geschäftsprüfungskommission stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen nun mit den Zusatzinformationen, welche die GPK an der Sitzung vom 2.2.2026 erhalten hat, vorliegen. Die zusätzlichen Informationen wurden dem Parlament in meinem etwas längeren Votum, dargelegt und erläutert. Und damit ist für die GPK klar, dass die Unterlagen vollständig sind. Das Abstimmungsergebnis hierzu war einstimmig.
2. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Parlament, die Kreditabrechnungen wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: Teilweise zustimmende Kenntnisnahme (Abstimmungsergebnis: einstimmig)
3. Die GPK bittet den Gemeinderat, Massnahmen zu prüfen, damit Rechnungen, welche noch nicht abgeschlossene Kredite betreffen und noch nicht im GemoWin erfasst sind, bei Stellenwechseln oder Pensionierungen nicht verloren gehen. Aus Sicht der GPK wäre beispielsweise eine zentrale Ablage oder Dokumentation prüfenswert. Die GPK wünscht anlässlich der nächsten Behandlung von Kreditabrechnungen eine Berichterstattung über geplante oder umgesetzte Massnahmen. Auch dieser Beschluss war in der GPK einstimmig.

Das sind die Beschlüsse und das war jetzt etwas detailliert und auch etwas lange. Um trotzdem dem Wunsch der Ratspräsidentin nachzukommen - kurz und klar, keine Wiederholung - bitte ich euch, nicht alles zu wiederholen was ich bereits im GPK-Votum gesagt habe, denn ansonsten muss die Präsidentin hier noch ihre Klangschaale gebrauchen.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Klaus von Mural, Grüne:** Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen teilt die Einschätzung der GPK und unterstützt deren Forderungen und Massnahmen. Wir nehmen deshalb diese Kreditabrechnungen teilweise zustimmend zur Kenntnis und regen an, dass auch die alten Rechnungen aus der Vergangenheit digitalisiert werden und in die Zukunft mitgenommen werden können.

**Fraktionssprecher SVP, Florian Moser:** Vielen Dank der Finanzdirektion für das Aufarbeiten dieser Unterlagen, welche ja ziemlich alt sind. Wenn man von Krediten aus dem Jahr 2011 eine Abrechnung machen muss, bei welcher die Unterlagen nicht vorhanden sind oder fehlerhaft vorhanden sind, ist dies sicherlich anspruchsvoll und hier auch ein Dank an die Finanzkontrolle, dass sie dort gut hingeschaut hat und möglichst vieles, welches nicht genau nachvollziehbar war, dennoch plausibel darlegen konnte. Wir haben es etwas kritisch angeschaut: Es sind Kredite, bei welchen wir nun Kreditabrechnungen beschliessen, welche eigentlich noch nicht fertig sind. Eigentlich wäre also noch gar keine Abrechnung fällig. Man macht das jetzt, weil man den Wechsel von HRM1 zu HRM2 gemacht hat und diese Kredite jetzt abrechnen und Nachkredite holen möchte. Das macht es natürlich nicht unbedingt besser. Wenn man Nachkredite holt, dann werden wir schlussendlich diese Kredite überschreiten, welche ursprünglich beschlossen wurden, auch wenn es jetzt gut aussieht. Und man kann sagen, die ganze Projektführung war eigentlich ungenügend und die Einreichfrist, welche nicht eingehalten wurde.

Und was uns besonders geärgert hat, ist diese Revisionsbemerkung, dass für sämtliche Buchungen keine Rechnungen vorliegen - das hat uns erschreckt. Da haben wir uns schon gefragt, wie dies eigentlich mit der Archivierung genau läuft, auch wenn diese Belege noch nicht digital sind, so muss man doch Archivierungsrichtlinien haben und erfüllen, auch wenn Abteilungsleiter pensioniert werden. Das hat uns erschreckt und das möchten wir zukünftig sicherlich nicht mehr sehen.

Schlussendlich können wir daran nicht viel ändern, das Geld ist ausgegeben, die Kredite sind gemacht und es ist lange her. Und von daher werden auch wir sicherlich teilweise zustimmend von diesen Abrechnungen Kenntnis nehmen. Wir möchten in Zukunft aber sauberere Abrechnungen von Krediten vorgelegt bekommen.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roland Akeret, GLP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung der vorliegenden Unterlagen. Auch wir sind mit den vorgelegten Abrechnungen nicht zufrieden.

Die erhaltenen Erklärungen zu den nicht eingehaltenen Fristen befriedigen uns nur bedingt. Besonders stören wir uns aber an den fehlenden Belegen zur Kreditabrechnung Nummer 2. Das geht gar nicht und den Fehler ausschliesslich bei einem pensionierten Projektleiter zu suchen, ist aus unserer Sicht etwas gar billig. Wo blieb die interne Kontrolle und wo die Führungsverantwortung? Immerhin scheint das Problem erkannt und solche Fälle sollen seit 2018 nicht mehr möglich zu sein. Trotzdem vernehmen wir heute vom GPK-Sprecher, dass noch bei anderen älteren Krediten Zahlungsbelege fehlen könnten. Hier erwarten wir, dass der Gemeinderat möglichst schnell und umfassend für Transparenz sorgt.

Wir möchten zu den beiden Krediten differenziert Kenntnis nehmen. Aus diesem Grund beantragen wir, dass wir über diese separat abstimmen. Den Kredit 1 nehmen wir teilweise zustimmend zur Kenntnis und den Kredit 2 ablehnend.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP:** Normalerweise sind diese Kreditabrechnungen keine so emotionale Sache, denn normalerweise gibt es auch nicht so viel zu bemängeln. Es ist uns wichtig, dass wir euch auch von diesen alten Krediten die Abrechnungen vorlegen können. Und es gibt zwei Sachen, welche von euch bemängelt wurden und welche ich gut verstehen kann.

Das eine ist die Einreichfrist dieser Abrechnungen, dazu möchte ich kurz etwas sagen: Es ist manchmal nicht so einfach festzustellen, wann ein Projekt fertig ist. Vor allem nicht für jene, welche daran gearbeitet haben und froh sind, dass sie jetzt fertig sind. Und darum braucht es diese Liste der Finanzkontrolle und die Finanzkontrolle erinnert die Abteilungen daran. Die Abteilungen erhalten Listen mit Projekten, bei welchen einerseits schon lange keine Buchungen mehr getätigt wurden oder bei welchen der Kredit beinahe ausgeschöpft ist. Das ist das Mittel um herauszufinden, welche Kredite man abrechnen sollte. Und dann liegt es in der Verantwortung der Abteilungen zu sagen, hier sind wir soweit oder nein, hier warten wir noch auf etwas. Beim vorliegenden Kredit sieht man, dass es manchmal auch nicht ganz einfach ist festzustellen, ob das Projekt jetzt fertig ist. Es ist sicherlich vieles passiert, welches man sich zu Beginn des Projekts gar nicht vorstellen konnte.

Das zweite Thema sind die fehlenden Rechnungen, das ist nicht gut, da bin ich mit euch einverstanden und verstehe auch, dass ihr hier nicht zufrieden seid. Es ist tatsächlich so, dass man hier in diesem Fall vor 2018 nicht immer alle Rechnungen hatte. Einen Teil hatte man und einen Teil konnte man anhand der Buchungstexte plausibilisieren. Aber das ist natürlich nicht so, wie wir es gerne hätten und wir nehmen natürlich diesen Auftrag der GPK an und schauen, wie wir dies verhältnismässig umsetzen und herausfinden können, was denn noch bei den alten Kreditabrechnungen fehlt.

Aber mir ist es auch noch wichtig zu sagen: Jedes Projekt ist etwas anders und darum gebe ich gerne noch meinem Kollegen, dem neuen Vorsteher der DPV das Wort, damit er euch noch speziell etwas über diese zwei Projekte und Kreditabrechnungen sagen darf.



**Gemeinderat Dominic Amacher, FDP:** Mir ist es wichtig, dass ich dazu auch noch Stellung nehmen kann, auch wenn ich neu im Amt bin. Ich kann euren Frust verstehen und dass hier die Stimmung getrübt ist, ist für mich auch so. Aber ich habe dies mit meinen Leuten in der Abteilung angeschaut und mir wurde auch erklärt, was passiert ist.

Roland hat gesagt, dies alleine mit der Pensionierung zu begründen, ist doch etwas einfach, doch es sind wirklich einige Punkte passiert, welche dazu geführt haben. Ich habe aber auch gefragt, ob dies nochmals passieren könnte und da kam die Antwort, nein, die Chance, dass dies nochmals passiert, ist relativ klein, denn zum einen findet die elektronische Ablage statt und auf der anderen Seite ist auch ein Stab dahinter, welcher konstant da ist. Und das unterschätzt man oftmals: Die Leute im Backoffice, welche ihre Arbeit verrichten und das ist damit jetzt gewährleistet.

Zu den Krediten selber: Es sind zwei Geschäfte, da hat der GPK-Sprecher darüber Auskunft gegeben. Ja natürlich, über die Kosten kann man immer diskutieren, aber wir bereinigen dies und kommen, wenn es notwendig ist, mit neuen Anträgen ins Parlament. In diesem Sinn: Merci für das Verständnis und für das Augenmass und wir geben uns sehr grosse Mühe, dass dies nicht mehr passiert. Das Papier haben nicht wir weggeworfen und wir könnten jetzt noch diskutieren, ob es die DUB weggeworfen hat ... nein, Spass beiseite, so etwas darf einfach nicht vorkommen.

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Dann kommen wir zum Antrag des Gemeinderates. Es gab einen Antrag auf punktweise Abstimmung und darüber müssen wir abstimmen.

### **Beschluss über die punktweise Abstimmung über die Kreditabrechnungen**

Das Parlament lehnt die punktweise Abstimmung über die beiden Kreditabrechnungen ab.

(Abstimmungsergebnis: 24 ablehnend, 13 zustimmend)

### **Beschluss über Antrag des Gemeinderats**

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Köniz, Landorfstr., Verkehrssicherheit + Bushaltestellen, Etappe Landorf-Weiermatt, Bauprojekt, Umsetzung
- Köniz, Landorfstrasse Belagssanierung Etappe Landorf-Weiermatt, Bauprojekt Umsetzung

(Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen für zustimmende Kenntnisnahme, 32 Stimmen für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 4 Stimmen für ablehnende Kenntnisnahme)

PAR 2026/14

### **V2538 Dringliche Motion (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

### **Vorstosstext**

Der Gemeinderat erarbeitet einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Aus der Übersicht geht hervor, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden.

Der Gemeinderat legt dem Parlament den Bericht spätestens zusammen mit der vom neuen Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor.

## Begründung

Die letzte grosse Direktionsreform wurde im Jahr 2010 in Kraft gesetzt, als die Anzahl Gemeinderatsmitglieder von sieben auf fünf verkleinert wurde. In den letzten zehn Jahren wurden wiederholt Vorstösse eingereicht, die auf eine erneute Direktionsreform abzielten. Die ersten beiden Vorstösse (Motion V1603 und Motion V1725) wurden vom Parlament abgelehnt.

Die Motion V2127 («Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate, schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur») wurde hingegen erheblich erklärt. Diese Motion beinhaltete die Erarbeitung eines Plans mit sechs Zielen. Eines der Ziele war eine Direktionsreform («Anpassung der Strukturen an die aktuellen Bedürfnisse der Gemeinde»). Dieses Ziel aber verwarf der Gemeinderat recht früh im Umsetzungsprozess. Der Gemeinderat beschränkte sich auf eine Verwaltungsreform, also eine Steigerung von Effizienz und Effektivität der Verwaltungsprozesse. Mit der Verwaltungsreform wurde wertvolle Arbeit geleistet. Betreffend Direktionsreform aber blieb alles beim Alten.

Im Wesentlichen besteht die heutige Direktionsaufteilung mittlerweile seit 16 Jahren. Wie der Gemeinderat schon im Zwischenbericht zur Umsetzung von Motion V2127 festhielt, ist eine Direktionsreform «primär eine politische Frage». Der Gemeinderat begründete seinen Entscheid, keine Direktionsreform durchzuführen, mit einem «Benchmark zur Organisationsstruktur von mit Köniz vergleichbaren ausgewählten Gemeinden».

Am 18. November 2025 publizierte der neu gewählte Gemeinderat eine Medienmitteilung, in der festgehalten wurde, dass die Finanzabteilung und die Planungsabteilung die Plätze tauschen sollen. Damit stellt der neue Gemeinderat in Aussicht, nun doch eine Direktionsreform zu befürworten. Ob und wie die Direktionsreform umgesetzt wird, liegt in der Kompetenz des Parlaments.

Nach den Gesamterneuerungswahlen vom 28. September 2025 besteht der neue Gemeinderat aus fünf Mitgliedern, die alle potenziell 12 Jahre im Gemeinderat bleiben können. Die Geschäftsprüfungskommission ist der Ansicht, dass damit der richtige Zeitpunkt für eine Direktionsreform gekommen ist. Erstens, weil die letzte Direktionsreform 15 Jahre her ist und sich die Verwaltung seither weiterentwickelt hat. Zweitens, weil der neue Gemeinderat Offenheit für eine Direktionsreform zeigt. Und drittens, weil sich der neue Gemeinderat genug Zeit für dieses Projekt nehmen kann.

Aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission ist es aber unerlässlich, dass dem Parlament für den von ihm zu fällenden Beschluss fundierte Entscheidungsgrundlagen vorgelegt werden. Zu diesem Zweck soll der Gemeinderat einen Bericht erarbeiten. Der verlangte Bericht soll mindestens auf folgende Fragen Antwort geben;

1. Welche Schnittstellen bestehen zwischen den Abteilungen?
2. Wie häufig wird über diese Schnittstellen direktionsübergreifend zusammengearbeitet?
3. Wie viel Mehraufwand generiert diese Zusammenarbeit, weil die beiden miteinander kommunizierenden Abteilungen nicht in der gleichen Direktion angesiedelt sind?
4. Gibt es noch weitere relevante Faktoren, die für einen Verbleib oder für einen Wechsel der Abteilung in einer Direktion sprechen?

Diese vier Fragen sollen für sämtliche Abteilungen beantwortet werden.

5. Wie ausgewogen ist die Verteilung der Aufgaben auf die Direktionen?
6. Welches sind die Vor- und Nachteile der Vorgaben zur Organisationsstruktur in GO und VOR, über die der Gemeinderat nicht selbst bestimmen kann? Ist die Flexibilität heute ausreichend?

## Begründung Dringlichkeit

Der Bericht soll zusammen – oder vorgängig – mit der vom Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements dem Parlament vorgelegt werden. Dies hat der neu gewählte Gemeinderat bereits für Sommer 2026 angekündigt. Deshalb muss die vorliegende GPK-Motion dringlich behandelt werden.

## Eingereicht

01.12.2025

## Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Monika Röthlisberger, Toni Eder, Janka Hamm, Sandra Röthlisberger, Isabelle Steiner, Casimir von Arx, Christine Müller, Florian Moser, Roland Akeret, Andrea Winzenried, Fabienne Marti Locher, Laura

Hoffman, Roger Tanner, Sladjan Petrovic, Sara Gasser, Arlette Mürger, Andreas Hauser, Roland Hofer, Reto Zbinden, Matthias Müller, Katja Streiff

## **Antwort des Gemeinderates**

### **1. Formelle Prüfung**

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (Beilage 1 Motionsprüfung vom 12. Dezember 2025).

### **2. Bericht**

In der Vergangenheit wurde die Aufgabenteilung der Direktionen mehrfach im Gemeinderat und im Parlament thematisiert. Der neu gewählte Gemeinderat hat diese Frage im Rahmen der Direktionszuteilung an der konstituierenden Sitzung ebenfalls diskutiert und beschlossen, die Aufgaben Finanzen und Planung im Wechsel der jeweils anderen Direktion zuzuordnen. Die Finanzen sollen neu der bisherigen Direktion Planung und Verkehr unter der Leitung von Dominic Amacher zugeordnet werden, die Planung soll neu zur Präsidialdirektion unter der Leitung von Gemeindepräsidentin Tanja Bauer gehören. Der neu gewählte Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Beginn der Legislatur mit drei neuen Mitgliedern der richtige Zeitpunkt ist, diese Anpassung vorzunehmen.

Eine Trennung des Präsidiums und der Finanzen ist nach Ansicht des neu gewählten Gemeinderats für eine längerfristige Stabilisierung und breitere Abstützung sinnvoll. Die Zuordnung der Planung zum Präsidium soll die Ausgewogenheit und die langfristige Entwicklung der Gemeinde gewährleisten; auch andere grosse Berner Gemeinden haben in den letzten Jahren diesen Wechsel vorgenommen. Von einer grösseren Direktionsreform sieht der neugewählte Gemeinderat ab, da der Nutzen kaum vorhanden und der Zusatzaufwand unverhältnismässig wäre.

Da die Aufgaben der Direktionen im Verwaltungsorganisationsreglement (VOR) festgelegt sind, wird der neu gewählte Gemeinderat diese Anpassung dem Parlament mittels Antrags zur Anpassung des VOR zum Beschluss vorlegen.

Mit der vorliegenden Motion wird verlangt, dass der Gemeinderat parallel zum angekündigten Antrag zur Anpassung des VOR einen Bericht mit einer Übersicht über die Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung erarbeitet, in dem auch hervorgeht, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden. In der Motionsbegründung sind hierzu zudem mehrere konkrete Fragen formuliert.

Der neu gewählte Gemeinderat plant, die angestrebte Änderung des VOR dem Parlament im 1. Semester 2026 vorzulegen. Im Geschäft sollen die Begründungen näher erläutert werden. Der Gemeinderat ist gerne bereit, parallel dazu dem Parlament einen Bericht zu den Schnittstellen in der Verwaltung vorzulegen, bei welchem er auch die in der Motionsbegründung aufgeführten Fragen - angesichts des engen Zeitrahmens in einem angemessenen Rahmen und Umfang - beantwortet.

### **3. Finanzen**

Für die Arbeiten zur Erstellung des Berichts müsste aufgrund der kurzen Fristen externe Unterstützung beigezogen werden. Hierfür muss mit zusätzlichen Kosten von ca. CHF 15'000 gerechnet werden.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

Köniz, 07.01.2026

Der Gemeinderat

## Beilagen

1) Formelle Prüfung der Motion vom 12. Dezember 2025

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung durch die Direktion Präsidiales und Finanzen.

**Erstunterzeichnerin, Monika Röthlisberger, Grüne:** Besten Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung der Unterlagen und für die positive Aufnahme unseres Vorstosses.

Zuerst einige Worte zur Entstehungsgeschichte dieser Motion: An ihrer Sitzung Ende November 2025 hat sich die GPK in einer Situation wiedergefunden, in welcher ihr der Gemeinderat, welcher in der letzten Legislatur im Amt war, einen Bericht über die Direktionsreform vorgelegt hat, welcher besagte, der Gemeinderat sieht keinen Bedarf für eine Änderung in der Struktur der Direktionen in der Gemeinde Köniz, denn vergleichbare Gemeinden hätten eine ähnliche Struktur.

Einige Tage zuvor, hatte der neue Gemeinderat, welcher jetzt im Amt ist, seine Direktionsverteilung kommuniziert und gleichzeitig bekannt gegeben, dass die Planungsabteilung in die Direktion Präsidiales und Finanzen und die Finanzen – quasi als Gegengeschäft – in die Direktion Planung und Verkehr wechseln würde, denn vergleichbare Gemeinden hätten eine ähnliche Struktur.

Die Kommission hat diskutiert, wie man jetzt mit dieser Situation umgehen will: Den Bericht zurückweisen, mit dem Auftrag, ihn an die aktuelle Kommunikation anzupassen? Ihn durchzuwinken, wie wenn nichts wäre? Oder was sonst? Man hat diskutiert, ob es im Parlament als Begründung ausreichen würde, dass neue Leute schlicht die Situation anders sehen oder bereit für Veränderungen sind, um gleich ganze Abteilungen zu verschieben. Ob es ausreicht, dass man bei ausgewählten Gemeinden schaut, wie sie dies machen, um so eine Verschiebung zu rechtfertigen. Und man war sich bewusst, dass das Verwaltungsorganisationsreglement - welches für eine solche Direktionsreform einer Anpassung bedarf - durch das Parlament wird genehmigt werden müssen. Was braucht das Parlament für eine solche Genehmigung als Entscheidungsgrundlage?

Die GPK hat entschieden, die alte Geschichte abzuschliessen und den Bericht des bisherigen Gemeinderates durchzuwinken. Zusätzlich hat sie eine Kommissionsmotion eingereicht, welche den neuen Gemeinderat beauftragt, mehr Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten, so dass das Parlament

1. besser überprüfen kann, ob dieser Wechsel Sinn macht und
2. die Möglichkeit hat, eigene Schlussfolgerungen zur Direktionsstruktur zu ziehen.

Auf der Grundlage dieses Berichts, soll der Gemeinderat aufzeigen, was die Konsequenzen dieser Änderung sind und Schlussfolgerungen ziehen, ob dieser Abteilungstausch Sinn macht oder nicht. Und ob im Sinne einer gut funktionierenden Verwaltungsstruktur allenfalls weitere Abteilungen die Direktion wechseln sollten.

Die GPK ist der Meinung, dass die Schnittstellen nicht a priori gut oder schlecht sind oder dass man möglichst wenige Schnittstellen zwischen den Direktionen haben sollte. Sie verspricht sich aber von einem solchen Inventar der – Achtung – *wichtigsten* Schnittstellen und von den Antworten zu ihren weiteren Fragen, einen Überblick über die direktionsübergreifende Zusammenarbeit und der Prozesse. Diese Auslegeordnung kann nicht nur dem Parlament, sondern auch den neuen Gemeinderatsmitgliedern einen gewissen Überblick verschaffen. Und idealerweise verhindert sie einen Schnellschuss.

Der GPK ist es wichtig, dass der Gemeinderat zuerst den Bericht erarbeitet und dem Parlament vorlegt. Die Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements soll er erst in einer späteren Parlamentssitzung bringen. So hätten alle Beteiligten Zeit, die neuen Informationen durchzudenken und in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Das Parlament hätte die Möglichkeit, allenfalls Planungserklärungen einzubringen. Der Bericht soll die Basis für eine allfällige Reform bilden und nicht umgekehrt. Die GPK ist der Meinung, dass sich der Gemeinderat schon noch etwas Zeit für dieses Geschäft nehmen darf, wenn denn jetzt schon mal ein Zeit- und Motivationsfenster für eine Direktionsreform offen ist.

Bei der Lektüre der Antwort des Gemeinderates, hat sich die GPK aber doch noch eine Frage gestellt: Ist der Gemeinderat wirklich der Meinung, CHF 15'000 reichen aus, um einen qualitativ guten Bericht zu erstellen? Uns dünkt dies billig und wir würden durchaus auch einen höheren Betrag mit einer entsprechend profunderen Analyse begrüssen. Der Bericht soll Problemstellungen und die Schlussfolgerungen daraus aufzeigen – ergebnisoffen.

Doch jetzt hören wir auf, reinzureden. Wir debattieren hier – bezogen auf den geforderten Bericht – eine Richtlinie und überlassen das Weitere dem Gemeinderat.

Die GPK beantragt, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Richtlinienmotion erheblich zu erklären.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne:** Ich nehme es vorneweg: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen unterstützt den Antrag auf Erheblicherklärung.

Diesem Entscheid sind in der Fraktionssitzung allerdings einige Diskussionen vorangegangen. Wir sind zwar auch der Meinung, dass eine Änderung in der Zusammensetzung des Gemeinderats grundsätzlich ein guter Zeitpunkt ist, sich über die Aufteilung der Direktionen Gedanken zu machen, wir finden allerdings, dass so ein Wechsel der Zuständigkeiten auf Basis einer fundierten Analyse erfolgen sollte und bezweifeln, dass dies in der kurzen Zeit bis im Sommer und eben mit diesem Budget – es wurde bereits angesprochen – möglich ist.

Eine externe Unterstützung ist dabei zentral, auch um Lücken in der Analyse, welche potentiell aufgrund von Eigeninteressen der jeweiligen Amtsinhaber:innen entstehen könnten, zu vermeiden. Eine Analyse der Schnittstellen ist dabei sinnvoll, aber auch eine vertiefte Prüfung von Varianten für eine ausgeglichene Aufteilung der Verwaltungseinheiten hinsichtlich Aufwand, Gestaltungsspielraum und politischer Macht wäre zielführend, nicht bloss ein selektives Prüfen einzelner Aspekte.

Wir regen darum den Gemeinderat an, sich über den bereits kommunizierten Abtausch zwischen der DPF und der DPV ernsthafte Gedanken zu weiteren Anpassungen zu machen. Wir sehen weiterhin Potenzial für bessere Nutzung von Synergien und eine ausgeglichene Aufteilung zwischen den Direktionen.

**Fraktionssprecher SP, Lennart Koch, SP Männer:** Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats, die Richtlinienmotion erheblich zu erklären, zu.

Für uns geht es um eine einfache Frage: Wollen wir über angekündigte organisatorische Anpassungen mit oder ohne klare Grundlage zur Meinungsbildung diskutieren? Für uns ist es sinnvoll, denn wenn das Parlament über die künftige Organisation entscheidet, müssen wir verstehen, wie diese Zusammenarbeit heute im Alltag funktioniert. Und nicht nur auf dem Organigramm. Wichtig ist uns also folgendes:

- Es reicht nicht einfach nur, Schnittstellen aufzuzählen. Der Bericht soll auch die Zusammenarbeit klären, also die Zuständigkeiten, Abläufe und die wesentlichen Prozesse. So wird die Organisation nachvollziehbar.
- Und der Bericht soll auch offensichtliche Ressourcen-Engpässe sichtbar machen, welche durch Doppelspurigkeiten, unklare Zuständigkeiten oder hohem Koordinationsaufwand verursacht werden können. Das muss ersichtlich werden.
- Für uns ist zentral, dass der Bericht zeitgleich mit der Reform vorliegt. So, dass das Parlament ihn vor der Beratung von allfälligen Anpassungen des Verwaltungsorganisationsreglements auswerten kann. Ansonsten diskutieren wir über eine Reform, ohne die nötigen Grundlagen.

An den Gemeinderat vorab herzlichen Dank für die Beantwortung und dass ihr diese Motion unterstützt. Das schafft Transparenz und verbessert die Entscheidungsfähigkeit des Parlaments. Und darum unterstützen wir den Antrag einstimmig.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Toni Eder, Die Mitte:** Die Mitte-Fraktion EVP-GLP-Mitte stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Ich wiederhole das Votum der GPK-Präsidentin nicht, zeige aber auf, was für die Mitte-Fraktion zentral ist:

- Für uns ist wichtig, dass der Bericht zu den Schnittstellen zeitlich vor dem Antrag auf die Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements vorliegt. Nur so können wir Schlussfolgerungen ziehen, um danach über die Reorganisation zu entscheiden.
- Also: Der Bericht soll die Basis für eine Reform darstellen – und nicht umgekehrt. Der Bericht soll die Problemstellung aufzeigen, fundiert und qualitativ hochwertig sein.
- Ich möchte noch betreffend Schnittstellen folgendes hervorheben: Man könnte meinen, es gehe darum, alle Schnittstellen in einer einzigen Abteilung resp. Direktion zu haben. Das ist nicht so. Es kann auch durchaus das Ziel sein, Schnittstellen zu anderen Direktionen zu bilden, aber man muss wissen, wo diese sind.
- Wichtig ist vielmehr, dass es im Sinne einer Produktesicht – was sind die Kernprodukte der Verwaltung von Köniz und den einzelnen Abteilungen? – darum geht, die effizienteste Bündelung vorzunehmen. Das soll nicht nur auf die geplante Verschiebung der Finanzen und Planung reduziert sein.
- Die Qualität des Berichts ist wichtiger als die Kosten.

Wie gesagt, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Fraktionssprecher SVP, Benjamin Marti, SVP:** Auch von Seiten der SVP-Fraktion zuerst das Formelle: Wir werden dieser Motion einstimmig zustimmen. Wenn ich jetzt die Haltung der SVP zu diesem Thema darlege, dann mache ich das auch im Hinblick auf die kommende Teilrevision des Verwaltungsverordnungsreglements. Das Thema der Schnittstellen ist gemäss unserer Diskussion in der Fraktion eines mit einer Geschichte - es gibt also einen Ursprung dieses Schnittstellenthemas. Und das ist nämlich der Eindruck von zum Teil mangelhafter Zusammenarbeit zwischen den Direktionen und den Abteilungen. Es gibt eine Wahrnehmung von Silos oder Gärten, je nachdem, welches Sprachbild einem besser gefällt. Darum unterstützt die Fraktion die Forderung dieser Motion, dass man als Voraussetzung für die Anpassung der Direktionszuteilung diesen Blick auf die Schnittstellen macht.

Zum Thema der Ausgewogenheit in der Aufgabenverteilung in den Direktionen, da fällt der SVP auf, dass der Gemeinderat in seiner Antwort kaum Aussagen dazu macht. Aus Sicht der SVP ist der Gemeinderat in seiner Antwort in verschiedener Hinsicht aber erstaunlich klar: Er will gar keine eigentliche Direktionsreform, sondern er will einfach einen Abtausch der Themen Finanzen und Planung. Und in der Umsetzung dieses Willens, geht es dem Gemeinderat weder um die Schnittstellen noch um die Ausgewogenheit der Aufgabenverteilung. Die SVP bedauert, dass diese Auslegeordnung des Gemeinderates der letzten Legislatur zu keiner wirklichen Reform geführt hat. Die SVP hätte zu den Themen dieser Motion durchaus ein Potential gesehen. Der heutige Zeitpunkt für eine Reform hält die SVP aber als falsch bzw. als zu spät. Vielmehr spricht die SVP dem neu gewählten Gemeinderat das Vertrauen aus, verbunden mit dem Wunsch und der Erwartung, dass seine Mitglieder in ihrer Führungsrolle den Willen und das Mass der Zusammenarbeit zwischen den Direktionen und Abteilungen positiv beeinflussen werden.

Und damit bin ich bei meinem ersten Votum hier im Könizer Parlament und wieder beim Kern der Motion, nämlich bei den Schnittstellen und dazu möchte ich eine Aussage der GPK-Präsidentin ganz deutlich unterstreichen: Lieber Gemeinderat, bitte bleib in deiner Analyse und beim Bericht bei den *wichtigsten* Schnittstellen und bei jenen, welche tatsächlich vom Abtausch Finanzen und Planung betroffen sind.

**Fraktionssprecherin FDP, Selin López, FDP:** Gerne werde ich mit einem Kurzvotum die Position der FDP darlegen.

Als erstes: Die FDP. Die Liberalen unterstützen den Antrag des Gemeinderates. Wir betrachten die Überprüfung der Schnittstellen bzw. die Analyse im 1. Semester dieses Jahres als sehr zielführend. Schliesslich soll die Gemeinde die neue Legislaturperiode sinnvoll nutzen und etwas Sinnvolles aufbauen, wenn wir schon mal daran sind.

Wir sagen auch "Ja" zu den Kosten – wer glaubts? Wir sagen CHF 15'000 sind sehr sinnvoll investiertes Geld, denn wir erhoffen uns, dass mit diesem Geld auch der eine oder andere Prozess optimiert werden könnte, welcher dann im Ergebnis auch Kostenersparnisse zur Folge haben kann. Falls dieser Kostenrahmen dann trotzdem aus irgendwelchen Gründen überschritten werden sollte, dann ist dies auch in Ordnung – auch das überraschend. Wir sagen, dass dies im laufenden Betrieb wiederum eingespart werden könnte, wenn man vielleicht auf allfällige Doppelspurigkeiten aufmerksam wird und Unklarheiten betreffend Zuständigkeiten beseitigt. Und durch die klare Aufteilung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen, wie dies auch in der Privatwirtschaft normalerweise gelebt wird, kann diese geplante Analyse einen echten Mehrwert für die Gemeinde und schliesslich für die Steuerzahler bedeuten.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP:** Danke für eure engagierten Voten und euer Interesse an diesem Thema. Es ist uns allen auch klar, dass dies ein wichtiges Thema ist. Ich möchte aber trotzdem gerne noch zwei, drei Punkte zur Einordnung sagen, welche ich jetzt gehört habe und welche vielleicht etwas überraschend waren und bei welchen es wirklich auch nötig ist, noch etwas dazu zu sagen.

Zuerst möchte ich etwas zum Votum der GPK-Sprecherin sagen: Es ist so, der Bericht des Gemeinderates bestand aus zwei Teilen – aus der Direktionsreform und aus der Verwaltungsreform. Zur Direktionsreform hat der Gemeinderat bereits zwei Jahre zuvor informiert, das war also ein älterer Teil, das habt ihr bereits gewusst. Das heisst also nicht, dass man zwei Minuten zuvor so entschieden hat und dann so. Der Gemeinderat hat auch nicht einfach gesagt, in anderen Gemeinden ist es ebenfalls so. Der Gemeinderat hat im Bericht gesagt, es ist sehr unterschiedlich und weil wir fünf vollamtliche Gemeinderäte und Gemeinderätinnen in Köniz haben, ist es eigentlich sowieso immer das Gremium, welches entscheidet. Die gute Zusammenarbeit, welche ich am Schluss jetzt noch gehört habe, diese ist relevant. Es ist weniger relevant, wo, was angesiedelt ist, als man vielleicht denkt.

Der Gemeinderat hat diesen Bericht Ende Legislatur abgegeben, vor allem wegen der Verwaltungsreform und in diesem Bericht steht noch deutlich mehr, als das, was man jetzt denken könnte, was von

der GPK-Referentin gesagt wurde. Es steht auch noch etwas mehr zur Direktionsreform und zur Zusammenarbeit. Ihr könnt diesen gerne nochmals hervorheben.

Der neue Gemeinderat hat informiert, dass er das Verwaltungsreglement ändern möchte und dies wird dann ins Parlament kommen. Und selbstverständlich wird der Gemeinderat dann ausführlich begründen, warum er dies macht. Diese Begründung habt ihr heute ja noch gar nicht und ihr habt ja auch den Antrag noch gar nicht. Es gibt also auf jeden Fall Grundlagen, auch ohne diese Motion, damit dies für euch klar ist. Wir wollten natürlich nicht einfach nur einen Einzeiler schreiben und dann euren Goodwill. Es ist uns klar, dass wir dies begründen müssen.

Der Gemeinderat hat nicht gesagt, es ist in anderen Gemeinden auch so, sondern der Gemeinderat hat gesagt, es macht durchaus Sinn, über ein kleinere Reform nachzudenken, da jetzt der Zeitpunkt da ist. Und ja, in den grossen Gemeinden wurde dieser Tausch oft gemacht. Doch das ist natürlich nicht der einzige Grund, er hat auch auf die Ausgewogenheit hingewiesen, welche übrigens auch schon lange in der Könizer Politik diskutiert wird. Hierzu einfach noch eine kleine Richtigestellung, dass es durchaus etwas nuancierter war.

Wir begrüssen aber diese Richtlinienmotion als Ergänzung zu diesem Bericht, welchen ihr sowieso bekommt. Ihr werdet eine Begründung erhalten, es wird nicht nur um Schnittstellen gehen. Es wird in dieser Begründung auch erklärt, was genau die Beweggründe des Gemeinderates sind, welche Auswirkungen es hat und so weiter.

Jetzt noch zu den grossen Erwartungen, welche ihr an diese Richtlinienmotion und an diesen Bericht, welcher nicht teuer genug sein kann und nicht lange genug gehen kann, habt: Ich möchte euch kurz euren Motionstext vorlesen, damit wir wissen, was ihr bekommt und damit niemand enttäuscht ist. Da steht nämlich: "Der Gemeinderat erarbeitet einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Aus der Übersicht geht hervor, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden." Und genau das werden wir machen.

Und dann ist noch etwas zur Zeitlichkeit, das steht auch drin. Es steht: "Der Gemeinderat legt dem Parlament den Bericht spätestens zusammen mit den vom Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor." Ihr merkt schon, es kamen jetzt bereits wieder ganz viele neue Forderungen, was man noch alles könnte und sollte. Und ich bitte euch, einfach auch an einen anderen Faktor zu denken: Es ist ein Fenster, welches wir haben, aber dieses Fenster ist nicht ewig offen und es ist nicht ewig offen, weil es noch Leute gibt, welche in dieser Verwaltung arbeiten. Man kann diese auch nicht ewig lange im Ungewissen lassen, weil wir vielleicht noch eine Idee haben, was man noch ändern könnte. Und das ist uns wichtig: Es muss eine gewisse Stabilität, eine gewisse Vorhersehbarkeit für die Verwaltung da sein. Und darum versuchen wir, euch zeitnah, so schnell man eine solche Reglementsanpassung in unserem Prozess machen kann, einen Bericht vorzulegen. Das muss ja auch noch in eine Kommission und das sind ziemlich lange Fristen, welche wir einhalten müssen. Wenn wir es vorher schaffen, dann super, aber spätestens dann bekommt ihr auch zusätzlich genau diese Fragen, welche ihr uns hier stellt. Es ist wichtig zu betonen, dass es hier um einen gemeinsamen Entscheid geht und es ist eigentlich auch ein Entscheid für Köniz: Was ist das Beste für die Gemeinde mit unserer Struktur, mit unserer Grösse, mit unserer Verwaltung, wie können wir diese am besten organisieren. Und dass hier vielleicht noch ganz viele andere Ideen kommen, was auch noch gut wäre, das ist wirklich in Ordnung, aber ich bitte euch, auch etwas Augenmass zu halten und euch auf das Hauptthema zu fokussieren. Nämlich: Wie können wir dieses wichtige und grosse Schiff Köniz möglichst gut durch die Gewässer steuern und wie kommen wir möglichst gut zusammen vorwärts.

Ich freue mich, wenn ihr diese dringliche Motion so annehmt und wir haben sicherlich gut zugehört, was euch wichtig ist und wir werden uns Mühe geben, nach Möglichkeiten, euren Erwartungen gerecht zu werden.

**Erstunterzeichnerin, Monika Röthlisberger, Grüne:** Ich möchte für die gute Aufnahme Danke sagen, über die Parteigrenzen hinweg und ich möchte auch merci für die Präzisierungen der Präsidentin sagen, um dies nochmals etwas in Perspektiven zu setzen und zu ergänzen.

Ich möchte noch kurz wegen der wichtigsten Schnittstellen präzisieren, welche ich angesprochen habe: Die Mehrheit der GPK meint nicht nur die Schnittstellen der Direktionen, welche wechseln, sondern von der ganzen Verwaltung, von allen Direktionen. Die Gemeindepräsidentin hat es zuvor auch nochmals wiederholt oder klargestellt.

Es freut mich zudem besonders, dass wir hier eine Motion haben, bei welcher die FDP findet, das höhere Kosten in Ordnung sind.

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Da der Antrag des Gemeinderates in den Voten nicht bestritten wurde, verzichte ich auf eine Abstimmung und erkläre den Antrag auf Erheblichkeitserklärung als angenommen.

## **Beschluss**

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

PAR 2026/15

## **V2528 Motion (SVP-Fraktion) "Steuererleichterungen für Könizer Ausbildungsbetriebe"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

## **Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage für den Erlass einer kommunalen Steuerverordnung oder einer entsprechenden Bestimmung in einem bestehenden Reglement zu unterbreiten, mit welchem Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in der Gemeinde Köniz, die Lernende in einem anerkannten Lehrverhältnis gemäss Berufsbildungsgesetz (BBG) ausbilden, steuerlich entlastet werden.

## **Begründung**

Die Ausbildung von Lernenden ist ein zentrales Element für die wirtschaftliche Zukunft und gesellschaftliche Entwicklung der Gemeinde Köniz. Ausbildungsbetriebe übernehmen eine wichtige Verantwortung: Sie sichern den Fachkräftenachwuchs, fördern die Integration junger Menschen in die Arbeitswelt und tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Stärke der Region bei.

Die Ausbildung bedeutet für Betriebe jedoch einen erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwand, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Gemeinde Köniz kann mit gezielten steuerlichen Anreizen die Schaffung neuer Lehrstellen fördern, bestehende Ausbildungsplätze sichern und damit den Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken.

In den geltenden Erlassen und Reglementen der Gemeinde Köniz bestehen derzeit keine Bestimmungen, die steuerliche Anreize für Ausbildungsbetriebe vorsehen. Mit dieser Motion soll daher die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Unternehmen, die Lernende ausbilden, gezielt zu unterstützen. Steuererleichterungen für Ausbildungsbetriebe sind eine Investition in die Zukunft: Sie unterstützen die lokale Wirtschaft, schaffen Perspektiven für Jugendliche und sind ein klares Bekenntnis zur Berufsbildung in Köniz.

## **Eingereicht**

18.08.2025

## **Unterschrieben von 6 Parlamentsmitgliedern**

Kathrin Gilgen, Reto Zbinden, Roland Hofer, Andrea Winzenried, Corina Burren, Florian Moser



## Antwort des Gemeinderates

### 1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, ob das Festlegen von Steuererleichterungen für Könizer Ausbildungsbetriebe in kommunaler Kompetenz liegt.

### 2. Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass die Ausbildung von Lernenden ein zentrales Element für die wirtschaftliche Zukunft und gesellschaftliche Entwicklung der Gemeinde Köniz ist. Er teilt auch die Meinung, dass Ausbildungsbetriebe einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung leisten. Auch die Gemeinde bildet Lernende aus. Die Gemeinde Köniz stellt rund 25 Ausbildungsplätze in 7 verschiedenen Lehrberufen zur Verfügung. Der Gemeinderat möchte aus eigener Erfahrung auch noch anführend, dass Lehrbetriebe nicht nur Kosten und Aufwand haben, sondern dass sie durch die wichtige Aufgabe in der Berufsbildung auch einen wichtigen Nutzen generieren und davon profitieren. Dank diesen Ausbildungsplätzen kann die Gemeinde zukünftige neue Fachkräfte für die Gemeinde ausbilden. Auch profitiert die Organisation von den Kenntnissen der Lernenden über die neuesten Arbeitsmittel, da in Berufsbildung jeweils die neusten Mittel verwendet und geschult werden. Nach einer gewissen Einführungsphase unterstützen die Lernenden die Mitarbeitenden bereits im Arbeitsalltag.

Ob eine Steuerreduktion der richtige Weg ist, um Lehrbetriebe zu unterstützen, kann nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden. Die Gemeinde kann eine kantonale vorgegebene Steuer nicht reduzieren. Das Ziel der Motion, die Betriebe mit Lehrstellen steuerlich zu entlasten, kann von Gesetzeswegen auf Gemeindeebene also nicht erfüllt werden.

Die Gemeinden verfügen im Unterschied zum Kanton nicht über eine originäre, sondern über eine abgeleitete Steuerhoheit, gestützt auf Art. 113 KV. Den Gemeinden kommt also nur insoweit das Recht zu, Steuern zu erheben, als der kantonale Gesetzgeber ihnen dies gestattet. Im Rahmen der Gemeindesteuern ist zu unterscheiden zwischen den obligatorischen und den fakultativen Gemeindesteuern. Die obligatorischen Gemeindesteuern sind in Art. 249 StG festgehalten. Art. 257-265a StG regeln die zulässigen fakultativen Gemeindesteuern. Für die Erhebung der obligatorischen Gemeindesteuern bildet das Steuergesetz (StG) die alleinige rechtliche Grundlage. Will eine Gemeinde zusätzlich eine fakultative Gemeindesteuer erheben, so hat sie hierfür ein entsprechendes Gemeindereglement zu erlassen (Art. 248 Abs. 2 StG). (Lerch/Kästli, Praxiskommentar zum Berner Steuergesetz Band II, 2011, N. 1 zu Art. 247 StG).

Als fakultative Gemeindesteuern sind im Gesetz die Liegenschaftssteuer (Art. 258 ff.), die Kurtaxe (Art. 263 StG), die Tourismusförderungsabgabe (Art. 264 StG) und die Zweitwohnungssteuer (Art. 265a) vorgesehen. Diese Aufzählung ist abschliessend.

Trotzdem wird der Gemeinderat sich auch weiterhin den Austausch mit den Unternehmen pflegen, welche junge Menschen ausbilden. Nicht zuletzt auch um die Betriebe bei der Lehrlingsrekrutierung zu unterstützen, wurde die Industrienacht als Werbeplattform für die duale Berufsbildung - u.a. in Zusammenarbeit mit dem Lehrstellennetz - neu in Köniz eingeführt. Diese Plattform wurde sehr gut von allen Beteiligten aufgenommen.

### 3. Fazit

Unter Berücksichtigung der rechtlichen Grundlagen kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die Gemeinde in keinem kommunalen Erlass (weder Reglement noch Verordnung) Steuererleichterungen für Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in der Gemeinde Köniz, die Lernende in einem anerkannten Lehrverhältnis gemäss Berufsbildungsgesetz (BBG) ausbilden, festlegen kann.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 08.12.2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 09.09.2025

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Dieses Geschäft wäre eine Beantwortung der Direktion Präsidiales und Finanzen gewesen. Ich sage "wäre", weil die SVP-Fraktion uns informiert hat, dass sie diesen Vorstoss zurückzieht. Wünscht trotzdem noch jemand aus der SVP-Fraktion das Wort?

**Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP:** Es wurde bereits gesagt, wir ziehen diese Motion zurück. Wir bedauern, dass die Abklärungen gezeigt haben, dass unser Anliegen auf kommunaler Ebene gar nicht umgesetzt werden kann, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde zu klein ist. Aber inhaltlich halten wir am Ziel fest, Ausbildungsbetriebe leisten einen zentralen Beitrag für die Sicherung unseres Fachkräftenachwuchses und übernehmen grosse Verantwortung. Gerade für KMU's ist die Ausbildung mit einem grossen Aufwand verbunden und das soll auch politisch unterstützt werden. Wir haben auch noch geprüft, ob wir diese Motion in ein Postulat umwandeln könnten, um andere Entlastungsmöglichkeiten durch die Gemeinde prüfen zu lassen. Wir befürchten aber, dass wir damit vor allem einen zusätzlichen Bericht erhalten, ohne konkrete Verbesserungen auszulösen. Darum schaffen wir keinen Papiertiger, sondern ziehen zurück. Wir werden aber bereits an der nächsten Sitzung einen neuen konkreten Vorstoss einreichen, welcher genau dieses Ziel unterstützen soll. Es ist ein zentrales Anliegen der SVP, dass wir die Berufsbildung unterstützen wollen und jene Betriebe, welche ausbilden, entlasten können.

Die Motion wird zurückgezogen.

PAR 2026/16

### **V2526 Motion/Richtlinienmotion (Grüne, Junge Grüne, SP, JUSO) "Integrale Regenwasserbewirtschaftung im Siedlungsgebiet (Schwammstadt Köniz)"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

## Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. die nötigen Strukturen und synergistischen Planungsprozesse zu schaffen oder bestehende Strukturen und Planungsprozesse auszubauen (z.B. Arbeitsgruppen), um in der Gemeinde Köniz eine integrale Regenwasserbewirtschaftung gewährleisten zu können;
2. eigene Planungen und Projekte auf die Umsetzung des Schwammstadtkonzepts zu prüfen und diese wenn möglich umzusetzen;

3. formelle Instrumente (Raumplanung, Nutzungspläne, Bauordnungen, Normalien, etc.) wo nötig so anzupassen, dass die Prinzipien des Schwammstadtkonzepts gefördert werden;
4. zu prüfen, welche Finanzierungssysteme oder Förderinstrumente für Massnahmen zur Umsetzung der integralen Regenwasserbewirtschaftung zur Verfügung stehen (z.B. Spezialfinanzierung Abwasser, Förderprogramm Adapt+<sup>1</sup> des Bundes) oder geschaffen werden müssen;
5. weitere Schwammstadtprojekte umzusetzen und zu prüfen, ob eine Projektpartnerschaft im Rahmen der Strategischen Initiative Schwammstadt<sup>2</sup> möglich und für die integrale Regenwasserbewirtschaftung zielführend ist.

## Begründung

Das Regenwasser ist eine wertvolle Ressource, um die Hitzebelastung und Trockenheit in urbanen Siedlungsgebieten zu mindern. Bisher wurde Regenwasser jedoch mehrheitlich aus der Perspektive des Hochwasserschutzes als abzuleitende Gefahr betrachtet. Während die Versickerung von Regenwasser im Gewässerschutzgesetz verankert ist, wird der Verdunstung als wichtige Komponente des natürlichen Wasserkreislaufes kaum Rechnung getragen. Die Verdunstung verlangt nach einer dezentralen Bewirtschaftung des Regenwassers, da sie über offene Flächen und insbesondere über Pflanzen erfolgt. Dabei ist eine ausreichende Wasserversorgung nötig – womit sich Synergien mit der Siedlungsentwässerung aufdrängen. Die integrale Regenwasserbewirtschaftung stellt demnach einen Haltungswechsel dar, von der reinen Gefahrenabwehr zu einem integralen Risikomanagement.

Mit dem Klimawandel werden sowohl Starkniederschläge als auch ausgeprägte Hitze- und Trockenperioden weiter zunehmen. Das sogenannte Schwammstadtkonzept ist ein planerischer Ansatz, der sich beiden Herausforderungen annimmt. Es betrachtet Regenwasser als Ressource und minimiert die Risiken im Umgang mit Starkregenereignissen. Regenwasser von geringen Niederschlägen wird oberflächennah bzw. in einer genügend mächtigen Bodenschicht gespeichert. Es verdunstet direkt von den benetzten Flächen oder steht den Pflanzen zur Verfügung. Bei mittleren Niederschlägen versickert zusätzlich ein Teil des Wassers in tiefere Bodenschichten und reichert das Grundwasser an. Erst bei Starkniederschlägen kommt es zusätzlich zum Oberflächenabfluss, der in Abflusskorridoren gezielt abgeleitet wird.

Die für die Regenwasserbewirtschaftung benötigten Freiflächen können anderweitig synergistisch genutzt werden, z.B. für Erholung oder die Förderung der Biodiversität. Die Umfrage K wie Köniz<sup>3</sup> hat aufgezeigt, dass die Könizer Bevölkerung mit dem Thema Landschaftsschutz und Biodiversität nur unterdurchschnittlich zufrieden ist und die Gemeinde sich für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz vermehrt engagieren soll, um Köniz zu einem (noch) lebenswerteren Ort zu machen. Die integrale Regenwasserbewirtschaftung hat das Potential, einen grossen Teil dieser Bedürfnisse zu realisieren.

In seiner Antwort auf die Motion V2409 "Grünes Zentrum Köniz"<sup>4</sup> erwähnt der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe, "um den Wissensaustausch bezüglich der Möglichkeiten für Entsiegelungs- und Begrünungsmassnahmen im Strassenraum zu fördern". Die Arbeitsgruppe ist der Siedlungsentwässerung/Hochwasserschutz angegliedert. Um eine integrale Regenwasserbewirtschaftung zu fördern und die nötigen Planungsprozesse voranzutreiben, braucht es unserer Meinung nach eine verstärkte Koordination auf Gemeindeebene über die bestehende Arbeitsgruppe hinaus, deren primäres Ziel der Wissensaustausch zu sein scheint.

## Quellen

BAFU/ARE 2022: Regenwasser im Siedlungsraum. Starkniederschlag und Regenwasserbewirtschaftung in der klimaangepassten Siedlungsentwicklung. Bundesamt für Umwelt (BAFU); Bundesamt für Raumentwicklung (ARE). Umwelt-Wissen Nr. 2201: 115 S, <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/publikationen-studien/publikationen/regenwasser-im-siedlungsraum.html>

Infoplattform Schwammstadt, <https://sponge-city.info/>

<sup>1</sup><https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/anpassung-klimawandel/foerderprogramm-anpassung.html>

<sup>2</sup> <https://sponge-city.info/unser-netzwerk/>

<sup>3</sup> K wie Köniz, Ergebnisbericht zur Bevölkerungsbefragung 2024/2025, Interface

<sup>4</sup>[https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/22760/2025-03-17\\_T06\\_V2409\\_Motion\\_Gruenes%20Zentrum%20Koeniz.pdf?fp=1](https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/22760/2025-03-17_T06_V2409_Motion_Gruenes%20Zentrum%20Koeniz.pdf?fp=1)

## Eingereicht

18.08.2025

## Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Christine Müller, Isabelle Steiner, Sara Gasser, Bülent Celik, Mayra Faccio, Roger Tanner, Monika Röthlisberger, Urs Mumenthaler, Christina Aebischer, Jutta Gubler, Fabienne Marti Locher, David Müller, Géraldine Boesch, Roland Akeret, Klaus von Muralt, Janka Hamm, Andreas Hauser, Arlette Mürger, Sandra Röthlisberger, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

## Antwort des Gemeinderates

### 1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf die Ziffer 3 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf die Ziffern 1, 2, 4 und 5 eine Richtlinie vor (siehe Beilage 1).

### 2. Ausgangslage

Ereignisse wie Trockenheit, Hitze und Starkniederschläge treten mit dem Klimawandel immer häufiger und intensiver auf. Die Prinzipien der Schwammstadt bilden einen integralen Lösungsansatz, um den davon ausgehenden Gefahren zu begegnen. Wie von den Motionären beschrieben, sieht das Schwammstadt-Prinzip vor, Regenwasser zu speichern damit dieses bei Hitze oder Trockenheit wieder abgegeben werden kann. Das Prinzip verspricht eine kühlende Wirkung durch Verdunstung, eine Entlastung der Kanalisation bei Starkregen, sowie die Möglichkeit in Trockenperioden das gespeicherte Wasser der Vegetation zur Verfügung zu stellen.

#### Grundlagen und Werkzeuge

Da das Schwammstadt-Konzept noch verhältnismässig jung ist, ist dessen rechtliche Verankerung auf Bundes- und Kantonsebene noch relativ schwach.

#### *Bund*

Die wichtigsten formellen Grundlagen für den Umgang mit Starkniederschlägen und Regenwasserbewirtschaftung auf Bundesebene sind die Erlasse zu Raumplanung, Wasserbau und Gewässerschutz. Die Bundesgesetzgebung wird mit Richtlinien und Normen der Fachverbände (z.B. des VSA; Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute) ergänzt. Das Gewässerschutzgesetz (GSchG) strebt zwar einen naturnahen Wasserkreislauf an, fordert aber nach wie vor in erster Priorität das Wasser versickern zu lassen und in zweiter Priorität, das Wasser in ein Oberflächengewässer oder in die Kanalisation zu leiten. Die für die Umsetzung von Schwammstadt-Prinzipien wichtige vorgelagerte "Priorität 0", das Regenwasser dezentral zurückzuhalten, zu speichern und zu verdunsten, fehlt in der übergeordneten Gesetzgebung. Das GSchG wird aktuell revidiert.

#### *Kanton Bern*

Der Kanton Bern überarbeitet aktuell die kantonale Wasserstrategie (Veröffentlichung voraussichtlich im Frühjahr 2026). Die Strategie adressiert die Schwammstadt in der Stossrichtung "Wasserkreislauf im Klimawandel stärken". Diese fordert eine Verbesserung des Rückhalts von Niederschlägen unter anderem durch Schwammstädte und Schwammlandschaften. Mit dieser Massnahme sollen bestehende Hemmnisse und mögliche Förderinstrumente zur Umsetzung des Schwammstadtkonzepts auf kantonaler Ebene behoben resp. eingeführt werden.

#### *Gemeinde Köniz*

Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung im Rahmen der Umfrage "T wie Treffpunkt. Der öffentliche Raum" sowie der Vorstoss V2234 "Köniz passt sich zunehmender Hitze an" unterstreichen den Handlungsbedarf, Klimaanpassungsmassnahmen wie das Schwammstadtkonzept in der Gemeinde Köniz umzusetzen.

Das Schwammstadtkonzept und dessen Vorteile haben schon länger Einzug in die Verwaltung genommen und bilden eine wichtige Grundlage für Planungen und Projektierungen. Die Gemeinde Köniz verfügt zwar über die geeigneten Werkzeuge, um Schwammstadt-Prinzipien umzusetzen und zu fördern, aufgrund der fehlenden konkreten übergeordneten Gesetzgebung ist das Thema jedoch auch relativ schwach in den gesetzlichen und planerischen Grundlagen der Gemeinde verankert. Insbesondere gegenüber privaten Anspruchsgruppen können Schwammstadtprinzipien kaum eingefordert werden. Leitfäden und Arbeitshilfen, wie dieses Thema in der Schweiz umgesetzt werden könnte, wurden in den letzten Jahren von Bund, Kanton und Fachverbänden publiziert und werden auf Gemeindeebene genutzt.

### **3. Zu den einzelnen Punkten der Motion**

#### **3.1 Punkt 1 (Strukturen in der Verwaltung)**

Die Voraussetzung um ein interdisziplinäres Konzept wie die Schwammstadt umzusetzen, ist eine enge Abstimmung und Koordination der beteiligten Akteure. Hierbei geht es unter anderem um Fragen der Siedlungsentwässerung, des Grundwasserschutzes, der Bepflanzung, der Nutzung des Raumes sowie des Unterhalts. Aus diesen Überlegungen verfügt die Verwaltung bereits über geeignete Gefässe und Arbeitsgruppen, um eine integrale Regenwasserbewirtschaftung zu ermöglichen. Koordiniert werden die Bemühungen zur Umsetzung von Schwammstadt-Prinzipien durch die Plattform Freiraum mit Fokus auf die Gesamtplanung sowie auf die Planung und die Begleitung der Umsetzung in grösseren Projekten. Für die Umsetzung von Entsiegelungsprojekten im Strassenraum sowie das Sammeln und Dokumentieren von Ideen und Know-how für deren Realisierung ist die Fachgruppe Entsiegelung verantwortlich. Sie bringt Vorschläge zur Umsetzung ein, entwickelt Instrumente zur Koordination und erarbeitet Grundlagen für Entsiegelungsprojekte. Aktuell steht sie im fachlichen Austausch mit anderen Gemeinden und ist bestrebt, bis Ende 2026 einen umfassenden Massnahmenkatalog für Entsiegelungen zu erstellen.

Obschon durch die Koordination in diesen Gefässen gute Resultate erzielt werden können, gilt es die Rollen bei der Planung und der Umsetzung des Schwammstadt-Konzepts weiter zu schärfen.

#### **3.2 Punkt 2 (Umsetzung des Schwammstadtkonzepts)**

Wie bereits erwähnt sind die Schwammstadt-Prinzipien in der Gemeinde Köniz präsent. Diese werden wo möglich in die Planung und Projektierung integriert.

In Arealentwicklungen, bei denen die Gemeinde Köniz als Grundeigentümerin involviert ist, fliessen Schwammstadt-Prinzipien ein, beispielsweise über Vorgaben im Wettbewerb zu einem Bauprojekt. Ein aktuelles Beispiel ist die Entwicklung der Überbauung "Zentrum Köniz Nord" in deren Perimeter die Gemeinde Köniz über Liegenschaften verfügt.

Auch in konkrete Projekte (Beispielsweise auf gemeindeeigenen Parzellen) fliessen bereits Schwammstadt-Prinzipien mit ein. Dies geschieht aktuell meist über unversiegelte Flächen, geeignete Bepflanzungen und Versickerungsmulden (z.B. am Wilkerplatz oder bei Schularealen). Seltener wird das Regenwasser direkt den Bäumen zugeführt (z.B. bei der neuen Niederflursammelstelle an der Stapfenstrasse). Angedacht ist ein solches System in der neuen Tramwendschlaufe an der Seftigenstrasse in Wabern. Kürzlich wurden im Rahmen des Projektes "Köniz Fernwärme Buchsee, Strassensanierung und Wasserleitungersatz" rund 16 Parkplätze im Buchseequartier entsiegelt.

#### **3.3 Punkt 3 (Formelle Instrumente)**

Für die Erarbeitung der planerischen Grundlagen (z.B. UeO's, ZPP's, Zielbilder) wird primär darauf geachtet den Platz für die Umsetzung des Schwammstadt-Konzepts zu sichern. Es wird versucht den Raum für Bäume und z.B. Versickerungsgruben zu schaffen bzw. zu erhalten sowie die versiegelten Flächen auf das funktionale Minimum zu begrenzen. Die UeO zur in Kap. 3.2 erwähnten Überbauung "Zentrum Köniz Nord" sieht beispielsweise eine deutliche Reduktion des Versiegelungsgrades sowie eine Baumkronenfläche von 400m<sup>2</sup> durch Hochstammbäume im siedlungsinternen Aussenraum vor.

Bei Planungen wie UeO's sowie auch bei Bauvorhaben werden seitens der Verwaltung Schwammstadt-Prinzipien eingebracht. Gemäss den betroffenen Abteilungen können diese jedoch kaum durchgesetzt

werden, da die formellen Instrumente der Gemeinde Köniz aktuell nicht die gesetzlichen Grundlagen bieten, Schwammstadt-Prinzipien gesamtheitlich einzufordern.

Das liegt primär an der, in der Ausgangslage beschriebenen, fehlenden klaren übergeordneten Gesetzgebung zu dem Thema. Das nationale Gewässerschutzgesetz regelt vieles umfassend, priorisiert jedoch nach wie vor das Versickern, gefolgt vom Abführen des Wassers. Das kantonale Gewässerschutzgesetz ist relativ starr und verfügt über wenig Grauzonen. So ist beispielsweise nicht klar, wie weit auf kommunaler Ebene die Rechtsgrundlagen angepasst werden dürfen um das Schwammstadt-Konzept zu fördern, damit diese noch mit dem übergeordneten Recht in Einklang stehen. Der Kanton Bern plant, gestützt auf die neue Wasserstrategie (siehe Ausgangslage), ab Frühjahr 2026 die rechtlichen Grundlagen zu überarbeiten.

Die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Möglichkeiten werden genutzt um das Schwammstadt-Konzept zu fördern. Sobald die überarbeiteten Gesetzestexte vorliegen, oder klar ist, in welche Richtung diese überarbeitet werden, wird die Gemeinde Köniz entsprechend handeln und die kommunalen Rechtsgrundlagen (z.B. das Baureglement) anpassen.

### **3.4 Punkt 4 (Finanzierung)**

#### Gemeindeeigene Finanzierung

Die Finanzierung für die Umsetzung des Schwammstadt-Konzepts kann als Übergangslösung in laufenden Projekten mit Mitteln aus der Spezialfinanzierung „Ausgleich von Planungsvorteilen“ erfolgen. In neuen Projekten sollten Klimamassnahmen standardgemäss über die Investitionsplanung finanziert werden, bei einzelnen Projekten kann eine Finanzierung aus der Spezialfinanzierung „Ausgleich von Planungsvorteilen“ geprüft werden.

Ein Anreiz für Private könnte durch eine Erleichterung bei den Regenwassergebühren geschaffen werden, wenn diese Schwammstadt-Prinzipien umsetzen. Im Rahmen der Überarbeitung der kommunalen Rechtsgrundlagen wird diese Option geprüft.

#### Externe Finanzierung

Beim Bund steht das Förderprogramm (Adapt+) zur Verfügung, wenn Projekte umgesetzt werden, welche Schwammstadt-Prinzipien fördern und mit den Vorgaben des Bundes übereinstimmen. Die Gemeindeverwaltung ist aktuell bereits an der Prüfung von möglichen Projekten, welche für dieses Förderprogramm infrage kämen. Vom Kanton Bern werden neue Förderinstrumente im Rahmen der neuen Wasserstrategie erwartet.

### **3.5 Punkt 5 (Projektpartnerschaften)**

Um komplexe Themen, wie das Schwammstadt-Konzept, umzusetzen, sind die Gemeinden auf die Fachverbände angewiesen. Diese erarbeiten die notwendigen Grundlagen und stehen den Gemeinden beratend zur Seite. Die Gemeinde Köniz ist bereits Mitglied beim VSA (Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute), welcher sich auch intensiv mit der Schwammstadt auseinandersetzt. Die Möglichkeit der Projektpartnerschaft im Rahmen der Strategischen Initiative Schwammstadt hätte Potential und wird geprüft.

## **4. Fazit**

Wie der Motionsprüfung (Beilage 1) entnommen werden kann, hat einzig Punkt 3 des Vorstosses Motionscharakter. Für die konkrete Umsetzung in den kommunalen Rechtsgrundlagen fehlen teilweise die übergeordneten rechtlichen Grundlagen. Diese sind zwar in Überarbeitung, wann genau sie vorliegen ist offen.

Die Thematik verfügt auch über Wechselwirkungen und Abhängigkeiten, welche sich über mehrere Bereiche erstrecken. Das muss in der Anpassung der formellen Grundlagen berücksichtigt werden. Nur so kann das Potential ausgeschöpft und sichergestellt werden, dass keine Widersprüche auftreten und die rechtlichen Grundlagen ineinandergreifen.

Aus heutiger Sicht erscheint es deshalb am zielführendsten, die formellen Instrumente im Rahmen der Raumstrategie zu verankern.

Neben den rechtlichen Grundlagen müssen in der Gemeinde auch die personellen und finanziellen Ressourcen auf die Umsetzung des Schwammstadt-Prinzips ausgerichtet werden.

Aufgrund dieser Ausgangslage beantragt der Gemeinderat die Annahme der Motion als Postulat.

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 17.12.2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 03. September 2025

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Bei dieser Richtlinienmotion handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Umwelt und Betriebe. Weil ich selber die Erstunterzeichnerin dieser Motion bin und als Präsidentin dieses Votum nicht selbst halten kann, springt die Zweitunterzeichnerin für mich ein.

**Anstelle der Erstunterzeichnerin, Isabelle Steiner, SP Frauen:** Ich halte dieses Votum auch gleich als Fraktionsvotum. Wir alle wissen es, das Klima ändert sich. Gerade im Sommer erfahren wir das besonders sichtbar: Die Gewitter werden immer heftiger und führen zu häufigeren und stärkeren Hochwasserereignissen.

Gleichzeitig werden die Hitzeperioden heisser und länger, was zu gesundheitlichen Risiken und Umweltfolgen führt und gerade im versiegelten urbanen Raum jedes Jahr Todesopfer fordert. Auf globaler Ebene sind wir gefordert, diesen Wandel abzubremesen. Auf lokaler Ebene müssen wir gleichzeitig lernen mit diesen neuen Wetterextremen umzugehen.

Eine solche Strategie ist das Schwammstadtprinzip. Über Jahrhunderte haben wir unseren Fokus darauf gerichtet, Regenwasser über die Kanalisation schnellstmöglich aus der Siedlung hinauszuführen. In einer Schwammstadt hingegen versickert das Wasser vor Ort und kühlt über die Vegetation die Umgebung ab. Es ist ein System, das allen einleuchtet und niemandem schadet. Im Gegenteil: Eine reine Asphaltwüste, bei welcher nach einer Sanierung mehr Bäume, Grasflächen und Kiesplätze aufweist, wertet unsere Siedlungsräume nicht nur ökologisch, sondern auch gestalterisch auf. Damit das gelingt, müssen wir die Art und Weise grundsätzlich ändern, wie wir mit Niederschlag umgehen. Unser Vorstoss zielt genau darauf ab, das Schwammstadtprinzip soll zum Standard werden.

Die Antwort des Gemeinderates zeigt, dass wir hier bis zu einem gewissen Grad offene Türen einrennen. Die Schwammstadt als Gestaltungsprinzip ist in der Verwaltung durchaus präsent. Das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen involvierten Fachbereichen ist beispielsweise in der Plattform Freiraum oder in der Fachgruppe Entsiegelung bereits institutionalisiert. Bei grösseren Planungen, mit Mitsprache der Gemeinde, werden bereits Schwammstadt-Massnahmen eingebracht. Eine Finanzierung ist über die Mehrwertabschöpfung möglich und Anträge für Fördergelder werden geprüft.

Vieles wird also bereits gemacht und das Umdenken in der Verwaltung ist in vollem Gange. Trotzdem müssen wir uns bewusst bleiben, dass vieles davon erst erste Schritte sind. Längerfristig müssen Entsiegelung, Begrünung und andere Massnahmen zur Verbesserung des lokalen Klimas zum Grundprinzip werden. Dazu braucht es auch mehr Bewegung in dieser Sache auf nationaler und kantonaler Ebene.

Das Timing dieses Vorstosses ist insofern etwas unglücklich, weil die Präsentation der überarbeiteten kantonalen Wasserstrategie offenbar unmittelbar bevorsteht. Es hätte darum vielleicht sogar Sinn gemacht, eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist zu beantragen, um die Stellungnahme des Gemeinderates etwas konkreter auszugestalten. Es wird sowohl für die Verwaltung als auch für die Politik wichtig sein, diese Strategie genau unter die Lupe zu nehmen, damit wir weiterbestehende Lücken erkennen und neue Spielräume in Köniz maximal ausschöpfen können.

Mit Blick auf diesen bevorstehenden Schritt sind wir bereit die Motion in ein Postulat umzuwandeln, sind aber dankbar, wenn der Bericht schliesslich möglichst bald und präzise ausführt, wie die kommunale Praxis durch die kantonalen Entscheide tangiert ist. Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katrin Aeschbacher, GLP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt den Parlamentskolleginnen und -kollegen der Grünen, Jungen Grünen, SP und JUSO für das Aufgreifen dieses zukunftsweisenden Themas und dem Gemeinderat für die Beantwortung der Motion. Wir bewerten die integrale Regenwasserbewirtschaftung als ein wichtiges Prinzip bei Planungsgeschäften und befürworten die Verankerung in den kommunalen Reglementen und Strategien.

Die integrale Regenwasserbewirtschaftung ist mittel- und langfristig auch finanziell von Interesse und sollte darum auch als integraler Bestandteil der "Sicherheitsstrategie" gesehen werden. Dies insbesondere zur Schadensprävention bei Starkregen und zur Gesundheitsprävention bei Hitzeperioden.

Der Gemeinderat moniert, dass aktuell die übergeordneten nationalen und kantonalen Gesetze noch fehlen und die Durchsetzung der Schwammstadt-Kriterien gegenüber privaten Anspruchsgruppen noch nicht möglich ist. In Gemeinden sind durchschnittlich etwa 60% des Landes in Privatbesitz. Das ist eine grobe Schätzung, den genauen Wert für Köniz konnte ich nicht eruieren. Darum ist es aber unerlässlich, dass auch Privateigentümer mit ins Boot geholt werden.

In diesem Sinne stützt sich die EVP-GLP-Mitte-Fraktion gerne auf die vom Gemeinderat formulierte Aussage unter Punkt 3.3., wonach die Gemeinde Köniz die kommunalen Rechtsgrundlagen anpassen wird, sobald die aktuelle Revision des Gewässerschutzgesetzes auf Bundesebene abgeschlossen und die kantonale Wasserstrategie verabschiedet ist. Letzteres soll erfreulicherweise ja bereits im Frühjahr 2026 der Fall sein.

Es ist jedoch nie falsch, sinnvolle und zukunftsweisende Strategien bereits beratend in den Anwendungsgrundsätzen der Verwaltung einzubringen und somit der Gesetzgebung einen Schritt voraus zu sein. Der vorhandene Handlungsspielraum zur Umsetzung des Schwammstadt-Prinzips soll vollumfänglich ausgeschöpft werden. Dies ist in mehreren abgeschlossenen und laufenden Projekten bereits erfolgt, unter anderem als Erbe von Alt-Gemeinderat Hansueli Pestalozzi. In diesem Sinne wünschen wir uns, dass die zuständigen Stellen in der Gemeindeverwaltung die Anforderungen des Schwammstadt-Prinzips nicht in erster Linie als Last empfinden, sondern die Umsetzung proaktiv und freiwillig im Sinne einer Pionier-Leistung angehen.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion befürwortet die Umwandlung dieser Motion in ein Postulat und unterstützt dieses geschlossen.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Sara Cristina Gasser, Junge Grüne:** Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung der Motion bzw. dem jetzigen Postulat. Da Isabelle Steiner und Katrin Aeschbacher euch die Argumente bereits ausführlich dargelegt haben, werde ich mich jetzt kurz halten und mein Votum abkürzen.

Ihr wisst, der Klimawandel macht auch vor Köniz nicht Halt und nebst den Massnahmen, um diesen zu bremsen, wofür wir uns ja auch immer einsetzen, braucht es eben auch Anpassungsmassnahmen. Und die Schwammstadtprinzipien bilden dafür einen Lösungsansatz. Wir hätten gerne an einer Motion festgehalten, haben aber die Unterstützung dafür nicht gefunden.

Wir möchten aber an dieser Stelle auch den Mitarbeitenden in der Verwaltung danken, welche sich bereits für diese Schwammstadtprinzipien einsetzen.

Wir danken euch, wenn ihr das Postulat unterstützt - die Fraktion Junge Grüne/Grüne wird dies selbstverständlich auch machen.

**Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried:** Wir haben es gehört, die Hitzetage werden immer heisser, Trockenperioden stets länger und die sintflutartigen Regengüsse stets heftiger. Die Ereignisse sind nicht nur in den Siedlungen ein grosses Problem, sondern auch bei uns im ländlichen Gebiet. Menschen, Tiere und Natur leiden unter diesen Wetterextremen. Durch das starke Bauwachstum haben sich diese Bedingungen noch verschärft. Unsere Fraktion hat hier schon oft betont, dass wir froh um jeden m2 sind, welcher nicht überbaut oder zugepflastert wird. Verdichtung im urbanen Raum und Kulturland schützen - doch dazu kommen wir im nächsten Traktandum.

Mit diesem guten Prinzip der Schwammstadt könnte man das Regenwasser, welches da ist und kommt, für Abkühlung, Verdunstung und für die Bewässerung der Vegetation nutzen. Aus unserer Sicht liegt im Regenwasser aber noch mehr Potential, als nur das. Nämlich die Aufbereitung von Regenwasser zu Trinkwasser. Aber das ist noch ein wenig visionär und kommt noch etwas zu früh. Wir sind aber überzeugt, dass das Wasser einmal das wertvollste Gut auf unserer Erde sein wird. Wir danken dem zuständigen Gemeinderat und seiner Verwaltung für die gut verständlichen und ausführlichen Unterlagen. Wie wir alle darin lesen konnten, gibt es in der Gemeinde Köniz bereits etliche Massnahmen, welche in diese Richtung arbeiten, wie zum Beispiel die Fachgruppe Entsiegelung oder dass bei Neuprojektierungen die Schwammstadtprinzipien integriert werden müssen.



Wir haben der Antwort des Gemeinderates ebenfalls entnehmen können, dass für konkrete Massnahmen in unseren kommunalen Instrumenten, die kantonale Gesetzgebung, sprich die Überarbeitung des kantonalen Gewässerschutzgesetzes fehlt, welches in diesem Jahr noch folgen soll. Es macht also durchaus Sinn, dass wir auf die übergeordnete Gesetzgebung warten, um personelle und finanzielle Ressourcen zu schonen, so dass wir dann die Schwammstadtprinzipien fördern und fordern können. Wir folgen darum dem Vorschlag des Gemeinderates und erklären das Postulat für erheblich.

**Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger:** Ich melde mich auch noch ganz kurz zu Wort. Die Problematik ist hier beim Bund und beim Kanton angekommen und lassen wir doch dort einmal die Profis arbeiten und geben ihnen die Zeit, diese Konzepte auszuarbeiten. Die Raumstrategie ist zur Zeit das richtige Instrument, welches wir anwenden können. Eine Entsiegelung zum Beispiel, das übersteigt in vielen Fällen die finanziellen Möglichkeiten einer Gemeinde. Man macht zur Zeit nach Möglichkeit auch bereits solche Sachen, da gibt es bereits einige Beispiele in der Gemeinde.

Darum: Die FDP. Die Liberalen helfen mit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich zu erklären. Wäre es bei einer Motion geblieben, dann hätten wir nicht mitgemacht.

**Gemeinderätin, Kathrin Gilgen, SVP:** Besten Dank für die rege Diskussion und auch für die Umwandlung in ein Postulat. Der Gemeinderat beauftragt im Fall einer Annahme – und davon gehe ich jetzt aufgrund der Diskussion aus – dass ein Grundlagenpapier zur Umsetzung dieses Schwammstadtprinzips in der Gemeinde Köniz zu erstellen ist und ihm dies zur Genehmigung vorgelegt wird.

Damit die notwendigen Grundlagen geklärt werden können, soll unter der Federführung der Abteilung Umwelt und Landschaft, aber auch in enger Zusammenarbeit mit den Abteilungen Verkehr, Unterhalt, Gemeindebetriebe, Planungsabteilungen, bei Bedarf auch mit den Immobilien und dem Bauinspektorat, dieses Papier erarbeitet werden. Dieses soll die formelle Haltung des Gemeinderates zur Umsetzung des Schwammstadtprinzips in der Gemeinde Köniz und die Rolle der betroffenen Verwaltungsabteilungen festhalten und somit die Verantwortung geklärt und strukturiert werden.

Eine breite und directionsübergreifende Zusammenarbeit soll die Chancen für die Förderung dieses Schwammstadtprinzips und -projekts erhöhen. Hansueli Pestalozzi wurde als Vater dieses Schwammstadtprinzips genannt – er ist im Moment in Patagonien umherreisen – ich bin seine Nachfolgerin und ihr müsst nicht Angst haben - es war bereits im Dezember eine gewisse Angst im Raum - dass sich jetzt in dieser Umwelt und Landschaftsabteilung alles ändert. Ich bin von diesem Projekt ebenfalls überzeugt: Wir müssen in diesem urbanen Gebiet, wenn wir verdichtet bauen, auch grüne Oasen haben und dieses kühlende Element.

Merci für die Aufnahme und wir kommen so schnell wie dies denn möglich ist, mit einem Bericht, sobald die Gesetzgebung angepasst worden ist.

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Nachdem die Zweitunterzeichnerin das Wort nicht mehr wünscht, kommen wir zum Antrag des Gemeinderates. Ich stelle fest, dass die Zweitunterzeichnerin mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist und weil der Antrag des Gemeinderates in den Voten nicht bestritten wurde, verzichte ich auf eine Abstimmung.

## Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

PAR 2026/17

## **V2527 Richtlinienmotion (SVP-Fraktion) "Könizer Wohnstrategie umsetzen - Förderung der inneren Verdichtung stärken"**

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

### **Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Sicherzustellen, dass alle betroffenen Direktionen und Verwaltungsstellen der Gemeinde Köniz bei der Beurteilung von Bauprojekten den vorhandenen rechtlichen und planerischen Spielraum im Sinne der Wohnstrategie und zugunsten der Bauwilligen nutzen, insbesondere zur Förderung der inneren Verdichtung und zur Entwicklung der Könizer Wirtschaft.
2. Bei umstrittenen Bauprojekten verbindlich eine gemeinsame Besichtigung vor Ort durch die zuständigen Verwaltungsstellen durchzuführen, bevor eine abschliessende Entscheidung gefällt wird.

### **Begründung**

Mit der Wohnstrategie 2022 hat die Gemeinde Köniz klare Ziele gesetzt: Förderung von bezahlbarem, vielfältigem Wohnraum, qualitativvoller Innenentwicklung und einer nachhaltigen Standortentwicklung. Damit diese Ziele wirkungsvoll umgesetzt werden können, braucht es eine koordinierte und lösungsorientierte Haltung innerhalb der Verwaltung.

Die innere Verdichtung soll dabei nicht nur in den zentrumsnahen Gebieten, sondern ausdrücklich auch in den ländlicheren Ortsteilen der Gemeinde verstärkt gefördert werden. Gerade in diesen Gebieten besteht häufig ein realistisches Potenzial, bestehende Strukturen besser zu nutzen und damit auch den Druck auf wertvolles Kulturland zu reduzieren. Gleichzeitig stärkt eine aktive Innenentwicklung auch die lokale Wirtschaft, indem Bauprojekte, Handwerksbetriebe, Planungsbüros und weitere Dienstleister in der Region zusätzliche Aufträge erhalten. Langfristig profitieren davon nicht nur Wohnqualität und Umwelt, sondern auch die wirtschaftliche Attraktivität und Steuerkraft der Gemeinde.

Die Gemeinde soll ihre Rolle als Dienstleisterin für die Bevölkerung auch im Baubewilligungsverfahren aktiv wahrnehmen. Ein zentrales Instrument dazu ist die gemeinsame Besichtigung vor Ort bei umstrittenen Bauprojekten. Sie ermöglicht eine bessere Einschätzung des konkreten Kontexts, verbessert das gegenseitige Verständnis zwischen den beteiligten Verwaltungsstellen und fördert eine lösungsorientierte Entscheidungsfindung.

Diese Motion zielt darauf ab, die Umsetzung der Wohnstrategie zu stärken, das Potenzial zur Innenentwicklung in allen Teilen der Gemeinde auszuschöpfen, die Könizer Wirtschaft zu fördern und gleichzeitig das Vertrauen in die Verwaltungspraxis bei Bauvorhaben zu erhöhen.

### **Eingereicht**

18.08.2025

### **Unterschrieben von 19 Parlamentsmitgliedern**

Reto Zbinden, Dominic Amacher, Tatjana Rothenbühler, Matthias Müller, Andrea Winzenried, Florian Moser, Roland Hofer, Ronald Sonderegger, Kathrin Gilgen, Corina Burren, Heidi Eberhard, Sladjan Petrovic, Toni Eder, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti Locher, Roland Akeret, Casimir von Arx

### **Antwort des Gemeinderates**

#### **1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)**

Im Falle der Erheblicherklärung der Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat in Bezug auf die Erfüllung einer Richtlinie (siehe Beilage 1, Motionsprüfung vom 8. Juli 2025)

## 2. Einordnung des Motionsanliegens

Der Vorstoss verlangt, dass die Gemeinde Köniz die innere Verdichtung verstärkt fördert. Diese soll nicht nur in den zentrumsnahen Gebieten, sondern auch in den ländlicheren Ortsteilen der Gemeinde vorangetrieben werden, um bestehende Strukturen besser zu nutzen und das Kulturland zu schützen. Weiter fordert die Motion, dass die Gemeinde ihre Rolle als Dienstleisterin im Baubewilligungsverfahren aktiv wahrnimmt, etwa durch gemeinsame Besichtigungen bei umstrittenen Bauprojekten, um Verständnis und Zusammenarbeit zu fördern. Insgesamt soll der Vorstoss dazu beitragen, die Umsetzung der Wohnstrategie zu stärken, die Könizer Wirtschaft zu fördern und das Vertrauen in die Verwaltungspraxis bei Bauvorhaben zu erhöhen.

Einleitend soll darauf hingewiesen werden, dass der Titel der Motion "Könizer Wohnstrategie umsetzen - Förderung der inneren Verdichtung stärken" etwas missverständlich sein kann. Denn auf Massnahmen zur Innenentwicklung hat die Wohnstrategie keinen Einfluss. Vielmehr sind Massnahmen zur Innenentwicklung in der baurechtlichen Grundordnung geregelt. Diese besteht aus dem Baureglement, dem Zonenplan (Nutzungsplan und Schutzplan), dem Baulinienplan und der Reklameordnung.

## 3. Umsetzung der Wohnstrategie

Der Gemeinderat hat im Juni 2022 die Wohnstrategie Köniz als verwaltungsanweisendes Instrument verabschiedet. An der Sitzung vom 5. Dezember 2022 hat das Parlament den Kredit zur Umsetzung beschlossen.<sup>5</sup> Die Wohnstrategie definiert fünf Handlungsfelder, in denen die Gemeinde direkt oder indirekt auf die Wohnraumentwicklung Einfluss nehmen kann. Diese sind:

- 1) Köniz steuert die Wohnraumentwicklung aktiv
- 2) Köniz schafft die Voraussetzungen für selbstbestimmtes Wohnen in allen Marktsegmenten
- 3) Köniz fördert ein vielfältiges und hochwertiges Wohnumfeld
- 4) Köniz fördert und fordert zukunftsweisende Wege im Wohnungswesen durch partnerschaftlichen Dialog
- 5) Köniz setzt auf eine langfristige Wirkung im Interesse von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft

Auf Basis dieser Handlungsfelder verabschiedete der Gemeinderat sechs Massnahmenblätter. Sie formulieren konkrete Handlungsanweisungen an die zuständigen Abteilungen. Beispiele solcher Massnahmen sind der Aufbau einer Fachstelle Wohnraumentwicklung als Anlaufstelle für interne und externe Anliegen, Massnahmen im Bereich der Bodenpolitik (z.B. Abgabe von gemeindeeigenem Land im Baurecht an geeignete Bauträger) oder die Festlegung strategischer Zielsetzung für alle grösseren Entwicklungsgebiete Wohnen.

Massnahmen im Bereich der Innenentwicklung fallen wie bereits unter Punkt 2 erwähnt nicht in den Umsetzungsbereich der Wohnstrategie. Es ist jedoch im Interesse der Wohnstrategie, dass qualitätsvolle Innenentwicklungsprojekte rasch umgesetzt werden können und das Wohnraumangebot in Köniz mit der hohen Nachfrage nach Wohnraum Schritt halten kann.

## 4. Rolle als Dienstleisterin im Baubewilligungsverfahren

Nach dem Art. 28 VOV (Verwaltungsorganisationsverordnung) führt das Bauinspektorat die Baubewilligungsverfahren einschliesslich der Einigungsverhandlungen durch. Es koordiniert innerhalb der Gemeindeverwaltung die Baubewilligungsverfahren. Es zieht insbesondere zu planungs-, umweltschutz- und abfallrechtlichen Aspekten sowie zu Fragen der Erschliessung, des Verkehrs und der Aussenraumgestaltung andere betroffene Verwaltungsstellen zur Vernehmlassung bei.

Der gesetzliche Auftrag gemäss der Verwaltungsorganisationsverordnung der Gemeinde Köniz für das Bauinspektorat ist klar. Weiter hat das Bauinspektorat sich an die Bestimmungen der kantonalen baurechtlichen Gesetze, Dekrete und Verordnungen zu halten. Das kantonale Baubewilligungsdekret regelt ausserdem den Ablauf des Baubewilligungsverfahrens klar und verbindlich.

---

<sup>5</sup> Die Planungsabteilung erstattet dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Parlaments jährlich Bericht über den Stand der Umsetzung. Gegliedert nach den sechs Massnahmenblätter werden die aktuellen Projektstände aufgezeigt und die geplanten nächsten Schritte vorgestellt. Die letzte Berichterstattung erfolgte im November 2025.

Das Bauinspektorat ist eine Abteilung der öffentlichen Verwaltung. Ihr Grundauftrag ist die Dienstleistung in den baurechtlichen Verfahren gegenüber den Bürgerinnen und Bürger und allen involvierten Parteien im Baubewilligungsverfahren. Das Bauinspektorat legt grossen Wert auf transparente, faire und effiziente Abwicklung der Verfahren. Dies zeigt sich auch darin, dass jährlich rund 280 Baugesuch positiv entschieden werden. Im Jahr 2025 sind zwei Bauabschlüsse erteilt worden.

Die Besichtigungen vor Ort sowie den Austausch bei bestrittenen Bauprojekten finden bereits heute statt, insbesondere bei komplexen oder strittigen Bauprojekten, bei denen die örtlichen Verhältnisse für die Beurteilung von Bedeutung sind. Die Besichtigungen sowie die Erklärungen der baurechtlichen Beurteilungen mit den betroffenen Parteien sind ein wertvolles Instrument, um offene Fragen zu klären, und werden bereits heute durchgeführt.

Die Anliegen der Motion sind bereits in der heutigen Praxis abgedeckt. Das Bauinspektorat wird die bestehende Praxis fortführen und selbstverständlich auch weiterentwickeln, um den Dienstleistungsgedanken zu stärken. Dem Anliegen der Motion wird bereits heute Rechnung getragen.

## Antrag

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 24.11.2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Bei dieser Richtlinienmotion handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Planung und Verkehr.

**Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP:** Dieses Mal kann ich sagen, wir halten an dieser Motion fest, diese ziehen wir nicht zurück. Und ich möchte gleich zu Beginn etwas klarstellen: Diese Motion ist eigentlich sehr sanft formuliert, sie fordert nichts Radikales, nichts rechtlich Neues und auch keine Aufweichung von Vorschriften. Sie verlangt eigentlich nur das, was selbstverständlich sein sollte, nämlich dass die Gemeinde ihren vorhandenen Spielraum nutzt, im Sinne der eigenen Wohnstrategie, im Sinne von mehr Wohnraum, im Sinne einer qualitätsvollen inneren Verdichtung und im Sinne unserer lokalen Wirtschaft.

Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort: "Vieles davon geschieht bereits. Die Verwaltung arbeitet dienstleistungsorientiert, koordiniert und lösungsorientiert." Ich muss leider sagen: Schön wäre es. Aus der Bevölkerung kenne ich zahlreiche konkrete Beispiele, welche ein ganz anderes Bild zeigen. Auch in der Diskussion in unserer Fraktion konnten wir alle ein Beispiel aufzeigen, bei welchen es eben gerade nicht so war. Alles Fälle, in welchen Bauwillige nicht das Gefühl hatten, dass die Gemeinde nach Lösungen sucht, sondern vor allem nach Gründen, warum etwas nicht gehen soll.

Ich habe euch zwei konkrete Beispiele, welche in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind. Das erste, ich zitiere aus dem Blick: Ein Bauherr in Köniz musste seine Fassade umgestalten, weil die Behörde der Ansicht war, sie passe nicht in das Ortsbild, obschon das Haus weiss ist und im Quartier viele verschieden farbige Häuser stehen. Die Begründung war: "dass durch die leichtbläuliche Farbgebung das Gebäude untypisch aus seiner Umgebung heraussteche."

Oder ein weiterer Fall aus Niederscherli: Dort ging es darum, dass man ein Haus hätte bauen wollen, bei welchem die Türen, der Hauseingang, nicht zur Hauptstrasse hin gezeigt hätte, sondern nach innen. Und das war der Grund, warum man dies nicht bewilligt hat. Das kam übrigens auch im SRF, also nicht in einem rechten Medium.

Diese öffentlich diskutierten Fälle zeigen, es geht nicht um Einzelfrust, es geht um eine Haltung der Verwaltung und genau diese Haltung wollen wir mit dieser Motion zu justieren versuchen. Ich könnte euch jetzt noch ganz viele Beispiele aufzeigen, aus beinahe allen Ortsteilen der Gemeinde. Und unsere Forderung ist eigentlich ganz einfach:

1. Dass man den rechtlichen und planerischen Spielraum tatsächlich ausnutzt und zwar zu Gunsten der Bauwilligen und nicht gegen diese.
2. Dass man bei umstrittenen Projekten eine Besichtigung vor Ort macht. Denn wenn man vor Ort das Ganze zusammen anschaut und zusammen bespricht, findet man meistens eine Lösung, welche für alle tragbar und für alle gangbar ist.

Darum: Diese Motion fordert nichts abnormales, nichts spezielles. Ich bitte euch, helft mit, damit wir hier einen Schritt in die richtige Richtung gehen, zu Gunsten der Bauwilligen. Wir sind froh, wenn Leute noch Wohnungen bauen. Wir haben eine Knappheit, auch in Köniz, das wisst ihr alle. Und wenn man jene Leute unterstützt, welche Wohnungen bauen wollen, dann helfen wir schlussendlich allen. Und wenn wir immer nach Gründen suchen, warum dies nicht möglich sein sollte, dann haben wir eine Wohnungsknappheit. Darum bitte ich euch, diese Motion zu unterstützen.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Sandra Röthlisberger, GLP:** Aus den Reihen der EVP-GLP-Mitte-Fraktion haben beinahe alle mitunterzeichnet. Jetzt sind wir aber für ablehnen resp. eigentlich für annehmen und gleichzeitig abschreiben, weil die geforderten Mittel ja bereits gelebte Praxis sind.

Das erwähnte Ziel der Motion SVP verfolgen wir aber weiterhin. Wir werden aus diesem Grund eine Interpellation einreichen. Wir möchten nämlich herausfinden, wo in diesem Baubewilligungsverfahren der Hund begraben ist. Reibungslos läuft es gemäss Medienberichten und auch verschiedenen, an uns direkt herangetragenen Problemfällen offenbar nicht. Die Interpellation werden wir noch in die Runde geben, so wie wir dies immer machen und so können wir hier hoffentlich herausfinden, was zielführende Massnahmen sind, um dem Umstand gerecht zu werden.

Und jetzt noch eine Frage an die Präsidentin: Ist es möglich, dass wir einen Antrag auf Annahme und Abschreibung stellen? Weil, wir finden es etwas eigenartig, dass der Gemeinderat hier ablehnt und gleichzeitig in der Antwort aber schreibt, dass sie diese Massnahmen bereits umsetzen. Im Normalfall wäre hier dann ja eine Abschreibung möglich.

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Das ist eine gute Frage, das müsste ich kurz mit der Fachstelle Parlament anschauen.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne:** Die Fraktion Grüne/Junge Grüne unterstützen das Anliegen der Motionäre vollumfänglich. Auch wir sind dafür, dass die Verwaltung von Köniz die Wohnstrategie umsetzt, die innere Verdichtung in der ganzen Gemeinde fördert und dabei die Anliegen der Könizer Wirtschaft berücksichtigt. Auch wir sind der Meinung, dass bei umstrittenen Bauprojekten ein Augenschein vor Ort zusammen mit allen Beteiligten sehr sinnvoll ist.

Wir sind dafür und doch lehnen wir diese Motion einstimmig ab, weil diese Anliegen in der Gemeinde Köniz bereits umgesetzt werden und der Gemeinderat darum eine Ablehnung beantragt. Hätte der Gemeinderat die Motion zur Annahme empfohlen, um sie danach gleich abzuschreiben, dann hätten wir die Motion ebenfalls einstimmig unterstützt.

Wir Grünen haben ja bekanntlich ein schwieriges Verhältnis zu Waffen. Das gilt auch, wenn mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird.

**Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger:** Die FDP, Die Liberalen, folgen dem Antrag des Gemeinderates und lehnen die Motion ab. Es ist richtig, dass bei der Einreichung dieser Motion auch Namen unserer Partei mit dabei waren. Auch mein eigener. Es klang einfach gut.

Die Meinungen können sich nach Erhalt von Kenntnissen bekanntlich aber auch ändern und das ist hier passiert. Folgende Punkte haben uns zu unserer Entscheidung bewogen:

- Uns war damals nicht bewusst, was hier genau umgesetzt werden soll und vor allem, was heute bereits alles passiert. Insbesondere bei komplexen und umstrittenen Bauprojekten finden bereits heute Austausche statt und es werden Gespräche geführt, um Lösungen zu finden.
- Soviel ich weiss, ist auch das Bauinspektorat in den letzten zwei Jahren am Umorganisieren und kommt damit den Forderungen näher.
- Die Wohnstrategie hat inhaltlich nichts mit den Massnahmen für die innere Verdichtung zu tun. Wir wollen nicht, dass die Gemeinde strengere Vorschriften als das übergeordnete kantonale Recht und die Vorschriften, welche von dort kommen, befolgen muss. Das dürfte auch kaum im Interesse der Hauseigentümer sein.

Mit Spannung warten wir auf die Interpellation, welche aus der EVP-GLP-Mitte-Fraktion angekündigt wurde. Denn uns ist dies ebenfalls bewusst, dass es dort interessante Sachen drin hat und das ist sicherlich etwas, worauf wir uns freuen.

Aus diesen Grund, wird die FDP dem Gemeinderat folgen und wir lehnen diese Motion ab.

**Fraktionssprecherin SP, Franziska Adam, SP Frauen:** Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die SVP eine Motion zur Förderung der inneren Verdichtung einreicht. Die SP-Fraktion begrüsst es sehr, dass das Thema Wohnen nun endlich auch in der SVP Thema wurde. Und wie der Vorredner der SVP bereits gesagt hat: Es gibt eine Wohnungsnot in Köniz. Das versuchen wir als SP-Fraktion eigentlich bereits seit Jahren zu sagen.

Bei diesem Vorstoss teilt die SP jedoch die Einschätzung des Gemeinderates: Die innere Verdichtung muss jeweils projektbezogen und differenziert beurteilt werden und sie ist kein expliziter Bestandteil der bestehenden Wohnstrategie. Wir sehen auch keinen Handlungsbedarf beim Bauinspektorat – wir hoffen doch sehr, dass dieses bei schwierigen Bauprojekten professionell entscheidet. Wir lehnen darum die vorliegende Motion ab.

Gleichzeitig möchte die SP die Gelegenheit nutzen, um auf weitere Punkte der Wohnstrategie hinzuweisen, die seit deren Verabschiedung im Jahr 2022 noch immer nicht umgesetzt wurden:

- Zum Beispiel im Handlungsfeld 3 "Beteiligung und Zusammenarbeit" fehlt weiterhin das vorgesehene Wohnnetz, das einen dauerhaften Austausch zwischen den relevanten Akteuren im Bereich Wohnen sicherstellen soll.
- Ebenfalls gibt es unter Punkt 3.4 die angekündigte Anlaufstelle zum Thema Wohnen nach wie vor nicht. Diese ist jedoch dringend notwendig, da die Wohnfrage viele Menschen in unserer Gemeinde stark beschäftigt.
- Auch im Handlungsfeld 5 "Wohnformen und Wohnangebot" besteht dringend Handlungsbedarf. Unter Punkt 5.3 ist explizit eine Anlaufstelle für Fragen zum Wohnen im Alter vorgesehen, mit dem Ziel, Wohnungswechsel zu ermöglichen und zu fördern. Zwar hat die Gemeinde mit dem Projekt "gemeinsam altersfreundlich" wertvolle Arbeit geleistet und die Beratung älterer Menschen findet regelmässig statt. Gemäss Rückmeldungen ist das Thema Wohnen dabei das mit Abstand wichtigste Anliegen. Ohne zusätzliche fachliche und strukturelle Unterstützung von Seiten Gemeinde für ältere Menschen, die eine kleinere Wohnung suchen oder ihr Haus verkaufen möchten, stossen jedoch auch engagierte freiwillige Dienste an ihre Grenzen.

Wir bitten den Gemeinderat daher nachdrücklich, die klar definierten Handlungsfelder der Wohnstrategie zeitnah umzusetzen und das Parlament über die erzielten Fortschritte zu informieren.

**Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer:** Im Voraus danken wir dem Gemeinderat für die Antwort. Doch wir sind enttäuscht und von der Antwort des Gemeinderates nicht befriedigt. Es wird immer alles etwas schön geredet, beim Bauen. Aber wenn man zuhört und einem auch von verschiedenen Bauherrinnen und Bauherren aus Köniz gesagt wird, dass es eben gar nicht so einfach ist, in Köniz zu bauen - inklusive ich höchstpersönlich.

Wenn man wegen 5cm ein Einfamilienhaus neu planen muss oder wenn man bei der Planung eines Hochhauses merkt, dass es einen zu grossen Schattenwurf auf einen kleinen Park gibt oder eben der Hauseingang am falschen Ort ist, und, und, und – es gibt noch ganz viele Beispiele. Und dann wird einem einfach nur das Bein gestellt und das ist nicht schön. Lässt doch jene bauen, welche investieren wollen und hilft ihnen, wenn sie verdichtet bauen wollen. Das ist viel besser, als wenn wertvolles Kulturland zubetoniert wird. Das ist uns SVPlern am Wichtigsten.

Die Motion ist sehr einfach umzusetzen, es braucht lediglich einen Kulturwandel in der Verwaltung und vor allem in der Führung. Der Gemeinderat sagt ja in der Antwort, dass man die Bauwilligen unterstützen wolle. Darum verstehen wir nicht, warum man diese ablehnt.

**Gemeinderat Dominic Amacher, FDP:** Zuerst möchte ich mich für die zahlreichen Voten bedanken, teilweise auch mit Emotionen darin und ihr wisst bereits, worauf ich hinaus will: Beim Bauen geht es immer um Emotionen, ich komme später nochmals darauf zurück.

Ich möchte auf die zwei Punkte aus dem Vorstosstext eingehen. Beim ersten geht es darum, die Wohnstrategie umzusetzen und die innere Verdichtung zu fördern. Beim zweiten Punkt geht es um die "vor Ort-Termine".

Kommen wir zur Umsetzung der Wohnstrategie. Ich versuche dies pragmatisch zu erklären: Die Wohnstrategie hat das Parlament im Jahr 2022 verabschiedet und es ist ein anweisendes Instrument für den Gemeinderat und für die Verwaltung. Es ist also kein Reglement. Darin wird beschrieben, wie wir den Wohnraum strategisch planen wollen und wie er entwickelt werden soll. Und das hat keinen Einfluss auf Massnahmen zur inneren Entwicklung. Das konntet ihr in unserer Antwort lesen. Und für

die Wohnstrategie ist die Planungsabteilung zuständig und nicht das Bauinspektorat. Die Kritik zielt jetzt immer auf das Bauinspektorat, doch das liegt in den Händen der Planungsabteilung. Und wir werden den Gemeinderat, aber auch die GPK einmal pro Jahr über den Stand der Umsetzung informieren. Somit ist die Wohnstrategie eigentlich nicht geeignet, um Bauprojekte zu beurteilen, so wie es eigentlich auch beschrieben ist. Wenn jetzt also der Vorstoss überwiesen wird, dann würde ich Morgen ins Gemeindehaus gehen und dann würde ich zum Bauinspektorat gehen und sagen, setzt die Wohnstrategie um. Dann sagen diese; Ja, aber das ist doch das Instrument der Planungsabteilung. Wir müssen die baurechtliche Grundordnung kontrollieren, das was dort alles verankert ist und welches wir in der OPR 2018 definiert haben. Und dort ist die Mindestdichte auf den kantonalen Massnahmenblättern definiert, mit welchen wir zwei Gebiete definiert haben: Eines ist das urbane Gebiet und das andere das ländliche und diese sind für uns verbindlich. Wir beurteilen also Bauprojekte nach dem Baureglement.

Punkt zwei, bei umstrittenen Bauprojekten, eine gemeinsame Besichtigung vor Ort durchzuführen: Ja, das ist sicherlich etwas, was wir auch wollen, aber ich möchte bei diesem Punkt einleitend noch einige Worte zum Bauinspektorat verlieren: Ich bin jetzt fünf Wochen als Gemeinderat im Amt. Was habe ich am 5. Januar angetroffen? Ich habe ein sehr motiviertes Team angetroffen, welches seinen Job sehr ernst nimmt und das Beste gibt. Und wie ich zuvor gesagt habe, beim Bauen geht es um Emotionen. Und ich kenne die Dimension dieser Emotionen vom Bauen - ich war lange in der Ausführung und auch dort war das nicht anders.

Wir müssen uns vorstellen, jedes Objekt ist wie ein Prototyp, ein Unikum, und jeder Bauherr will so schnell wie möglich und so günstig wie möglich zum Ziel kommen. Das ist unsere Herausforderung und ich kann euch versichern, ich unterstütze das Bauinspektorat zu 100%. Meine Türe ist immer offen, vor allem, wenn es brenzlich wird.

Und ich will auch klarstellen: Wir verstehen uns als Dienstleister. Wir sind Partner und wir wollen bauen ermöglichen und nicht verhindern. Wir wollen sinnvolle Lösungen, welche fair sind und effizient abgewickelt werden und wir wollen auch pragmatisch sein. Uns ist die Kommunikation und der Dialog mit unseren Bürger:innen sehr wichtig. Kritische Fälle werden sauber analysiert, Learnings werden im Team ausgetauscht, damit jeder Verfahrensleiter weiss, was beim anderen passiert ist. Die Wissenssicherung ist bei uns wichtig.

Ich gehe noch auf die Forderung wegen der Besichtigung etwas näher ein: Primär steht die Frage, zu welchem Zeitpunkt wird das Bauinspektorat in den Prozess eingebunden? Für uns wäre der Wunsch und der Idealfall, dass eine Voranfrage gemacht wird. Das wäre wirklich super, wenn der Projektverfasser uns kontaktiert, vor allem wenn es um umstrittene oder rechtlich knifflige Projekte geht und wir uns vorgängig austauschen können. So können Unklarheiten zwischen den Fachstellen vorgängig bereinigt werden – zwischen unserer Bau- und Planungskommission und dem Architekten des Bauherrn. Und dann ist auch der Spielraum rechtlich und gestalterisch ziemlich gross und die Schärfung der Entscheidungsgrundlage für die Bauherrschaft ist relativ hoch. Das ist aber immer noch keine Garantie, dass es dann auch so umgesetzt oder eingereicht wird – man kann immer noch etwas anderes einreichen, das treffen wir manchmal auch so an. Im Normalfall werden Gesuche gleich direkt eingereicht, da müsst ihr euch vorstellen, da kommt ein Karton rein und dann müssen wir zu prüfen beginnen. Diese Prüfungen sind sehr zeitintensiv, wir müssen auf Vollständigkeit achten, hat es Mängel in den Plänen oder in sonstigen Dokumenten und danach beginnt das Pingpong: Wir geben den Ball zurück, die Unterlagen aufzuarbeiten, das braucht Zeit und ihr könnt euch vorstellen, das ist für beide Seiten ziemlich anstrengend. Aber wir stellen uns dem gerne, denn das ist Teil unseres Jobs. Dann kommt die fachliche Beurteilung und dann beginnt unter Umständen das Hin und Her, was kann man machen und was nicht. Es kommen Einsprachen ins Spiel und manchmal auch der Kanton. Das sind Elemente, welche wir nicht unbedingt beeinflussen können. Und dann ist das Geschirr zerschlagen und der Frust ist gross. Dann hat der Bauherr das Gefühl, wir wollten ihn blockieren und dann ist die Frage, in welche Rolle wir als Bauinspektorat gedrängt werden. Denn wir müssen Gesuche prüfen und manchmal hat man ein bisschen den Eindruck, man wird in die Projektverfasserrolle gedrängt. Und das ist nicht unser Job. Wir helfen gerne, aber die Entscheidungen, die Grundlagen, diese muss der Architekt des Bauherrn fällen.

Und dann ist das letzte Mittel, man geht vor Ort und ja, dem stellen wir uns, das habe ich mit dem Bauinspektor auch klar angeschaut und da ist er auch meiner Meinung. Das wollen wir machen, aber das vor Ort gehen entbindet uns nicht davon, das Baureglement einzuhalten. Man kann nicht davon ausgehen, man geht dies vor Ort anschauen und dann ist alles gut. Doch es ist für den Dialog wichtig, dass man auf denselben Wissensstand kommt und von dort aus versucht, eine Lösung zu finden. Doch dann ist der Spielraum relativ klein.

Wir nehmen eure Anliegen sehr ernst und wir sind jeden Tag daran, uns zu verbessern. Und auch hier, wenn ihr wieder einmal eine Reklamation oder eine kritische Stimme hört, dann verweist diese auf die

Homepage. Ich habe diese angeschaut, dort haben wir ganz gute Beschriebe, dort ist der Bauprozess abgebildet und da kann man sich ganz gut daran orientieren.

Ich möchte noch kurz zu zwei, drei Äusserungen aus den Voten kommen: Es werden oft die Medien zitiert und das finde ich nicht so gut. Man muss immer beide Seiten kennen. Der Fall in Niederscherli, diesen habe ich auch aus der Presse gekannt und habe es dann auch einmal im Detail angeschaut und dann sieht die Welt auch wieder etwas anders aus. Man muss also vorsichtig sein, was man hört. Es ist klar, wenn man im Umfeld und eigene Erfahrungen macht, doch dann kommt auf uns zu. Der Bauinspektor ist sehr bereit, sich dem zu stellen, diese Anliegen anzunehmen und auch umzusetzen.

Ihr habt es gesehen, der Gemeinderat lehnt die Motion ab und ich bitte euch, dem zu folgen. Wir haben auf der einen Seite die Wohnstrategie, welche wir nicht für Wohnprojekte als Referenz heranziehen können – das heisst, die Umsetzung würde so nicht klappen. Darum lehnen wir diesen Vorstoss ab.

**Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP:** Zuerst etwas zum Votum des Gemeinderats: Genau dieses Silo-Denken, welches zuvor wieder zitiert wurde, dass diese Abteilung zuständig ist oder jene, genau das wollen wir in Zukunft nicht mehr und diese Motion könnte eben auch helfen, dies zu verbessern. Dann zu den Medieninformationen, diese haben wir ja schon hinterfragt und gerade den Fall Niederscherli kenne ich explizit persönlich sehr gut und das ist dort wirklich nicht gut gelaufen. Und dann, wenn der Gemeinderat sagt, das sei heute bereits Praxis: Warum beantragt man dann nicht die Annahme und Abschreibung dieser Motion? Das wäre genau das, was beantragt werden müsste, aufgrund dieser Antwort. Aber nein, es wird eben eine Ablehnung beantragt – es ist ein Schelm, welcher hier Böses denkt.

Darum, wir halten an der Motion fest und danken für die Unterstützung. Es ist lediglich eine politische Leitplanke, eine Erinnerung, dass Verwaltungshandeln immer eine Frage der Haltung ist. Es soll einfach mehr ermöglichen und weniger verhindern, im Rahmen des geltenden Rechts. Es steht hier nicht mehr drin, es ist eigentlich eine sehr sanfte Motion und darum bitte ich nochmals, helft doch trotzdem, diese zu unterstützen. Sie ist moderat, sie ist vernünftig und wenn ihr dann noch abschreibt, dann ist es nun mal so.

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Dann komme ich zu dieser Frage zurück, welche Sandra Röthlisberger gestellt hat: Wir haben das GRP interpretiert und zwar so, dass gemäss Art. 62 diese Richtlinienmotion zuerst für erheblich erklärt werden muss und weil es eben eine Richtlinienmotion ist, kann man sie anschliessend nicht gleich abschreiben. Das ist unsere Interpretation der Lage. Ich bitte euch also, diese Motion eben gemäss Gemeinderatsantrag abzulehnen oder eben anzunehmen. Ich komme zum Antrag des Gemeinderates. Ich stelle fest, dass dieser bestritten ist, weshalb wir darüber abstimmen.

## Beschluss

Die Motion wird abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: mit offensichtlichem Mehr abgelehnt)

PAR 2026/18

## V2531 Motion/Richtlinienmotion (SVP-Fraktion) "Realisierung eines Kunstrasens auf dem Fussballplatz Wabern"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

## Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Auf dem Fussballplatz in Wabern so rasch wie möglich einen Kunstrasen zu realisieren.
2. Wenn immer möglich, den Kunstrasen direkt in das laufende Gesamtprojekt «Wabern, Lerbermatt, Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur» zu integrieren.



## Begründung

Der FC Wabern wartet seit vielen Jahren, ja beinahe seit Jahrzehnten, auf die dringend nötige Erweiterung seiner Platzkapazitäten. Trotzdem wurde beim Kreditgeschäft Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur, auf den Kunstrasen verzichtet. Das ist für die SVP-Fraktion unverständlich. Ein Kunstrasen bietet die Möglichkeit, die Platznutzung massiv zu erhöhen, wetterunabhängig zu trainieren und die vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen. Dies ist nicht nur für den Spielbetrieb zentral, sondern insbesondere auch für den Trainingsbetrieb.

Mit der vom Grossen Rat am 15. Januar 2025 angenommenen Motion Nr. 225-2024, Zbinden («Mehr Kunstrasen in den Sportstätten des Kantons Bern») wurde zudem der Kanton verpflichtet:

- Kunstrasen in geeigneten Fällen zu bevorzugen,
- Gemeinden bei der Realisierung von Kunstrasenprojekten zu unterstützen und
- Optionen für möglichst umweltverträgliche Kunstrasenvarianten zu prüfen.

Gerade im Lichte dieses Entscheids ist es folgerichtig, dass auch die Gemeinde Köniz den Weg für einen Kunstrasen in Wabern konsequent geht. Im aktuellen Kredit «Wabern, Lerbermatt, Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur» wurde der Kunstrasen trotzdem nicht berücksichtigt. Eine ursprünglich angedachte Planungserklärung hätte folgendermassen gelautet:

«Der Gemeinderat wird beauftragt, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um den im Projekt «Wabern, Lerbermatt, Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur» nicht berücksichtigten Kunstrasen so rasch wie möglich zu realisieren. Dabei ist insbesondere die vom Grossen Rat überwiesene Motion Nr. 225-2024, Zbinden zu berücksichtigen, welche den Kanton verpflichtet, Kunstrasen in geeigneten Fällen zu ermöglichen und Gemeinden bei der Realisierung zu unterstützen.»

Da eine solche Planungserklärung aus rechtlichen Gründen nicht möglich war, soll mit dieser Motion der Auftrag an den Gemeinderat verbindlich nachgeholt werden.

## Begründung der Dringlichkeit

Die Integration der Realisierung eines Kunstrasens ins Projekt «Wabern, Lerbermatt, Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur» ist zentral um Synergien zu nutzen und damit Kosten zu sparen. Das der auch vom FC Wabern gewünschte Kunstrasen nicht Teil des Projekts ist, wurde erst mit dem Versand der Traktandenliste zur Parlamentssitzung abschliessend bekannt.

## Eingereicht

18.08.2025

## Unterschrieben von 13 Parlamentsmitgliedern

Reto Zbinden, Toni Eder, Katja Streiff, Roland Hofer, Andreas Hauser, Andrea Winzenried, Arlette Mürger, Florian Moser, Casimir von Arx, Ronald Sonderegger, Matthias Müller, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner

## Antwort des Gemeinderates

### 1. Formelle Prüfung

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, inwiefern es möglich ist auf dem Fussballfeld Lerbermatt einen Kunstrasen zu realisieren und wenn immer möglich in das laufende Projekt zu integrieren.

### 2. Ausgangslage

In der Gemeinde Köniz besteht ein ausgewiesener Mangel an normgerechten Fussballfeldern gemäss den Richtlinien des Schweizerischen Fussballverbandes (SFV).

Am 23. Mai 2016 hat das Parlament der Gemeinde Köniz die überparteiliche Motion 1532 „Verbesserung der Fussballstruktur im Raum Wabern“ einstimmig als Postulat erheblich erklärt. Der Gemeinderat wurde damit beauftragt, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie im Jahr 2017 (GRB 120, März 2017) wurden sowohl die Vergrößerung des bestehenden Rasenfeldes als auch ein geeigneter Standort für ein neues Garderobengebäude geprüft. Die Ergebnisse wurden dem Gemeinderat vorgestellt und in ein konkretes Bauprojekt überführt (GRB 626, Dezember 2017).

Da sich der geplante Standort des Garderobengebäudes ausserhalb der Bauzone befand, war eine Anpassung der Zonenplanung (ZöN Lerbermatt) erforderlich. Diese wurde 2019 im Rahmen eines geringfügigen Verfahrens vorgenommen. Die Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) erfolgte im Januar 2022. Im Anschluss daran wurde das Projekt infolge eines Budget- bzw. Planungsstopps vorläufig sistiert.

In der Parlamentssitzung vom 19. August 2024 wurde der Planungskredit zur Überarbeitung des Bauprojekts aus dem Jahr 2018 beschlossen. Zusätzlich beauftragte das Parlament den Gemeinderat, beim Kanton abzuklären, ob anstelle eines Naturrasens auch ein Kunstrasen realisiert werden könnte.

Das Parlament hat am 25.08.2025 einen Ausführungskredit für das Geschäft Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur von CHF 4'155'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040 2526, Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur bewilligt.

Das Parlament hat ebenfalls am 25.08.2025 zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Option Realisierung eines Kunstrasenfelds weiterzubearbeiten und dem Parlament zu einem späteren Zeitpunkt zum Beschluss vorzulegen.

### **3. Abklärungen zum Thema Kunstrasen**

Die Abteilung Immobilien hat die Machbarkeit eines Umbaus des bestehenden Naturrasenfeldes auf dem Areal des Gymnasiums Lerbermatt in einen Kunstrasenplatz umfassend geprüft. Die Analyse zeigt, dass ein Umbau aus heutiger Sicht nicht sinnvoll ist. Erst nach Klärung der kantonalen Rahmenbedingungen sowie im Kontext der geplanten Gesamtsanierung der Schulanlage, kann eine zielführende Planung vorgenommen werden.

Im Folgenden werden die wesentlichen Gründe dargelegt:

#### **A. Anstehende Gesamtsanierung der Schulanlage Lerbermatt**

Der Kanton plant eine umfassende Gesamtsanierung der Anlage Lerbermatt in den Jahren 2034–2037. Zentrale Themen sind die Lösung der Abwasser- und Meteorwasserproblematik sowie mögliche energetische Optimierungen auf dem gesamten Areal.

Es ist davon auszugehen, dass das bestehende Rasenfeld als Standort für eine Retentions- oder Versickerungsanlage oder für Tiefenbohrungen (Erdsonden für eine mögliche passive Kühlung) benötigt wird. Diese Eingriffe betreffen genau den Untergrundaufbau, der den grössten Kostenanteil eines Kunstrasens ausmacht.

Da die Planungen des Kantons noch laufen, wäre ein Umbau zum heutigen Zeitpunkt weder zweckmässig noch wirtschaftlich.

#### **B. Entwässerungsproblematik und unnötige Zusatzkosten**

Aktuell bestehen erhebliche Unsicherheiten bezüglich der Entwässerung von Kunstrasenfeldern. Untersuchungen im Auftrag von BASPO, BAFU und AWEL zeigen, dass im Sickerwasser von Kunstrasen Schadstoffe nachgewiesen wurden. Für eine vorschriftsgemässe Behandlung wäre eine Führung des Wassers über eine Oberbodenpassage oder Versickerungsmulde notwendig.

Auf dem Areal Lerbermatt steht jedoch kein ausreichend dimensionierter Raum für solche Anlagen zur Verfügung. Eine Versickerung ist aufgrund der Schadstoffbelastung ausgeschlossen. Damit müssten das gesamte Sicker- und Niederschlagswasser über eine Retentionsanlage in die Kanalisation abgeführt (Anschlussgebühren ARA) und die Kunstrasenfläche mit einer zusätzlichen Basisabdichtung versehen werden, was zu erheblichen Mehrkosten führt.

Verbindliche Vorgaben und geprüfte Lösungen (u. a. Anpassung der VRB-Norm) werden nach Auskunft des AWA etwa Mitte nächsten Jahres 2026 erwartet.

### **C. Eigentumsverhältnisse und fehlende finanzielle Beteiligung des Kantons Bern**

Das Areal Lerbermatt befindet sich im Eigentum des Kantons Bern. Die Nutzung durch die Gemeinde Köniz (u. a. durch den FC Wabern) basiert auf einer Vereinbarung aus dem Jahr 1997.

Ein Abtausch des bestehenden Baurechts der Gemeinde mit einem neuen Baurecht für Garderobengebäude und Spielfeld wurde vom Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) geprüft, jedoch abgelehnt.

Für einen Umbau des Naturrasens in einen Kunstrasen ist die Zustimmung des Kantons zwingend erforderlich. Nach Gesprächen, einer vertieften Analyse sowie der Besichtigung eines Kunstrasens der neusten Generation (Schulanlage Ried, Niederwangen) haben sowohl der Kanton als auch das Gymnasium eine grundsätzliche Zustimmung signalisiert.

Da das Gymnasium aus einem Kunstrasen jedoch keinen unmittelbaren Mehrwert zieht, besteht aktuell keine Bereitschaft des Kantons, sich an den Mehrkosten zu beteiligen. Eine zusätzliche Finanzierung über die im Grossen Rat beschlossene Motion «Mehr Kunstrasen in den Sportstätten des Kantons Bern» wird ebenfalls ausgeschlossen, da es sich bei der Lerbermatt um eine kantonseigene Anlage handelt.

Einzig ein Beitrag aus dem kantonalen Sportfonds kann von der Gemeinde Köniz, als Erstellerin, beantragt werden. Entsprechende Gespräche sind vorgesehen.

### **D. Sportliche Beurteilung / Fussballverein FC Wabern / betriebliche Auswirkungen**

Betrieblich wäre ein Kunstrasenplatz für den FC Wabern vorteilhaft, da er eine deutlich höhere Nutzbarkeit bei Nässe und im Winter bieten würde. Damit könnten die Sporthallen zeitweise entlastet werden. Abhilfe kann hier auch der mobile Kunstrasen auf dem Allwetterplatz des Gymnasiums bieten, welcher seit Mitte November 2025 dort installiert ist.

Für einen quartierverträglichen Betrieb wäre jedoch ein zusätzliches Lärmgutachten erforderlich, das je nach Resultat zu Einschränkungen im Spiel- oder Trainingsbetrieb führen könnte.

Der FC Wabern beurteilt die Prioritäten realistisch: Für den Verein steht der zeitgerechte Neubau des Garderobengebäudes im Vordergrund. Eine Verzögerung dieses Projekts zugunsten einer ungesicherten Kunstrasenoption wird daher als nicht sinnvoll erachtet.

## **4. Fazit und Ausblick**

Aufgrund der bevorstehenden Gesamt-sanierung der Schulanlage sowie der weiterhin bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich der Entwässerung ist ein Umbau des Rasenfelds in einen Kunstrasen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Auch die damit verbundenen mutmasslichen Zusatzkosten sprechen dafür, mit einer Umsetzung abzuwarten.

Sobald:

- die kantonalen Vorgaben zur Entwässerung vorliegen
- der Kanton im Rahmen der Sanierungsplanung verbindliche Aussagen zum Umfang der baulichen Massnahmen und zu einer möglichen Kostenbeteiligung machen kann,

ist eine erneute Prüfung des Projekts zielführend.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 17.12. 2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 10. September 2025

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Bei diesem Geschäft geht es um eine Beantwortung der Direktion Bildung und Soziales.

**Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP:** Ich halte dieses Mal auch gleich das Fraktionsvotum, damit wir hier etwas Zeit sparen können, es gibt ja nachher noch einen Apéro, wie ich gehört habe.

Ich brauche auch nicht mehr Redezeit, ich muss nicht mehr viel sagen. Es geht wieder um den Fussballplatz in Wabern und darum, ob man ein Projekt wirklich sinnvoll zu Ende denken will. Ja, wir haben den Kredit gesprochen, wir haben bereits sehr viel Geld ausgegeben und das ist auch richtig so, aber wir haben das Wichtigste eigentlich vergessen. Es ist für mich immer noch unverständlich, dass wir ausgerechnet das zentralste Element für einen zeitgemässen Trainings- und Spielbetrieb nicht realisiert haben, nämlich den Kunstrasen. Das ist genau das, was wirklich einen Mehrwert bringen würde und wir haben jetzt einen teuren Kredit gesprochen und das Wichtigste fehlt. Der Bedarf ist klar ausgewiesen, die Plätze sind überlastet, die Trainings fallen bei schlechtem Wetter aus und der FC Wabern kämpft seit Jahren mit zu wenig nutzbarer Kapazität. Ein Kunstrasen würde hier genau das verbessern, er würde die Nutzung massiv erhöhen und dafür sorgen, dass die gesprochenen Investitionen ihre volle Wirkung entfalten können.

Statt vorwärts zu machen, erleben wir jetzt ein politisches Pingpong: Der Gemeinderat verweist auch in der Antwort wieder auf den Kanton, der Kanton bewegt sich nicht, und am Schluss sind die Fussballerinnen und Fussballer die Geprellten. Und vor allem auch die Kinder und Jugendlichen, welche dann nicht trainieren können. Und dieser Stillstand ärgert mich sehr stark.

Klar, der Ball liegt beim Kanton, das weiss ich, wir haben im Grossen Rat auch einen Vorstoss mit der klaren Stossrichtung überwiesen, Kunstrasen sollen ermöglicht und die Gemeinden unterstützt werden. Genau diesen Fall haben wir jetzt hier und dieser Vorstoss wurde grossmehrheitlich mit Weisungscharakter überwiesen und trotzdem geschieht nichts. Ich werde auch auf kantonaler Ebene nochmals aktiv werden, damit man diesen Vorstoss endlich umsetzt, die Verantwortung übernimmt und nicht noch länger bremst.

Auch andere Gemeinden wurden diesbezüglich schon vor längerem aktiv. Zum Beispiel findet man im Faktenblatt zur ZöN-Revision der Stadt Bern – ich bin nicht immer mit der Stadt Bern einverstanden, aber hier machen sie wirklich etwas Gutes: Der Gemeinderat zeigt darin eine Vielzahl von Massnahmen auf, wie sich der Mangel an Rasensportflächen beheben lässt. Dazu zählen die Optimierung der Belegung, die Beleuchtung von Plätzen, der Ausbau von Garderobenanlagen und die Umwandlung von Natur- in Kunstrasenplätze. Ich muss wirklich sagen, Gemeinderat der Stadt Bern: Chapeau!

Und wir hier, wir verstecken uns irgendwie wieder einmal, spielen den Ball hin und her, wie es beim Fussball üblich ist, aber so kommen wir nicht weiter. Umso wichtiger wäre es jetzt, heute ein Signal zu senden, dass die Gemeinde diesen Kunstrasen will. Eine Überweisung dieser Motion verzögert auch nichts, denn das Geschäft ist wegen einer Beschwerde gegen unseren Parlamentskredit ohnehin blockiert und gegen das Baugesuch wird es vermutlich Einsprachen geben, das zeichnet sich leider schon seit längerem ab. Und das nervt auch und auch dort sind wir aktiv. Ich habe mit dem Kollegen Stampfli von der SP einen Vorstoss auf kantonaler Ebene eingebracht, damit man solche Projekte nicht mehr ewig hinauszögern kann, welche die Öffentlichkeit so stark betreffen. Das alles können wir heute Abend nicht lösen, das ist mir völlig bewusst und trotzdem können wir ein Zeichen setzen und darum bitte ich euch, helft mit zu verhindern, dass dieser Kunstrasen still und leise von der Planung verschwindet. Wenn wir heute nicht zustimmen, dann beerdigen wir diesen einfach und das ist wirklich schade. Wenn wir denn schon Millionen investieren, dann richtig, lassen wir nicht ausgerechnet das Wichtigste weg. Ich bitte euch, diese Motion zu überweisen und ich wäre sogar bereit, in ein Postulat zu wandeln, darum bitte ich euch, in euren Fraktionsvoten zu sagen, wenn ihr dies wünscht. Aber wir müssen ein Zeichen setzen, dass wir in Wabern diesen Kunstrasen wollen.

**Fraktionssprecherin FDP, Tatjana Rothenbühler:** Über die Realisierung dieses Kunstrasens auf dem Fussballplatz in Wabern haben wir im Parlament bereits mehrmals debattiert. Interessant ist, dass es hier im Parlament gewisse Kräfte gibt, welche diese Realisierung unbedingt im jetzigen Zeitpunkt

vorantreiben möchten, auch wenn die Hauptbetroffenen, nämlich der FC Wabern, derzeit das Projekt realistisch betrachtet und eine ungesicherte Kunstrasenoption als nicht sinnvoll erachtet.

Fakt ist, so wie der Gemeinderat ausführt, bestehen derzeit zu viele Unsicherheiten im Hinblick auf die bevorstehende Gesamtanierung dieser Schulanlage dort und auch hinsichtlich der Entwässerung dieses Rasenfelds. Ein Umbau dieses Rasenfelds wäre zum jetzigen Zeitpunkt wirklich nicht zielführend. Auch wegen der Zusatzkosten, welche sich allenfalls daraus ergeben würden und welche derzeit nicht abschätzbar sind. Insofern folgt die FDP. Die Liberalen dem Gemeinderat und plädiert dafür, mit der Umsetzung zuzuwarten und das Projekt erneut zu prüfen, sobald die kantonalen Vorgaben und auch die Kostenbeteiligung unserer Gemeinde Köniz vorliegen.

Die FDP. Die Liberalen lehnen die Motion ab, aber einer Umwandlung in ein Postulat würden wir zustimmen.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP:** Es freut mich, hier als mein letztes Votum nochmals zum Thema Fussballplätze reden zu dürfen. Die meisten wissen, das ist für mich ein Herzens-thema.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion anerkennt die sorgfältige Analyse des Gemeinderates und teilt viele der vorgebrachten Bedenken, insbesondere im Zusammenhang mit der bevorstehenden Gesamtanierung der Schulanlage Lerbermatt, der Entwässerungsproblematik, der Eigentumsverhältnisse und auch betreffend die offenen Umwelt- und Lärmfragen. Gleichzeitig sind wir aber überzeugt, ein Kunstrasen ist für den Fussballsport und für die Fussballvereine in Köniz ein echter Gamechanger. Die Erfahrungen, z.B. aus Niederscherli oder auch aus dem Ried, zeigen eindrücklich, wie stark ein Kunstrasen die Nutzbarkeit verbessert. Wetterunabhängig, effizient und mit Mehrwert auch für andere Sportarten.

Der Bedarf ist real: Zu wenig Hallen, zu wenige Aussenplätze. Der Druck auf bestehende Anlagen ist hoch oder man kann auch sagen, zu hoch. Wir sehen darum die Motion auch als strategisches Instrument, um einen politischen Willen zu bekräftigen und dem Gemeinderat Rückenwind in den Verhandlungen mit dem Kanton zu geben. Gerade im Licht der kantonalen Motion "Mehr Kunstrasen in den Sportplätzen des Kantons Bern" und auch die von uns eingereichte Motion "Wenn schon, denn schon – für einen vollständigen Ausbau der Fussballinfrastruktur bei der Lerbermatt", ist es sinnvoll, dieses Thema nicht auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Es muss darum unser Ziel sein, dem Gemeinderat den Rücken in seinem Einsatz für mehr Kunstrasen und den bevorstehenden Verhandlungen zu stärken.

Gleichzeitig teilen wir auch die Sorge, dass eine überhastete Umsetzung spätere Sanierungspläne gefährden oder zusätzliche Konflikte mit Anwohnenden auslösen könnten. Die Motion darf nicht dazu führen, dass einzelne Schritte geplant und finanziert werden, ohne das Projekt als Ganzes zu betrachten. Für uns ist folgendes zentral:

- Der politische Wille zur Realisierung eines Kunstrasens soll bekräftigt werden.
- Der Zeitbedarf "so rasch wie möglich" soll realistisch und verantwortungsvoll interpretiert werden. Er ist nämlich sehr offen formuliert.
- Die Integration ins laufende Projekt darf nicht zu Verzögerungen oder Fehlentscheiden führen.

Vor diesem Hintergrund kommt unsere Fraktion zum Schluss, die Chancen dieser Motion überwiegen die Risiken. Sie setzt ein wichtiges Signal für den Sportstandort Köniz, stärkt Verhandlungsoptionen gegenüber dem Kanton und behält die Option Kunstrasen politisch verbindlich offen. Aus diesem Grund unterstützt die EVP-GLP-Mitte-Fraktion mehrheitlich diese Motion und natürlich auch ein Postulat, falls es gewandelt wird. Und Reto, auch kantonal werde ich sehr gerne weiterhin an deiner Seite hier dafür eintreten und freue mich auf den Apéro und das Anstossen, mit dir und den anderen.

Darf ich den Zeitpunkt kurz nutzen? Das war mein letztes Votum nach über zehn Jahren hier im Parlament. Ich möchte euch ganz herzlich danken für die Zusammenarbeit und die Begegnungen. Mit einigen von euch bin ich sehr lange politisch, aber auch freundschaftlich unterwegs gewesen. Ganz herzlich möchte ich meiner Fraktion danken, es ist einfach die beste Fraktion, welche man sich wünschen kann. Ich meine, wir sind drei Parteien, man merkt es aber nicht, denn wir stimmen sehr einheitlich ab. Das weil wir in die gleiche Richtung schauen - für die Sache, für die Menschen von Köniz. Ich danke euch von ganzem Herzen, ihr seid super.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne:** Es ist und bleibt eine komplizierte Situation in der Lerbermatt, wir haben es mehrmals schon intensiv diskutiert, und es ist auch ein teures Projekt, auch das aus verschiedenen Gründen. Und jetzt befürchten wir, dass diese Motion es noch teurer und komplizierter macht, weil ein Kunstrasen theoretisch besser wäre und theoretisch mehr Spiel- und Trainingszeit erlaubt. Doch wir haben das Gefühl, dies ist hier nicht zielführend, denn

was in vielen Fällen stimmen mag, dass ein Kunstrasen die bessere Option ist, dünkt uns in diesem Fall hier, dass es wirklich ein Unterschied zwischen der Theorie und der Realität gibt.

Der Gemeinderat erklärt schlüssig und hat das auch schon anlässlich des Kreditgeschäfts im letzten Jahr gemacht, warum hier und jetzt ein Kunstrasen nur zusätzliche Kosten und eventuell weitere Verzögerungen bringt. Es geht um die Entwässerung, die Eigentumsverhältnisse, die geplante Gesamtsanierung. Ich wiederhole hier die verschiedenen Gründe nicht, diese haben wir alle gelesen.

Worüber wir uns wohl alle einig sind, ist, dass wir verhindern sollten, dass es weitere Verzögerungen gibt, denn das wäre ein Bärendienst für den FC Wabern und für den Fussball in Köniz.

Das Projekt für die Verbesserung dieser dringend notwendigen Sportinfrastruktur hat schon genug Schwierigkeiten mit Verzögerungen, immer wieder neue Detailfragen, aber auch Einsprachen und Beschwerden, welche die Vereinstätigkeit non-Stop torpedieren. Lassen wir doch das Projekt jetzt einfach so, wie wir es beschlossen haben und folgen dem Gemeinderat. Wir haben nicht den Eindruck, dass der Gemeinderat hier Rückenwind braucht in seinem Einsatz für mehr Kunstrasen oder mehr Sportinfrastruktur. Wir spüren ja alle, dass dieser politische Wille zum Ausbau der Sportinfrastruktur allgemein und auch in der Lerbermatt da ist. Zumindest wir in der Grünen/Junge Grünen-Fraktion haben hier keine Zweifel.

Wir werden diese Motion einstimmig ablehnen. Ein Postulat haben wir nicht diskutiert, aber spontan und kurz links und rechts gefragt: Eher nein. Wir finden es zwar lobenswert, wenn wir versuchen das Eisen im Feuer behalten zu wollen, aber wir haben den Eindruck, dass eine Umwandlung in ein Postulat nicht wirklich etwas bringt. Es braucht keine weiteren Informationen, die Situation ist klar, es braucht keine weiteren Abklärungen. Ich gehe deshalb davon aus, dass bei uns die Mehrheit einer Umwandlung in ein Postulat ebenfalls nicht zustimmen würde. Hingegen würden wir ganz sicher helfen, wenn es in ein paar Jahren zu einem neuen Kunstrasenvorstoss in der Lerbermatt oder in der Nähe kommen würde.

**Gemeinderätin, Dominique Bühler, Grüne:** Der Gemeinderat teilt das Anliegen der Motionäre oder der Motionärinnen. Es ist unbestritten, es gibt Bedarf an mehr Rasenfeld, auch für den FC Wabern natürlich. Der FC Wabern spielt seit Jahren an seiner Kapazitätsgrenze und ein Kunstrasen würde dort zur Entlastung führen. Er würde zu mehr Nutzungsstunden führen, das ist absolut klar, das ist legitim, diese Einschätzung teilen wir unbedingt. Die entscheidende Frage ist aber nicht, ob es einen Kunstrasen braucht oder ob wir dies wollen, sondern ob der Zeitpunkt jetzt der Richtige ist. Und dort sind wir nach etlichen und vertieften Abklärungen ganz klar der Meinung, nein, es ist nicht der richtige Zeitpunkt. Ich kann diese Gründe nochmals anführen, sie sind in der Motion genannt, ihr habt sie auch im August, als es um den Planungskredit ging, zusammen diskutiert: Es geht um einen um die Gesamtsanierung der Lerbermatt, diese wird frühestens im Jahr 2034 erfolgen. Es ist auch gut möglich, dass das heutige Rasenfeld dann wieder für eine Retentionsanlage für Regenwasser oder Abwasser gebraucht wird. Also dort, wo eigentlich der teuerste Teil des Kunstrasens gebaut wird, der Unterbau, dieser müsste dann wieder zurückgebaut werden und das ist aus ökologischen und finanziellen Gründen einfach nicht verantwortlich. Dann haben wir auch noch die Schadstoffe im Sickerwasser - auch dort warten wir auf die Entwässerungsvorgaben, also auch dort können wir im Moment nicht weitermachen.

Reto Zbinden hat es selbst gesagt: Eigentümer ist der Kanton Bern und wir sprechen über eine kantonseigene Anlage. Wir haben ein Nutzungsrecht, doch Eigentümer ist der Kanton Bern und er zeigt zwar Offenheit für einen Kunstrasen, aber er will sich im Moment nicht finanziell daran beteiligen. Wir würden Geld aus dem Sportfonds erhalten, doch die Mehrkosten würden an uns hängen bleiben.

Und es wurde auch bereits genannt und das möchte ich ebenfalls nochmals betonen: Wir haben ein bewilligtes Projekt für Garderoben, Vereinslokal und die Erweiterung des Rasenspielfelds. Und ich finde es nicht verantwortlich, wenn wir dies jetzt mit dieser Motion gefährden. Der FC Wabern hat klar signalisiert, er möchte keine weiteren Verzögerungen und das wäre mit dieser Motion tatsächlich möglich, dass wir dieses Projekt verzögern, denn es wären zusätzliche Aufträge nötig und diese würden einfach das Ganze überlagern. Im jetzigen Zeitplan wäre es gar nicht möglich, dies auszuführen, so wie dies jetzt mit dieser Motion gewünscht wäre.

Jetzt sehe ich das Potential, dass die Motion in ein Postulat gewandelt werden würde, das gäbe eine gewisse Entschärfung zu diesem Ganzen, aber ich muss euch trotzdem nochmals sagen: Wir prüfen es ohnehin. Ihr habt im August Ziffer 3 überwiesen, das war eine Prüfung bzw. eine Kenntnisnahme, dass wir wieder zurückkommen, sobald eine Möglichkeit besteht, dass wir dort einen Kunstrasen erstellen können. Diese Prüfung ist am Laufen, wir sind dran. Den Zeitplan habe ich euch gesagt, 2034 wäre vermutlich der früheste Zeitpunkt, gemäss welchem es möglich wäre, einen solchen Kunstrasen dort zu erstellen. Doch wir sind dran.

Ich möchte euch nahelegen, dass ihr diese Motion nicht überweist, denn ich kann diese Fristen überhaupt nicht einhalten. Diese Zweijahres-Fristen sind einfach zu kurz, 2034 ist der früheste Termin für die Planung eines solchen Kunstrasen.

Vielleicht noch kurz zu einigen Sachen, welche genannt wurden: Es ist keine Beerdigung dieses Projekt, es ist ein heutiges "Nein" zu einer Motion, aber es ist nicht ein "Nein" für immer. Es ist ein "Nein" für jetzt. Doch der Wille für einen Kunstrasen, dieser ist vom Gemeinderat ganz klar da, einfach, damit ich das nochmals betont habe. Und ich finde persönlich, Reto Zbinden hat es gesagt, er wird beim Kanton nochmals anklopfen, ich bin natürlich froh, wenn du dies bei deinem Parteikollegen machst. Wir sind um jeden Schritt froh, welcher vorwärtsgesetzt in dieser Sache. Es gibt einige Sachen, worauf wir beim Kanton noch warten und von daher, wenn wir diesen Kunstrasen früher als 2034 erstellen können – noch so gerne – aber im Moment sind die Risiken einfach zu gross – finanziell und auch ökologisch – damit man dies früher machen könnte. Bitte lehnt die Motion und auch ein allfälliges Postulat ab.

**Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP:** Vielen Dank Dominique Bühler, dein Votum hat mich jetzt gleich nochmals bestärkt: Ich werde in ein Postulat wandeln, denn ich möchte euch wirklich Rückenwind geben und mir ist bewusst, dass das Hauptproblem beim Kanton liegt und nicht bei euch als Gemeinderat. Und das mit den Mehrkosten, theoretisch müsste das nämlich auch der Kanton übernehmen, so wie der Vorstoss auf kantonaler Ebene überwiesen worden ist.

Dann möchte ich auch Katja Streiff nochmals herzlich danken, es hat mich sehr gefreut, dass du dein letztes Votum zu einem Vorstoss von mir hattest und wir kämpfen auf kantonaler Ebene weiter zusammen, das freut mich sehr.

Ich habe gesagt, ich wandle um, auch um dem Gemeinderat einen Handlungsspielraum zu geben, denn was ich definitiv nicht möchte ist, das Ganze zu verzögern, das ist sicher nicht die Absicht dieser Motion und auch nicht vom Postulat. Ich will nur dem Gemeinderat den Rückenwind geben, damit dieser den wirklich notwendige Kunstrasen so rasch wie möglich realisieren kann, denn diesen braucht es einfach. Wir haben wirklich zu wenige Sportanlagen und mit einem Kunstrasen kann man eine viel bessere Nutzungselastizität erreichen.

Viele fragen sich immer, warum ich dermassen für einen Kunstrasen kämpfe: Er bringt einfach einen grossen Mehrwert für alle Sportlerinnen und Sportler. Darum, ich wandle gern, ich will keine Hürden schaffen, ich will dem Gemeinderat Rückenwind geben, damit er dort diesen Kampf führen kann – ein bisschen gegen den Kanton. Und ja, es ist mir auch bewusst, dass es mein Parteikollege ist, welcher dort manchmal noch nicht ganz so gut unterwegs ist. Helft also mit, bitte als Postulat, dann vertun wir uns nichts und verzögern auch nichts.

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Ich stelle fest, dass der Erstunterzeichnende diese Motion in ein Postulat umwandelt. Da der Antrag des Gemeinderates bestritten ist, stimmen wir über diesen ab.

## Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen für erheblich erklären / 17 Stimmen für ablehnen)

PAR 2026/19

## V2534 Interpellation (SP/JUSO) „Auflösung und Liquidation Farb AG (Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern)“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

## Vorstosstext

Die Gemeinde Köniz stellt im Sinn einer selbstgewählten Aufgabe nach Artikel 62 des Gemeindegesetzes Angebote im Bereich der sozialen oder beruflichen Integration bereit. Gemäss dem Reglement über

die Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern hat die Gemeinde die Erfüllung der Aufgabe der Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern AG (FARB AG) übertragen, welche die Aufgabe in eigener unternehmerischer Verantwortung seit 2017 erfüllt. Nun wurde bekannt, dass die AG (Aktionärsgemeinden zu je 50%: Köniz und Ittigen) per Ende 2026 aufgelöst und liquidiert werden soll.

Vor diesem Hintergrund möchten die Interpellant:innen vom Gemeinderat wissen:

1. Warum wird die Farb AG aufgelöst?
2. Weshalb wird mit der Liquidation nicht bis Ende 2027 (bis zur Neuvergabe durch die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion GSI) gewartet?
3. Wie wird Köniz ab 2027 die selbstgewählte Aufgabe im Bereich der sozialen und beruflichen Integration erfüllen?
4. Wohin werden die Sozialdienste ab 2027 die Sozialhilfebeziehenden (bei der Farb AG bisher jährlich rund 600 Personen) vermitteln?
5. Mit welchen Massnahmen werden die rund 40 Mitarbeitenden der Farb AG bei der beruflichen Neuorientierung und der Suche von Anschlusslösungen unterstützt?
6. Wie soll das Angebot bis Ende 2026 aufrechterhalten werden, wenn laufend Mitarbeitende kündigen?
7. Wurden die 14 Regionsgemeinden, welche das Angebot der Farb AG nutzen, vom Verwaltungsrat um (finanzielle) Beteiligung / Unterstützung angefragt?
8. Wurde eine Kooperation / ein Zusammenschluss der Farb AG mit dem Kompetenzzentrum Arbeit KA (Fachstelle für Arbeitsintegration der Stadt Bern) geprüft?
9. Was kostet die Liquidation und wer bezahlt sie?
10. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Gemeinde, wenn sie ihre Aufträge ab 2027 nicht mehr an die Farb AG vergeben kann?

Géraldine Mercedes Boesch, Isabelle Steiner

## **Eingereicht**

03.11.2025

## **Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern**

Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Urs Mumenthaler, Klaus von Muralt, Jutta Gubler Kläne-Menke, Franziska Adam, Bülent Celik, Janka Hamm, Mayra Faccio, Arlette Münger, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Katja Streiff, Matthias Müller, Andreas Hauser, Heidi Eberhard, Sladjan Petrovic, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Laura Hoffman, Sara Gasser, David Müller, Brigitte Rohrbach, Selin López, Casimir von Arx

## **Antwort des Gemeinderates**

### **1. Warum wird die Farb AG aufgelöst?**

Seit mehreren Jahren sind die Fallzahlen in der Sozialhilfe rückläufig. Damit verbunden sank der Bedarf an Integrationsangeboten, und die Auslastung der Farb AG konnte nicht mehr auf wirtschaftlich und fachlich tragfähigem Niveau gehalten werden.

Trotz wiederholter Anpassungen und Optimierungen (Zusammenlegungen, Angebotsreduktionen) blieb die Auslastung zu gering. Verschiedene Varianten, auch Kooperationen mit anderen Trägerschaften, wurden geprüft, boten aber keine stabile Perspektive. Nach sorgfältiger Analyse ist der Verwaltungsrat zum Schluss gekommen, dass die Chancen der Farb AG im anstehenden Ausschreibungsverfahren erfolgreich zu bestehen sehr gering sein werden. Die Aktionärsgemeinden Köniz und Ittigen entschieden daher, die Gesellschaft in einer stabilen Phase und aus eigener Substanz geordnet aufzulösen. Der Entscheid ist vorausschauend und risikobewusst, nicht kurzfristig motiviert.



## **2. Weshalb wird mit der Liquidation nicht bis Ende 2027 (bis zur Neuvergabe durch die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion GSI) gewartet?**

Die Leistungsverträge mit dem Kanton Bern werden jeweils für ein Jahr abgeschlossen; der Vertrag für 2026 liegt vor. Eine Verlängerung über 2026 hinaus hätte für die beiden Aktionärsgemeinden beträchtliche finanzielle Risiken und operative Unsicherheiten mit sich gebracht. Der frühzeitige Entscheid ermöglicht eine kontrollierte und sozialverträgliche Abwicklung und schafft für Mitarbeitende, Teilnehmende und Partner die bestmögliche Planungssicherheit.

Die kantonale Ausschreibung wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach aus unterschiedlichen Gründen verschoben. Ob sie im Jahr 2026 tatsächlich wie vorgesehen durchgeführt wird und das neue System anschliessend wie geplant in Kraft treten kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt offen.

## **3. Wie wird Köniz ab 2027 die selbstgewählte Aufgabe im Bereich der sozialen und beruflichen Integration erfüllen?**

Das geltende Reglement der Gemeinden Köniz und Ittigen sieht vor, dass sie freiwillig Angebote zur sozialen und beruflichen Integration bereitstellen. Die Umsetzung dieser Aufgabe haben beide Gemeinden an die Farb AG delegiert. Diese erbringt im Auftrag öffentlicher oder privater Auftraggeberinnen und Auftraggeber – gestützt auf Leistungsverträge – Integrations- und Beschäftigungsangebote. Die operative Umsetzung liegt bei der Farb AG; ihre Kompetenzen sind in den Statuten geregelt, während über eine Auflösung die Generalversammlung entscheidet. Wird die Farb AG aufgelöst, besteht der reglementarische Auftrag zwar weiter, es fehlt jedoch eine Organisation, die diesen erfüllen könnte. Eine zu frühe Aufhebung des Reglements würde diesem Umstand nicht gerecht, da die Farb AG bis zum Beschluss weiterhin Leistungen erbringt und der Auftrag faktisch noch besteht. Im Verlauf des Jahres 2026 werden sowohl in Köniz als auch in Ittigen die entsprechenden Anträge zur Aufhebung des Reglements eingereicht.

## **4. Wohin werden die Sozialdienste ab 2027 die Sozialhilfebeziehenden (bei der Farb AG bisher jährlich rund 600 Personen) vermitteln**

Es gilt die Zuweisungen für das Jahr 2027 und ab 2028 zu unterscheiden.

### **Für 2027:**

Die künftige Ausgestaltung der Arbeitsintegrationsangebote für das Jahr 2027 nach der Auflösung der Farb AG ist Gegenstand laufender Klärungen zwischen Kanton, Gemeinden respektive den Sozialdiensten und den beteiligten Partnern. Die entsprechenden Abklärungen zur Organisation der Arbeitsintegration für das Jahr 2027 sind in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern angelaufen. Gespräche und Treffen mit der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) respektive dem zuständigen Amt für Integration und Soziales wurden unverzüglich aufgenommen und finden regelmässig statt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch zu früh, um verbindliche Aussagen zu machen. Der Kanton befindet sich in einer führenden Rolle bei der Erarbeitung der Angebotsgestaltung und stimmt sich dabei mit den Gemeinden respektive Sozialdiensten und bestehenden Anbietern ab. Auch die laufenden Gespräche mit Partnerfirmen der Farb AG sind Teil dieses Prozesses und unterliegen der notwendigen Vertraulichkeit. Ziel ist eine geordnete und abgestimmte Lösung, die Qualität und Kontinuität sicherstellt.

### **Ab 2028**

Das kantonale Projekt «Veränderungen Arbeitsintegration VAI» legt die Grundlage für die künftige Organisation und Steuerung der Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe ab 2028. Das Amt für Integration und Soziales (AIS) der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) führt das Projekt «Veränderungen Arbeitsintegration VAI» durch, um das bestehende System der BIAS-Angebote abzulösen. Ziel des Kantons ist es, auch künftig ein bedarfsgerechtes und wirksames Angebot für Sozialhilfebeziehende im ganzen Kanton sicherzustellen.

Die Konzeptphase für VAI wurde im Juni 2025 gestartet; seither läuft die fachliche Ausgestaltung der neuen Lösung und die Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens. Eine Fachgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden, der Sozialdienste (VBG, BKSE) und weiterer Stakeholder begleitet den Prozess. Die Ausschreibung ist im Frühjahr 2026 geplant, Start des neuen Modells ist

voraussichtlich 2028. Anzumerken ist, dass der Zeitplan bereits mehrmals teilweise massiv angepasst werden musste (Projekt AI-BE, Stillstand, Projekt VAI).

#### **5. Mit welchen Massnahmen werden die rund 40 Mitarbeitenden der Farb AG bei der beruflichen Neuorientierung und der Suche von Anschlusslösungen unterstützt**

Es ist vorgesehen, die Mitarbeitenden situationsgerecht zu unterstützen, unter anderem durch interne Gespräche, Laufbahnberatung sowie die Nutzung bestehender Netzwerke zur beruflichen Neuorientierung. Ein formeller Sozialplan besteht derzeit nicht; der Verwaltungsrat wird mögliche Elemente erst nach Vorliegen der Liquidationsbewertung prüfen. Über Entschädigungen, Frühpensionierungen oder andere pauschale Zusagen können zum heutigen Zeitpunkt keine Aussagen gemacht werden. Die Gesellschaft ist bestrebt, für alle Mitarbeitenden faire und individuelle Übergänge zu ermöglichen. Die konkrete Ausgestaltung allfälliger Massnahmen hängt stark von der Liquidationsbewertung sowie vom Verlauf des Geschäftsbetriebs bis zum 31. Dezember 2026 ab.

Den beiden Aktionärgemeinden ist eine möglichst sozialverträgliche Gestaltung der Liquidation wichtig, insbesondere unter Berücksichtigung von Härtefällen und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.

#### **6. Wie soll das Angebot bis Ende 2026 aufrechterhalten werden, wenn laufend Mitarbeitende kündigen**

Die Farb AG überwacht laufend die Personal- und Teilnehmersituation. Bei Engpässen werden interne Anpassungen oder zeitlich befristete Rekrutierungen geprüft. Der direkte Austausch mit dem Kanton Bern bleibt eng, um bei Bedarf gemeinsame Überbrückungslösungen zu finden. Der Leistungsvertrag 2026 sichert die betriebliche Stabilität.

#### **7. Wurden die 14 Regionsgemeinden, welche das Angebot der Farb AG nutzen, vom Verwaltungsrat um (finanzielle) Beteiligung / Unterstützung angefragt**

Wir gehen bei der Beantwortung davon aus, dass nicht die 15 angeschlossenen Sozialdienste, sondern die über 50 Gemeinden die den Sozialdiensten angeschlossen sind, gemeint sind.

Die über 50 angeschlossenen Gemeinden wurden nicht um finanzielle Beteiligungen angefragt. Dies nicht, weil diese Möglichkeit ausser Acht gelassen wurde, sondern weil der Verwaltungsrat wie bei der Beantwortung der Frage 1 ausgeführt wird, keine stabile Perspektive ab 31.12.2026 sah, um gegenüber den Gemeinden zu argumentieren, warum sie finanzielle Beiträge sprechen sollten.

#### **8. Wurde eine Kooperation / ein Zusammenschluss der Farb AG mit dem Kompetenzzentrum Arbeit KA (Fachstelle für Arbeitsintegration der Stadt Bern) geprüft**

Ja. Das KA der Stadt Bern deklarierte von Beginn an klar, dass die Stadt bei der bevorstehenden Ausschreibung alleine eine Offerte einreichen wolle, die Farb AG könne allenfalls als Subunternehmer des KA in Frage kommen. Es stellte sich somit heraus, dass die Farb AG auch als Subunternehmer des KA der Stadt Bern kaum mehr eine Eigenständigkeit in genügendem Ausmass wird aufrechterhalten können. Das umso mehr, als dass Betriebe bei welchen Synergieeffekte zu erwarten sind, sinnvollerweise zusammengeführt würden. Dies hätte jedoch zur Folge, dass die Grösse und die Struktur der Farb AG substantiell reduziert würde. Die Grundlage einer wirtschaftlich und fachlich sinnvollen Weiterführung der Farb AG würde dadurch weiter reduziert. Aus Sicht des gesamten Verwaltungsrates und beider Gemeinderäte wären die Risiken für die Aktionärgemeinden dadurch weiter erhöht und die Optionen der Farb AG reduziert worden. Das macht für die Aktionärgemeinden keinen Sinn und beide Gemeinderäte sahen sich in der Pflicht die nötigen Schritte Zeitnah in die Wege zu leiten um das Risiko zu vermeiden. Der Entscheid des Gemeinderates von Bern, einen Letter of Intent nicht zu unterzeichnen bestätigte, dass das Vorgehen der beiden Gemeinderäte richtig ist.

#### **9. Was kostet die Liquidation und wer bezahlt sie?**

Die Liquidationskosten sind zum jetzigen Zeitpunkt schwierig zu beziffern. Diese Kosten hat die Farb AG grundsätzlich selbst zu tragen. Sollten die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, könnten die beiden

Gemeinden nachschusspflichtig werden, wenn ein Konkurs verhindert werden soll. Es zeichnet sich ab, dass geprüft werden muss, ob die Gemeinden im Bedarfsfall bereit wären, eine Nachschusszahlung oder ein Darlehen mit Rangrücktritt zu gewähren.

Der Verwaltungsrat hat deshalb möglichst frühzeitig, zu einem Zeitpunkt, als noch Eigenkapital vorhanden war, die Liquidation beantragt, um das Risiko einer Nachschusspflicht zu minimieren und einen möglichen finanziellen Schaden für die Gemeinden möglichst gering zu halten.

#### **10. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Gemeinde, wenn sie ihre Aufträge ab 2027 nicht mehr an die Farb AG vergeben kann**

Die Farb AG hat bisher im Auftrag der Gemeinde diverse Aufgaben ausgeführt (z.B. Abteilung Umwelt und Landschaft ca. 1'000 Stunden/Jahr). Es ist noch nicht festgelegt, wer diese Aufgaben in Zukunft ausführt und ob dies zu Mehrkosten führt.

Köniz, 10.12.2025

Der Gemeinderat

#### **Diskussion**

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion und Bildung und Soziales. Die Diskussion wird gewünscht, es stimmen mehr als 10 Parlamentarier dafür.

**Erstunterzeichnerin, Géraldine Mercedes Boesch, SP Frauen:** Der Auflösungsentscheid der Farb AG - Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern - im letzten Jahr kam für viele unerwartet: Für die Sozialhilfebeziehenden, für die zahlreichen Kund:innen und nicht zuletzt für die rund 40 Mitarbeiter:innen, von denen heute auch einige anwesend sind. Schön, seid ihr heute da und habt so lange ausgeharrt. Die Farb AG ist seit 2016 als sogenannte strategische Bias-Partnerin der kantonalen Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion eine wichtige Dienstleisterin im Kanton Bern. "BIAS" bedeutet "Beschäftigungs- und Integrationsangebote". Sie unterstützt Sozialhilfebeziehenden bei der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung. Den meisten ist die Farb AG ein Begriff wegen ihrer Einsätze bei Umzügen, Werkstattarbeiten, Gartenarbeiten und Köhlerei, Recycling usw. Die Arbeiten der Farb AG werden Gemeinden und Privaten zu günstigen Konditionen angeboten. Die Gemeinde Köniz ist eine der grössten Auftraggeberinnen der Farb AG. Die 1000 Stunden im Jahr im Bereich Umwelt und Landwirtschaft sind nur ein Teil der zahlreichen und vielfältigen Angebote der Farb AG, die die Gemeinde nutzt. Die Antwort des Gemeinderates nach dem Warum der Auflösung per Ende 2026 ist grundsätzlich nachvollziehbar: Die Fallzahlen in der Sozialhilfe sind rückläufig, der Bedarf an Integrationsangeboten und die Auslastung der Farb AG gingen zurück.

Was aus der Antwort des Gemeinderates aber zu wenig hervorgeht, ist der Hintergrund, vor welchem die Entscheidung zur Auflösung zu verstehen ist. Nämlich eine umfassende Reorganisation der Arbeitsintegration im Kanton Bern. In der Antwort steht lediglich, dass ab 2028 das kantonale Projekt "Veränderungen Arbeitsintegration VAI" die Grundlage für die künftige Organisation und Steuerung der Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe legt und das bestehende System der BIAS-Angebote abgelöst werden soll. Was damit einhergeht, aber in der Antwort keine Erwähnung findet, ist, dass die GSI die bisherigen acht BIAS-Regionen auf fünf reduzieren will. Dies bedeutet konkret, dass nur grössere Anbieter mit einem grösseren Einzugsgebiet überhaupt Aussichten auf einen BIAS-Vertrag mit dem Kanton haben. Die Farb AG hat sich vor diesem Hintergrund und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage gesehen, sich im Rahmen der bevorstehenden Ausschreibungen um die Leistungsverträge zu bewerben. Eine Herausforderung, die auch andere BIAS-Anbieter betrifft.

Für die Sozialhilfebeziehenden kann die Reduktion der BIAS-Anbieter resp. Vergrösserung der Einzugsgebiets lange Arbeitswege bedeuten. Viele Sozialhilfebeziehenden hadern mit einer Tagesstruktur und mentaler Gesundheit: Ein langer Arbeitsweg stellt eine zusätzliche Hürde für die Arbeitsintegration dar: Der potenziell zunehmende Absentismus führt zu einer weiteren Reduktion der Auslastung der BIAS-Angebote und in der Logik des Kantons folglich wieder zu einer weiteren Ausdünnung der BIAS-Anbieter. Dies auf Kosten der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung von Sozialhilfebeziehenden.

An dieser Stelle möchte ich dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen der Interpellation danken. Die Antworten konnten einige Sachen beleuchten, einige bleiben jedoch noch im Dunkeln. Die grösste offene Frage bleibt, wie die Gemeinde Köniz ab 2027 die im Gemeindegesetz festgehaltene Aufgabe im Bereich der sozialen und beruflichen Integration erfüllen will. Auch was das konkret für Sozialhilfebeziehende bedeuten würde, wird nicht beantwortet.

Der Gemeinderat schreibt, dass neben "Anpassungen und Optimierungen" verschiedene Varianten, auch Kooperationen mit anderen Trägerschaften, geprüft wurden. Dass trotzdem darauf verzichtet wurde, die 50 angeschlossenen Gemeinden um Unterstützung anzufragen ist bedauerlich. Wurde wirklich der ganze Handlungsspielraum genutzt?

Genauso bedauerlich ist, dass die Stadt Bern eine gemeinsame Offerte von der Farb AG mit dem Kompetenzzentrum Arbeit KA - Fachstelle für Arbeitsintegration der Stadt Bern - ablehnend gegenüberstand: Diese Lösung wäre wohl die vielversprechendste für die Zukunft der Farb AG gewesen.

Die rund 40 Mitarbeitenden der Farb AG machen eine anspruchsvolle, wichtige Arbeit, indem sie Menschen wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Ich hätte mir gewünscht, dass in der Antwort mehr Wertschätzung den Mitarbeitenden gegenüber zum Ausdruck gebracht worden wäre. Dass der Gemeinderat und der Verwaltungsrat ein Augenmerk auf die sozialverträgliche Abwicklung der Auflösung legt, ist mir und der SP ein grosses Anliegen. Ein formeller Sozialplan wird ausdrücklich begrüsst. Die Antwort des Gemeinderates stellt die Auflösung der Farb AG als unabwendbar dar. Es ist klar, es gibt Abhängigkeiten zum Kanton und zu anderen Gemeinden, trotzdem bleiben Zweifel an der Alternativlosigkeit. Ich bin mit der Antwort daher teilweise befriedigt.

**Christina Aebischer, Grüne:** Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung, vor allem aber auch der Interpellantin für diese Interpellation, welche wichtige Fragen zu einem Bereich aufwirft, von dem wir im Parlament in der letzten Legislatur nicht viel bis gar nichts gehört haben. Und darum waren auch wir in der Fraktion einigermassen überrascht, als die Kommunikation zu der Auflösung bekannt wurde. Aufgrund der Antworten des Gemeinderates ist für uns jetzt einigermassen nachvollziehbar, wie es zu dem Entscheid gekommen ist. Aber es wirft auch weitere Fragen auf.

Arbeitsintegrationsangebote sind unbestritten extrem wichtig. Es gibt ganz verschiedene Gruppen von Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen, welche solche und eben auch unterschiedliche differenzierte Angebote phasenweise brauchen. Grundsätzlich scheint es uns richtig und wichtig, dass man immer wieder überprüft, ob man als Gemeinde hier die richtigen Angebote bereitstellen kann. Und man muss in einem sich verändernde Arbeitsmarkt natürlich auch laufend Fragen zur Ausrichtung und zur Finanzierbarkeit stellen.

Wir finden es ist grundsätzlich erfreulich zu lesen, dass die Fallzahlen in der Sozialhilfe laufend kleiner geworden sind. Das heisst ja implizit auch, dass mehr Leute in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnten und deshalb die Angebote der Farb AG in dem Umfang oder mit dieser Ausrichtung vielleicht nicht mehr so notwendig oder offenbar schwieriger finanzierbar waren. Gleichzeitig darf es aber klar auch nicht einfach eine Frage der Finanzen sein, ob und welche dieser Integrationsangebote eine Gemeinde bereitstellt, sondern es ist eine soziale Verantwortung und natürlich auch eine Pflicht.

Wir vertrauen dem Gemeinderat, dass er alle nötigen Abklärungen mit dem Kanton, mit Ittigen, mit der Stadt Bern und allenfalls auch mit anderen umliegenden Gemeinden gemacht hat und sein Beschluss zu dieser Auflösung fundiert, sprich aktuell oder hoffentlich der Richtige ist.

Wir stellen aber auch fest, dass im Moment sehr viel unklar ist: Denn, es ist völlig offen, was das jetzt für die Menschen ab 2027 bedeutet, welche auf ein solches Angebot angewiesen sind. Wo kommen sie hin und wie lange müssen sie warten? Wer unterstützt sie in diesem Prozess? Und sind denn die neu geplanten Angebote in dieser neuen Struktur vom Kanton wirklich kostengünstiger und auch für die Betroffenen besser? Wir können hier bei einer Interpellation keine neuen Fragen stellen, aber ich stelle diese Fragen hier einfach mal in den Raum oder ins Protokoll.

Und weil es so viele offene Fragen hat, welche vor allem der Kanton beantworten und die Rahmenbedingungen setzen muss, appellieren wir auch an den Gemeinderat und auch an alle Könizer Grossräte, dass man sich sehr aktiv für eine gute Nachfolgelösung einsetzt und auch beim Kanton diesbezüglich vorstellig wird, so dass die neuen Rahmenbedingungen und die neuen Angebote rasch definiert werden. Damit es sowohl für die Personen, welche diese Unterstützung brauchen, wie auch für die Mitarbeitenden, welche aufgrund der Auflösung der Farb AG ihren Job verlieren, eine gute und nahtlose Übergangslösung gibt, welche man verantwortungsvoll gestalten kann.

**Reto Zbinden, SVP:** Ich wurde jetzt gerade als Könizer Grossrat angesprochen und ich muss sagen, die erwähnte Reorganisation der Arbeitsintegration im Kanton Bern, diese macht absolut Sinn und wurde wirklich sehr sinnvoll aufgegleist. Jetzt wird der Fokus endlich wieder auf das Kernziel, nämlich

die Integration in den Erstarbeitsmarkt gelegt. Zuvor gab es ein gewisses Fehlanreizsystem. Das war nämlich auch genau das, was der Farb AG ein bisschen zum Verhängnis wurde. Die Farb AG hat mehr profitiert, wenn sie die Leute bei sich behalten hat, statt dass sie sie zurück in den ersten Arbeitsmarkt gegeben hat. Und das konnte man mit dieser Veränderung ausräumen und darum bin ich sehr zuversichtlich, dass dies gut kommt, mit diesen Veränderungen, damit man die guten Mitarbeitenden in den ersten Arbeitsmarkt schickt und sie nicht bei sich behält. Gebt diesem System jetzt einmal eine Chance und schaut dann, wie es in zwei, drei Jahren aussieht.

**Gemeinderätin, Dominique Bühler, Grüne:** Die Auflösung der Farb AG war kein Schnellschuss, so wie dies zuvor vielleicht rüber gekommen ist. Es war eine einschneidende Entscheidung, das ist so, aber es ist das Resultat einer mehrjährigen strategischen Prüfung, welche vom Verwaltungsrat der Farb AG vorgenommen wurde. Seit 2019 hat sich ein Strukturwandel abgezeichnet, Géraldine hat es bereits betont und es hat Bemühungen von Seiten Farb AG und Verwaltungsrat gegeben, auf diesen Rückgang der Anzahl Sozialhilfefälle und somit auch der Anzahl Zuweisungen zu reagieren. Programme wurden zusammengelegt, Angebote und der Betrieb wurden schrittweise an die sinkende Auslastung angepasst und die finanzielle Auswirkung war eben auch spürbar. Auch die kantonalen Massnahmen, welche wir zuvor gehört haben, womit auch die Abgeltungsreserven abgebaut wurden, hat der Farb AG die finanziellen Mittel zusätzlich eingeschränkt.

Der Verwaltungsrat hat dann ab 2022 verschiedene strategische Varianten erarbeitet und diese auch geprüft - von einer eigenständigen Weiterentwicklung über Zusammenschlüsse mit anderen Trägerschaften, wie zum Beispiel das Kompetenzzentrum Arbeit der Stadt Bern. All diese Optionen wurden nacheinander geprüft und abgeklärt, doch es wurde am Ende umso klarer, dass keine dieser Varianten eine stabile Perspektive bieten würde. Und das auch, weil der Kanton das bisherige BIAS-System ablösen wird. Diese Angebote werden neu ausgeschrieben, die Anzahl Leistungserbringer werden reduziert und die Steuerung wird zentralisiert. Für den Verwaltungsrat war darum auch klar, dass die Farb AG mit ihrer heutigen Grösse und auch mit der heutigen Struktur kaum realistische Chancen gehabt hätte, sich langfristig eigenständig als Anbieterin zu positionieren. Es blieb also nur eine einzige Option übrig und das war die geordnete - und ich sage dies ganz ausdrücklich - die *geordnete* Liquidation der Farb AG. Und dieser Entscheidung wurde bewusst jetzt in einer stabilen Phase der Farb AG getroffen, damit man eben nicht in einer finanziellen Notlage ein solches Unterfangen machen muss. Und damit man eben auch die sozialverträgliche Abwicklung in dieser Zeit ermöglichen konnte. Es ist also wirklich ein verantwortungsvolles Handeln, welches hier der Verwaltungsrat an den Tag legt.

Jetzt wurde gefragt, warum nicht warten, bis die Ausschreibung beim Kanton durch ist? Das ist ein Problem, weil wir uns nicht nur nach dem kantonalen Zeitplan ausrichten können. Die Leistungsverträge mit dem Kanton werden jährlich abgeschlossen. Die Weiterführung über 2026 hinaus, hätte für die Aktionärgemeinden - das sind Köniz und Ittigen - erhebliche finanzielle und operative Risiken bedeutet. Es wäre also jedes Jahr unklar gewesen, ob jetzt dieser Leistungsvertrag wieder kommt oder nicht und mit diesen Entscheidung hat auch hier die Farb AG für Planungssicherheit gesorgt.

Es ist mir aber wirklich noch wichtig zu betonen und wir haben ja jetzt auch Gäste der Farb AG hier unter uns: Die Qualität der Arbeit der Farb AG war immer sehr hoch. Die Sozialdienste der Gemeinde Köniz, aber auch der Gemeinde Ittigen, waren mit der Dienstleistung immer sehr zufrieden und sie schätzen das grosse Engagement der Mitarbeitenden der Farb AG und auch ihre Fachkompetenz. Der Entscheid bedeutet keine Kritik an der Arbeit, welche geleistet worden ist, auch wenn dies hier in der Antwort der Interpellation nicht hervorgehoben worden ist. Das ist überhaupt nicht so. Es ist eine Reaktion auf Rahmenbedingungen, welche sich eben verändert haben. Es hat nun mal eine Strukturänderung gegeben und darum kam es zu diesem Entscheid. Aber auch hier: Es ist wirklich eine überlegte Reaktion auf eine Lage, welche sich seit Jahren zugespitzt hat.

Was ich vielleicht hier auch noch sagen kann: Ein formeller Sozialplan liegt noch nicht vor. Wir sind daran, dafür braucht es noch ein Liquidationsbudget und eine Liquidationsbewertung, aber sobald dies vorliegt, ist es ganz klar für uns, und das ist auch der Wunsch der Aktionärgemeinden, dass ein möglichst sozialverträgliche Gestaltung der Liquidation erfolgt. Es ist also wichtig, dass insbesondere bei Härtefällen, gut hingeschaut wird.

Das ist alles, was ich heute Abend dazu sagen kann. Ich weiss, es sind noch sehr viele Fragen offen und ich hoffe, dass diese dann mit der Zeit noch geklärt werden. Aber danke vielmals für das Interesse und ja, es wurde gesagt, man möchte gerne etwas mehr aus meiner Direktion hören bzw. aus der Abteilung Soziales und das werde ich in der nächsten Zeit auch sehr gerne wahrnehmen.

Die Interpellantin ist mit der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

PAR 2026/20

## **V2537 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Köniz als Smart Cillage (City / Village)"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

### **Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

### **Fragen**

1. Welche Projekte (inkl. Investitionsvolumen) im Bereich „Smart City / Smart Village“ verfolgt die Gemeinde Köniz aktuell (z. B. intelligente Strassenbeleuchtung, Abfallmanagement, Gebäudesteuerung, digitale Bürgerdienste) und welche sind in den nächsten Jahren geplant?
2. Welche Förderprogramme von Bund oder Kanton werden oder könnten genutzt werden, um die Kosten solcher Projekte zu senken?
3. Welche Kooperationen mit Bildungsinstituten, Vereinen (z.B. Smart City Verein Bern, Smart City Hub) und anderen Partnern im Bereich Smart City sind vorhanden und zu welchen Themengebieten?
4. Sind die technischen, gesetzliche und organisatorischen Voraussetzungen gegeben um End2End digitale Prozesse und E-Government-Plattformen einzusetzen resp. anzubieten?
5. Was hindert die Gemeinde den Baubewilligungsprozess komplett digital, medienbruchfrei und viel kürzer zu gestalten?
6. Akzeptiert die Gemeinde elektronische Signaturen / Identifikationen (e-ID) und sind Massnahmen geplant diese vollumfänglich zu unterstützen?
7. Welche Voraussetzungen erfüllt die Gemeinde Köniz bereits für eine Einführung von eCollecting & e-Voting (z.B. zentrales Stimmregister), welche noch nicht, und welche Überlegungen gibt es seitens des Gemeinderats bezüglich einer Teilnahme als Pilotgemeinde bei einer zeitnahen Umsetzung (auf kantonaler Stufe)?

Die Digitalisierung bietet Gemeinden nicht nur neue Formen der Dienstleistungserbringung, sondern auch Möglichkeiten, Kosten zu reduzieren und Ressourcen effizienter einzusetzen. Durch den Einsatz von smarten Technologien – etwa in der Strassenbeleuchtung, im Abfallmanagement oder im Gebäudebetrieb – können erhebliche Einsparungen erzielt, während gleichzeitig ökologische und soziale Ziele unterstützt werden. So hat z.B. die Stadt Zürich bereits in 2018 eine umfassende Smart City Strategie verabschiedet<sup>6</sup> und ist die Smarteste Stadt der Welt (Smart City Index 2025 IMD)<sup>7</sup>, Ittigen hat sich als Modellgemeinde für die Umsetzung von «Smart City»-Konzepten auf lokaler Ebene etabliert und zahlreiche weitere Städte und Gemeinde verfolgen Smart City Ziele. Vorteile von Smart Cities umfassen eine nachhaltigere Ressourcennutzung (Energie, Wasser) durch intelligente Systeme, verbesserte Mobilität (weniger Staus, optimierte Parkplätze), eine höhere Lebensqualität (sichere Umgebung, bessere Dienstleistungen) und gesteigerte Bürgerbeteiligung durch digitale Plattformen. Auch für Unternehmen sind Smart Cities sehr interessant aufgrund tiefer Bürokratie, digitalen Schnittstellen und Automatisierungsmöglichkeiten.

Der IAFP 2026 zeigt, dass die Aufwände aus betrieblicher Tätigkeit konstant steigen (Rechnung 2024, Budget 2025 bis Budget 2029) und dies in Millionenhöhe. Auch die spezialfinanzierten Haushalte weisen Defizite bis Budget 2029 aus. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Gemeinde in wichtigen Bereichen vor finanziellen Herausforderungen steht. Gerade hier könnten innovative Ansätze helfen, die Effizienz zu steigern und Kosten zu senken. Smart Cities bieten Potenzial, diesen Herausforderungen mit ganzheitlichen Konzepten zu begegnen: klimaresilient, ressourcenschonend, inklusiv.

<sup>6</sup> <https://www.stadt-zuerich.ch/de/politik-und-verwaltung/politik-und-recht/strategie-politikfelder/smart-city.html>

<sup>7</sup> <https://www.imd.org/smart-city-observatory/home/>

**Eingereicht**

10.11.2025

**Unterschrieben von 27 Parlamentsmitgliedern**

Sladjan Petrovic, Roland Akeret, Mark Kobel-Itten, Tatjana Rothenbühler, Katja Streiff, Toni Eder, Matthias Müller, Andreas Hauser, Fabienne Marti, Roger Tanner, Sandra Röthlisberger, Janka Hamm, Arlette Mürger, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Christine Müller, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

**Antwort des Gemeinderates****Frage 1**

*Welche Projekte (inkl. Investitionsvolumen) im Bereich „Smart City / Smart Village“ verfolgt die Gemeinde Köniz aktuell (z. B. intelligente Strassenbeleuchtung, Abfallmanagement, Gebäudesteuerung, digitale Bürgerdienste) und welche sind in den nächsten Jahren geplant?*

**Antwort:**

Die Gemeinde Köniz befindet sich im Aufbau ihrer digitalen Dienstleistungen und verfolgt derzeit zwei konkrete Projekte im Bereich der digitalen Bürgerdienste: ePlan (Digitalisierung des Planerlassverfahrens) und die Digitalisierung der Ordnungsbussenzentrale. Ein Beispiel für ein abgeschlossenes Projekt im Bereich Smart Village ist die Abfallbewirtschaftung. Mit der Einführung der 14-tägigen Papier- und Kartonsammlung mussten die Sammeltouren vollständig überarbeitet werden. Die bisherigen Touren wurden digital erfasst und dienen als Basis für die digitale Planung der neuen Routen. Seit Anfang 2025 verfügen die Fahrzeuge über ein Ortungssystem, das die Daten laufend übermittelt und die Standorte der einzelnen Fahrzeuge auf dem Bildschirm der Disponenten anzeigt. Dank der digitalen Unterstützung können die zusätzlichen Papier- und Kartonsammlungen ohne zusätzliches Fahrzeug sichergestellt werden.

In der öffentlichen Beleuchtung macht Köniz erste Schritte mit Leuchten, die mit Sensoren ausgestattet sind. Bewegungsmelder sind bereits im Einsatz und können auf wenig genutzten Wegen sinnvoll sein. Allfällige Umrüstungen müssen jedoch ortsspezifisch abgewogen werden, auch hinsichtlich Unterhalts- und Strombedarf für die zusätzliche Steuerung. Bei neuen Infrastrukturprojekten wie der Passerelle Niederwangen oder der Tramwendeanlage Kleinwaben werden aktive Steuerungssysteme stets geprüft.

Das Könizer Parlament hat bereits 2022 dem Kredit "Verkehrsmanagement Köniz - Bern Südwest, Umsetzung Massnahmen" zugestimmt. Mit einem Beitrag von CHF 500'000 (bei Gesamtkosten von CHF 5,75 Mio.) beteiligt sich die Gemeinde an kantonalen Verkehrsmanagement-Massnahmen im Raum Köniz/Liebelfeld. Das Verkehrsmanagement dient der verbesserten Mobilität, indem der Verkehr ohne Ausbau der Verkehrsinfrastruktur effizient und verträglich abgewickelt wird. Stau, stehender Verkehr und Schleichverkehr durch die Quartiere sollen vermieden werden. Die Umsetzung der Massnahmen läuft und soll 2026 abgeschlossen werden.

Parallel dazu evaluiert die Gemeinde fortlaufend den möglichen Einsatz grundlegender Technologien wie E-ID, elektronische Signaturen, digitale Identitäten, KI-gestützte Funktionen sowie weitere Komponenten, die zukünftig Grundlage für digitale Verwaltungsdienste bilden könnten.

Aufgrund der bestehenden organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen liegt der Fokus der Gemeinde derzeit allerdings auf dem schrittweisen Aufbau digitaler Kernprozesse und der Etablierung einer stabilen digitalen Grundinfrastruktur (intern), bevor breitere Smart-City-Anwendungen in Betracht gezogen werden können (extern).

## Frage 2

*Welche Förderprogramme von Bund oder Kanton werden oder könnten genutzt werden, um die Kosten solcher Projekte zu senken?*

### Antwort:

Im Bereich der Verwaltungs-Digitalisierung und Smart-City-Entwicklung bestehen auf Bundes- und Kantonsebene keine breit angelegten Förderprogramme, die Gemeinden bei der Einführung oder dem Ausbau von regulären digitalen Dienstleistungen finanziell unterstützen würden. Die vorhandenen Programme, etwa jene der Digitalen Verwaltung Schweiz oder einzelne kantonale Initiativen, richten sich primär an Pilot- oder Innovationsprojekte mit Modellcharakter und nicht an die Umsetzung oder den Betrieb von standardisierten digitalen Lösungen im Gemeindekontext.

Für eine Gemeinde wie Köniz bedeutet dies, dass die Kosten für den Aufbau und die Weiterentwicklung digitaler Prozesse und Infrastrukturen grundsätzlich selbst zu tragen sind. Fördermittel kommen höchstens dann infrage, wenn ein Vorhaben explizit einen Pilotcharakter aufweist, neuartige Ansätze testet oder in Zusammenarbeit mit mehreren öffentlichen Partnern entwickelt wird, dafür fehlen in Köniz aber die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, um solche Projekte zu initiieren und zu begleiten.

## Frage 3

*Welche Kooperationen mit Bildungsinstituten, Vereinen (z.B. Smart City Verein Bern, Smart City Hub) und anderen Partnern im Bereich Smart City sind vorhanden und zu welchen Themengebieten?*

Die Gemeinde Köniz ist derzeit nicht offiziell Mitglied in einem ausgewiesenen Smart-City-Netzwerk wie dem Smart City Verein Bern oder dem Smart City Hub Switzerland. Dennoch bestehen punktuelle Kooperationen in smart-city-relevanten Bereichen, etwa in der nachhaltigen Energieversorgung (z. B. mit Energie Wasser Bern), der Mobilität (PubliBike) sowie bei der Digitalisierung der Verwaltung. Gestützt auf die Motion V2223 «Köniz passt sich zunehmender Hitze an» beteiligt sich Köniz seit dem 1.1.2024 am Messnetz «Urban Heat Map RegioBern» des Smart City Vereins (<https://smart-urban-heat-map.ch>). Diese Projekte zeigen, dass Köniz bereits wichtige Elemente einer Smart-City-Entwicklung umsetzt. Eine übergeordnete, institutionalisierte Smart-City-Strategie oder formelle Netzwerkpartnerschaft besteht aktuell jedoch nicht.

## Frage 4

*Sind die technischen, gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen gegeben, um End2End digitale Prozesse und E-Government-Plattformen einzusetzen resp. anzubieten?*

### Antwort:

Die gesetzlichen und technischen Voraussetzungen für digitale End-to-End-Prozesse und moderne E-Government-Angebote sind grundsätzlich vorhanden oder könnten mit vertretbarem Aufwand geschaffen werden. Der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Digitalisierung liegt jedoch in den organisatorischen Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung. Die Gemeinde Köniz muss ihre internen Abläufe digitalisieren und prozessorientiert gestalten, bevor sie externe digitale Dienstleistungen anbieten kann, welche medienbruchfrei in die Verwaltungsprozesse einfließen können. Die notwendige organisatorische Transformation, Aufbau von Prozessverantwortungen, Harmonisierung der Abläufe, geschäftsübergreifende Zusammenarbeit und eine moderne Verwaltungskultur, benötigt Zeit und Commitment, klare Prioritäten sowie substanzielle personelle und finanzielle Ressourcen.

## Frage 5

*Was hindert die Gemeinde den Baubewilligungsprozess komplett digital, medienbruchfrei und viel kürzer zu gestalten?*

### Antwort:

Das Baubewilligungsverfahren richtet sich nach dem Dekret über das Baubewilligungsverfahren (BewD vom 22.03.1994; BSG 725.1) des Kantons Bern. Die Gemeinde Köniz hat nur einen marginalen Einfluss



auf die Dauer des Verfahrens, da dieses kantonal verbindlich geregelt ist und zahlreiche externe Akteure involviert sind. Gemeinden können keine eigenen Verfahrensvorschriften erlassen. Die Grundlage für die zweispurige Verfahrensführung bildet Art. 34a des Baugesetzes des Kantons Bern (BauG vom 09.06.1985; BSG 721.0), welcher auch die elektronische Einreichung vorsieht. Gleichzeitig hält Art. 10 Abs. 6 des BewD fest, dass die Gesuchsunterlagen weiterhin in zweifacher Papierausfertigung, datiert und unterzeichnet, bei der Gemeinde einzureichen sind; diese bleiben rechtlich massgebend. Mit der Einführung des eBau konnte jedoch bereits ein Schritt in Richtung Digitalisierung gemacht werden.

#### Frage 6

*Akzeptiert die Gemeinde elektronische Signaturen / Identifikationen (e-ID) und sind Massnahmen geplant diese vollumfänglich zu unterstützen?*

#### Antwort:

Die Gemeinde Köniz prüft derzeit den Einsatz elektronischer Signaturen. Die Annahme elektronischer Signaturen ist technisch unkompliziert, jedoch erfordert die Herausgabe eigener qualifizierter elektronischer Signaturen die Zusammenarbeit mit einem zertifizierten Vertrauensdiensteanbieter und zieht sowohl technische als auch organisatorische Anpassungen nach sich.

Derzeit steht Schweizer Bürger:innen noch keine eID zur Verfügung, da die Infrastruktur sich noch im Aufbau befindet. Eine eID auf Gemeindeebene wäre sinnvoll, wenn sie die Nutzung digitaler Bürgerdienste vereinfachen würde. Da die Gemeinde Köniz aktuell keine solchen Dienste anbietet, werden auch keine anderen elektronischen Identifikationsmittel wie CH-Login, SwissID oder kantonale Identitätslösungen eingesetzt.

#### Frage 7

*Welche Voraussetzungen erfüllt die Gemeinde Köniz bereits für eine Einführung von Collecting & e-Voting (z.B. zentrales Stimmregister), welche noch nicht, und welche Überlegungen gibt es seitens des Gemeinderats bezüglich einer Teilnahme als Pilotgemeinde bei einer zeitnahen Umsetzung (auf kantonalen Stufe)?*

#### Antwort:

Die Einwohnerdienste führen im elektronischen Einwohnerregister zusätzlich ein zentrales Stimmregister. In früheren Jahren konnten die Auslandschweizer:innen elektronisch abstimmen. Die Gemeinde Köniz hat an diesem Projekt teilgenommen. Dieser Versuch wurde jedoch leider abgebrochen. Es laufen neue Bemühungen, dies für alle Stimmberechtigten einzuführen. Hierfür muss jedoch der Kanton bzw. Bund entsprechende Vorgaben erarbeiten.

Köniz, 17.12.2025

Der Gemeinderat

#### Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Hier handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Umwelt und Betriebe. Die Diskussion wird nicht beantragt.

**Erstunterzeichner, Sladjan Petrovic, Die Mitte:** Ich danke zuerst dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort des Gemeinderates ist sachlich korrekt und für mich soweit befriedigend - trotzdem bin ich enttäuscht.

Ich bin insofern enttäuscht, dass ich beim Lesen der Antwort keinen politischen Gestaltungswille gespürt habe. Ich habe immer wieder die gleichen Begriffe gelesen: Man wird *prüfen*, man wird *abwägen*, man wird *evaluieren* – ich hatte das Gefühl, man hat hier gar keinen Plan, wir haben keine klaren Prioritäten. Teilweise wurden sogar Projekte abgebrochen und das reicht aus meiner Sicht nicht.

Die Kosten steigen in Köniz, die Aufgaben nehmen zu, das Personal bleibt knapp, die Bevölkerungszahlen wachsen, in Zukunft wird die Verwaltung mehr Arbeit haben. Wir sollten vermeiden, dass wir zusätzlich Personal anstellen müssen. Und da bietet die Digitalisierung und Smart Cillage – weil wir ja

weder Stadt noch Land sind – gute Ansätze um Effizienzen zu realisieren, Kosten zu senken und auch die Qualität zu erhöhen. Mit dem Ziel, dass wir mit demselben Personal mehr leisten können.

Man könnte alles schlecht reden, doch wir haben auch gesehen, es gibt gute Beispiele im Text. Das eine Projekt, die digitale Routenplanung zeigt auch, die Digitalisierung wirkt. Es gibt auch irgendwo einen Nutzen, es ist kein Selbstzweck, aber an dieser Stelle dürfen wir nicht aufhören, wir müssen weiter machen. Auch in diesem konkreten Fall hätte man noch mehr machen können: Sensoren bei Containern installieren, Füllstandmessungen machen, damit die Behälter nur geleert werden, wenn sie denn auch wirklich voll sind. Effekte: Weniger Fahrten, tiefere Kosten, weniger Emissionen und das führt dann natürlich auch zur Entlastung von Personal. Und auch andere Gemeinden machen das bereits. Es ist kein Technik-Problem, es gibt genügend Lieferanten auf dem Markt, welche hier unterstützen können. Was wir haben, sind Strategieprobleme, es fehlen klare Ziele, Prioritäten, Zuständigkeiten, Roadmaps im Bereich von Smart City. An dieser Stelle möchte ich den Gemeinderat inspirieren: Eine Smart City-Strategie könnte man gut auch mit der Digitalisierungsstrategie verheiraten, im Rahmen einer Justierung. Das ganze Thema muss man integral betrachten und die Trennung zwischen interner und externer Digitalisierung ist eben nicht zielführend.

Zusätzlich grundsätzlich: Die Standortattraktivität für Unternehmen wird erhöht, die Erwartung der Bevölkerung ist bereits da und diese wird diesbezüglich in Zukunft auch steigen. Dies auch wenn man merkt, was an kantonalen und nationalen Initiativen vorhanden ist, mit eVoting, eCollecting, EPD, eID, hybride Briefe, digitale Souveränität etc. Die Digitalisierung kommt so oder so, es ist also nicht die Frage, wann sie kommt, sondern wie gut sind wir vorbereitet.

Der Interpellant ist mit der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

PAR 2026/21

## Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- |       |  |
|-------|--|
| V2603 | Motion (Grüne/Junge Grüne, SP): "Brunnen für Köniz"                    |
| V2604 | Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion): "E-Mobilität gezielt stärken" |

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, habe ich noch folgende Informationen aus dem Parlamentsbüro:

- Das Parlamentsbüro hat dem Antrag des Gemeinderates für die Verlängerung der Beantwortungsfrist der Motion "V2542, EVP-GLP-Mitte-Fraktion und Lukas Erni, "Köniz schöpft das Potential der Sport- und Freizeitanlagen Weiermatt aus", befristet zugestimmt. Was heisst das? Wir haben eine Verlängerung gewährt, jedoch nicht bis zum 31.08., sondern nur bis zum 12.08.2026, mit der Idee, dass diese Motion im September an die Sitzung kommt. Das wurde bei uns im Büro mit 4 zu 1 Stimme beschlossen.
- Dann möchte ich euch gerne noch informieren, für jene, welche es nicht aus den Medien vernommen haben, dass Arlette Münger sich der GLP-EVP-Mitte-Fraktion angeschlossen hat.
- Und wie bereits zu Beginn der Sitzung erklärt, laden euch Katja Streiff, Kathrin Gilgen und Dominic Amacher ganz herzlich zu einem Apéro ein.

Damit bleibt mir nur noch zu sagen, dass die nächste Parlamentssitzung am 16. März stattfindet. Geniesst den Apéro. Schönen Abend miteinander.

**Im Namen des Parlaments**

Christine Müller  
Parlamentspräsidentin

Chantal Fuchs  
Leiterin Fachstelle Parlament